

GESCHÄFTSBERICHT 2011

L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2008–2011 In Mio. EUR	2008	2009	2010	2011
Bilanzsumme	61.286,49	59.711,20	61.001,34	67.991,94
Eigenkapital	1.733,70	1.759,00	1.857,83	2.368,79
Zinsüberschuss ¹	353,64	394,20	422,05	420,76
Jahresüberschuss	21,71	50,31	148,82	640,96

	2008	2009	2010	2011
Kernkapitalquote	7,35 %	8,12 %	8,59 %	9,71 %
Gesamtkapitalquote	12,94 %	13,47 %	14,01 %	15,79 %
Eigenkapitalrendite	8,71 %	10,51 %	15,55 %	23,04 % ²
Cost Income Ratio	32,80 %	29,90 %	26,68 %	29,46 %
Zahl der Mitarbeiter	1.175	1.230	1.222	1.218

	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

¹ Betriebswirtschaftliche Betrachtung ² Ohne Berücksichtigung der Auflösung der Vorsorgereserven gem. § 26a KWG a.F. und 340f HGB ermittelt

INHALT

Grußwort des Vorsitzenden des Vorstands	04
Grußwort des Ministerpräsidenten	06
Schwerpunktthema	08
Unter Hochspannung: wie die Energiewende unser Land verändert	
Geschäftsfelder	
Mit Energie zum ökologischen Umbau des Standorts Baden-Württemberg geht voran – die L-Bank schafft dafür die passenden Förderangebote	16
Förderung der baden-württembergischen Wirtschaft	18
Förderung von Wohnraum	28
Förderung von Infrastruktur, Familien, Bildung und Sozialem	34
Unternehmensstruktur, Verwaltungsrat, Beirat	41
Personalbericht	44
Lagebericht	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2011	46
Bericht des Verwaltungsrats	81
Jahresabschluss	83

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartner,

das Geschäftsjahr 2011 ist für die L-Bank gut verlaufen, sie ist kein Opfer der Finanz- und Staatsschuldenkrise geworden. Ein Grund dafür ist, dass der Schwerpunkt unserer Geschäftstätigkeit in Baden-Württemberg liegt. Hier profitiert die Bank vom konjunkturellen Aufschwung und von der guten wirtschaftlichen Gesamtsituation.

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende Faktum und ein Auftrag an das Land Baden-Württemberg. Unser gemeinsames Ziel ist es, Baden-Württemberg auch hier seine Spitzenstellung bei der Ressourcenschonung und dem effizienten Einsatz von Energie zu sichern: Für die L-Bank ist diese Aufgabenstellung nicht neu. Die Förderung von Energieeffizienzprojekten und der Gewinnung erneuerbarer Energien war schon in der Vergangenheit ein wesentlicher Bestandteil unserer Förderpalette. So hat die Bank bereits Ende der 90er Jahre mit zinsverbilligten Darlehen Solaranlagen gefördert und war ein Pionier bei der Finanzierung von Windkraftanlagen.

Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, Baden-Württemberg zur Modellregion eines ökologisch orientierten Wirtschaftens zu machen. Als Staatsbank können und wollen wir das Land auf diesem Weg begleiten und weiter unterstützen. Die L-Bank verfolgt hierbei zwei Ziele: zum einen die Förderung alternativer Energiegewinnung und zum anderen die Förderung von Energieeinsparmaßnahmen. Bei der Gewinnung erneuerbarer Energien, der so genannten Green Energy, werden kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt, entsprechende Investitionen mit zinsgünstigen Darlehen zu finanzieren. Gefördert werden

z. B. Biogasanlagen, Biomasseheizkraftwerke, Anlagen zur Erzeugung biogener Kraftstoffe, Investitionen in Fotovoltaik, Wind- und Wasserkraftanlagen. Diese Förderung setzt insbesondere im ländlichen Raum Akzente.

Die Energiewende bedeutet aber nicht nur den zügigen Ausbau der Gewinnung erneuerbarer Energien, sondern auch eine deutliche Verbesserung der Energieeinsparung im privaten, gewerblichen und kommunalen Bereich.

Zunehmend stärker rückt dabei die Wohnraumförderung in den Vordergrund. Wenn man sich vor Augen führt, dass auf Wohngebäude rund 40 % des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der Kohlendioxid-Emissionen entfallen, dann wird klar, dass in diesem Bereich die größten Einsparpotentiale schlummern. Auch bei uns steht die energetische Sanierung von Wohnraum im Vordergrund. Daher haben wir die bestehenden Angebote weiter verbessert. Speziell im Altbaubestand, der im Land zum Großteil aus der Zeit vor 1979 stammt – und damit aus einer Zeit vor Inkrafttreten strenger bauenergetischer Vorgaben –, ergeben sich umfangreiche Potentiale zur Energie- und CO₂-Einsparung. Um diese zu heben, stellt die L-Bank seit April 2012 für das Land mit dem Energieeffizienzprogramm zusätzliche Förderprogramme zur energetischen Verbesserung von Gebäuden bereit.

Mit dem Energieeffizienzprogramm – Mittelstand werden darüber hinaus kleine und mittlere Unternehmen unterstützt, die bei Neuinvestitionen oder Ersatzinvestitionen für Gebäude oder Maschinen energiesparende Maßnahmen umsetzen.

Auch die baden-württembergischen Kommunen haben mit der L-Bank einen starken Finanzierungspartner, wenn es beispielsweise um die Sanierung von Schulen und Verwaltungsgebäuden, um Energieeinsparung, Klimaschutz oder Umwelttechnik geht.

Für das laufende Jahr erwarten wir über alle Fördersparten, die sich dem Thema widmen – Wohnraumförderung, Wirtschaftsförderung, Landwirtschaftsförderung, kommunale Infrastrukturförderung –, und bei den Finanzhilfen ein Finanzierungsvolumen für Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung von über 1 Mrd. Euro.

Was bringt nun das Jahr 2012 für die Banken? Die aktuelle Herausforderung für die L-Bank, wie für viele andere deutsche Banken, ist die Umsetzung von Basel III. Verlangt werden mehr Liquidität und mehr Eigenkapital. Während die Liquidität für die L-Bank kein Problem darstellt, erfordert die Stärkung des Eigenkapitals auch von der L-Bank besondere Maßnahmen. Hier kommt uns zugute, dass die Bank in der Lage ist, ihr Eigenkapital aus eigener Kraft zu stärken. Auf Grund des guten Ergebnisses 2011 in Kombination mit der Auflösung von Vorsorgereserven konnten 641 Mio. Euro in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Damit wurde ein großer Schritt bei der Eigenkapitalausstattung getan und der Grundstein für eine weitere erfolgreiche Arbeit der Förderbank gelegt.

Die L-Bank leistet ihren Beitrag zum Strukturwandel, engagiert und mit Augenmaß. Wir verfolgen langfristige Ziele und finanzieren als Staatsbank für Baden-Württemberg die Zukunft unseres Landes und der kommenden Generationen.



Christian Brand

Vorsitzender des Vorstands der L-Bank

GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



Ob in wirtschaftlich guten oder auch in Krisenzeiten – gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründer brauchen einen starken Partner. Die L-Bank Baden-Württemberg ist so ein Partner: Sie bietet viele Programme, mit deren Hilfe Unternehmer und Unternehmerinnen Ökonomie und Ökologie lukrativ miteinander vereinbaren können.

Nicht zuletzt die Katastrophe von Fukushima hat gezeigt, dass die Atomenergie keine Zukunft hat. Auch fossile Ressourcen stellen aufgrund ihrer klimaschädlichen Eigenschaft und begrenzten Kapazität keine echte Alternative dar. Daher muss die Versorgung des Energiebedarfs langfristig mit erneuerbaren Energien möglich sein. Dieses Vorhaben kann nur gelingen, wenn der Energieverbrauch insgesamt zurückgeht.

An dieser Stelle bieten Bestandsimmobilien erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung – sei es durch die Dämmung von Dächern und Fassaden, den Einbau von Fenstern mit Wärmeschutzverglasung oder die Installation von Abluftanlagen. In Zusammenarbeit mit der KfW Bankengruppe bietet die baden-württembergische Landesregierung daher gemeinsam mit der L-Bank ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung an. Ergänzt wird dieses durch ein weiteres Angebot, das auch energieeffiziente Neubauten fördert.

Solche Maßnahmen leisten nicht nur einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. Durch die Steigerung der Sanierungsrate ist auch von positiven Effekten auf die mittelständische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auszugehen.

Auch mit Hilfe der L-Bank können unsere Unternehmen hierzulande den Rückenwind des Aufschwungs nutzen. Im letzten Dezember konnte sogar ein historischer Höchstwert bei der Förderung erreicht werden: Insgesamt wurden im Jahr 2011 Finanzierungen in einem Gesamtwert von 1,5 Mrd. Euro für Investitionen in Wachstum vergeben. Geld, mit dem die investierenden Unternehmen auch 6.500 neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Anknüpfend an die Tradition von Carl Benz, Gottlieb Daimler, Margarete Steiff oder Robert Bosch soll in unserem Land auch wieder eine Epoche der Selbstständigkeit, eine neue Gründerzeit, eingeläutet werden. Als Staatsbank für Baden-Württemberg fördert die L-Bank effektiv die Startfinanzierung von Existenzgründungen. Im Rahmen dieser Förderung konnte die L-Bank im vergangenen Jahr rund 3.000 Existenzgründer bei ihrem Weg in die Selbstständigkeit begleiten.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der L-Bank Baden-Württemberg für ihr großes Engagement, mit dem es uns gelingen wird, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg weiter auszubauen – unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten.



Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

UNTER HOCHSPANNUNG: WIE DIE ENERGIEWENDE UNSER LAND VERÄNDERT

Am 11. März hat sich die Katastrophe von Fukushima gejäht. Und am 30. Juni vor einem Jahr hat der Deutsche Bundestag den Ausstieg aus der Atomenergie und damit den Einstieg in die Energiewende beschlossen. Nicht weniger als sieben Gesetzesvorhaben brachten die Parlamentarier auf den Weg. Nun ist Ernüchterung eingelehrt und macht den Blick frei für ein paar nicht ganz unwesentliche Details, meinen die Professoren Ottmar Edenhofer, stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, und Rik De Doncker, Direktor des E.ON Energieforschungszentrums an der RWTH Aachen, im Gespräch mit dem Leiter der ZDF-Umweltredaktion, Volker Angres.



- ▶ **Volker Angres** (links): deutscher Journalist und Moderator
- ▶ **Prof. Dr. Dr. Rik W. De Doncker** (Mitte): Direktor des E.ON Energieforschungszentrums an der RWTH Aachen
- ▶ **Prof. Dr. Ottmar Edenhofer** (rechts): stellvertretender Direktor und Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

*Energie sparen und möglichst viel aus der eingesetzten Energie heraus-
holen: Energieeffizienz, so heißt es, sei die unabdingbare Basis für die
Energiewende. Und da fordert aktuell der EU-Kommissar für Energie,
Günther Oettinger, von Deutschland mehr Anstrengungen. Um 20 %
sollen wir unsere Energieeffizienz steigern.*

EDENHOFER: Einfach so zu sagen: Lasst uns die Energieeffizienz steigern, das ist ein gefährliches Spiel. Die Energieeffizienz hat ein Doppelgesicht. Wir beobachten seit 20 Jahren, dass wir eine Einheit Sozialprodukt mit weniger Primärenergie produzieren. Das ist ökonomisch wie ökologisch sinnvoll und insofern sehr erfreulich. Was wir aber auch beobachten, ist, dass vor allem im weltweiten Maßstab, aber auch in Europa diese Energieeffizienzgewinne regelmäßig überkompensiert werden durch das Wirtschaftswachstum und das Bevölkerungswachstum. Was auf der einen Seite an Energie eingespart wird, das wird auf der anderen Seite mehr verbraucht, und dieses „Mehr“ ist größer als das „Weniger“.

... der so genannte Rebound-Effekt ...

EDENHOFER: ... exakt. Zu sagen: Lasst uns die Energieeffizienz steigern und dann werden die Emissionen schon sinken, das wird also nicht funktionieren. Und es gibt noch einen zweiten Effekt, der viel zu wenig beachtet wird: die Kohlenstoffintensität. Seit 2003 beginnt diese Kohlenstoffintensität zu steigen. Ein Hauptantrieb dafür ist der steigende Ölpreis. Politiker sagen, ist das Öl teuer, wird Energie gespart oder effizienter genutzt. Im Weltmaßstab betrachtet, und darauf kommt es an, ist das Gegenteil der Fall. Denn ein steigender Ölpreis zieht auch den Gaspreis in die Höhe. Dadurch wird im Vergleich die Kohle rentabel für die Verstromung, weil ihr Preis nicht so direkt dem des Öls folgt. Wir befinden uns seit 2003 in der größten Kohlerenaissance der Industriegeschichte. Und Kohle ist emissionsintensiver als Öl oder Gas.

„Anstrengungen zu mehr Energieeffizienz allein werden nicht reichen.“

DE DONCKER: Es kommt noch etwas hinzu. Es wird viel zu wenig beachtet und berechnet, was z. B. Kohlekraftwerke an gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung weltweit verursachen und was das schon jetzt kostet. Übliche Braun- und Steinkohlekraftwerke blasen zig Tonnen Kadmium, Quecksilber und andere Giftstoffe in die Luft, jeden Tag. Stoffe, die wir nicht wegfiltern können, ohne dass die Kosten für Kohlestrom deutlich steigen. Die Kosten der

verschiedenen Energieerzeugungsmöglichkeiten werden also äußerst unfair miteinander verglichen. Das muss sich ändern, damit wirklich alle Vorteile, die Windenergie und Fotovoltaik bieten, deutlich werden.

EDENHOFER: Mit anderen Worten: Anstrengungen zu mehr Energieeffizienz allein werden nicht reichen. Die Energieeffizienzsteigerung wird uns nur helfen, wenn es uns gelingt, die CO₂-Emissionen politisch verbindlich zu begrenzen.

DE DONCKER: Eine aktuelle Studie zeigt uns einen neuen Rebound-Effekt: In Europa gehen 40 % der Primärenergie in Gebäude. Deswegen werden ja auch energetische Sanierungsmaßnahmen, vor allem die Wärmedämmung für Gebäude, staatlich gefördert. Erstmals sehen wir jetzt, dass wir im statistischen Durchschnitt in Wohngebäuden mehr Kühlung als Heizung benötigen. Weil es eben auch bei uns im Mittel immer wärmer wird.

Wo steckt da der Rebound-Effekt?

DE DONCKER: Was im Winter durch Wärmedämmung an Energie eingespart wird, geht im Sommer für die Kühlung wieder drauf. Ein Ausweg ist, systematisch die Gebäudetechnik umzustellen von Gasheizung auf Wärmepumpen, die kühlen und heizen können. Dafür brauchen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien, um den Rebound-Effekt zu vermeiden, der eintritt, wenn der benötigte Strom aus Kohlekraftwerken kommt. Wir müssen sehr schnell dazu kommen, Kombinationen von Wärmepumpen und Wärmespeichern als Standard für Gebäude zu setzen.



Darin steckt auch eine neue Zielrichtung für die Förderungen von derartigen Maßnahmen.

Wie sieht es aus mit Fotovoltaik? Der aktuelle Streit tobt ja gerade über die Einspeiseverordnung.

DE DONCKER: Da sehe ich auch noch viel Potential. Fotovoltaik hat einen Wirkungsgrad von 20–23 %. Es gibt neue Materialien, z. B. Galliumnitrid, damit lässt sich sprunghaft der Wirkungsgrad auf bis zu 40 % steigern. Positiver Nebeneffekt: Wir würden die Produktion dieser nächsten Generation der Fotovoltaik-Elemente wieder nach Europa und Deutschland

holen. Gleichzeitig brauchen wir die Kombination von Fotovoltaik und Wärmepumpe. Auch wenn 40 % der Sonneneinstrahlenergie in Elektrizität umgewandelt werden, 60 % bleiben Wärme. Und die lässt sich nutzen.

Da zu investieren, dafür fehlen derzeit die Anreize, da kann ich mir interessante Förderprogramme vorstellen. Über eine andere Förderung wird ja regelmäßig gestritten, die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die massive Reduktion der Förderung jetzt im Frühjahr wird ja von der Opposition als Abkehr von der Energiewende ausgelegt. Inwieweit hängt denn die Energiewende von der Einspeisevergütung für erneuerbare Kilowattstunden ab?



EDENHOFER: Ich bin der Auffassung, dass man die erneuerbaren Energien fördern muss, und zwar aus dem Grund, den Herr De Doncker schon angeschnitten hat: Wir sehen gewaltige Lerneffekte bei den Erneuerbaren, und das auf allen Ebenen. Das heißt schlicht: Sie werden immer besser und billiger. Ohne Subventionen wäre das nicht so schnell gekommen. Jetzt müssen wir aber fragen: Wie sieht ein Förderinstrument für Erneuerbare aus, bei dem deren Anteil an der Stromversorgung in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf 40–60 % gesteigert werden soll? Das erfordert ein technisch vollkommen anderes Energiesystem und volkswirtschaftlich völlig neue Energiemärkte.

„Wir sehen gewaltige Lerneffekte bei den Erneuerbaren, und das auf allen Ebenen. Das heißt schlicht: Sie werden immer besser und billiger.“

Parallel zur Energiewende brauchen wir demnach auch eine Art Wende im Energiemarkt?

EDENHOFER: So könnte man es formulieren. Wir steuern auf einen Marktmechanismus zu, bei dem über große Phasen hinweg die Strombereitstellung durch die erneuerbaren Energien nichts kostet, denn Wind und Sonne stellt uns die Natur in der Tat umsonst bereit, wenn die Sonne scheint und der Wind bläst. Wenn aber der Wind zu wenig bläst und die Sonne zu wenig scheint, dann werden wir Kapazitäten benötigen, z. B. Gaskraftwerke, die als Backup-Systeme fungieren. Es wird dann nicht mehr nur um den Kauf oder Verkauf von Kilowattstunden Strom gehen, sondern wir müssen sicherstellen, dass die Nachfrage zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort befriedigt werden kann. Dafür brauchen wir

in der Zukunft neue Märkte. Langfristig werden wir Kapazitätsmärkte einführen müssen. Wir wissen leider noch viel zu wenig darüber, wie wir die Erneuerbaren in ein Energiesystem schrittweise integrieren können, das vor allem durch die fossilen Energieträger dominiert ist... Es geht um intelligentes Verteilungsmanagement, flexible Kraftwerke, Energiespeicher und natürlich die Frage des Netzausbaus. Das alles bedarf der Diskussion, z. B. in einer Kommission, die dann einen Vorschlag macht für ein neues Gesetz, das den sich abzeichnenden tiefgreifenden Umbau des Energiesystems flankiert und fördert.

Welche Rolle spielen denn Elektroautos in einem solchen neuen System und für die Energiewende?

DE DONCKER: Das Elektroauto vermeidet lokale Emissionen, ein Gewinn also für alle Ballungszentren. Ein Elektroauto ist zudem eine Batterie. Und das ist interessant. Denn die meiste Zeit stehen Autos auf einem Parkplatz. Wenn man sie während des Parkens an das Stromnetz anschließt, können sie als elektrischer Pufferspeicher arbeiten. Millionenfach gedacht, entsteht so eine enorme Kapazität.

Man kann also seine Elektroauto-Batterie als Stromspeicher vermieten, ein interessantes Geschäftsmodell. Gibt es noch mehr Vorteile?

DE DONCKER: Ja, ein verbessertes Lademanagement. Dadurch kann die Lebensdauer der Batterie um das Zwei- bis Dreifache verlängert werden. Das System würde für eine gezielte Entladung sorgen, Strom würde also ins Netz eingespeist werden. Denn wenn eine Lithium-Ionen-Batterie ständig vollgeladen ist, geht sie schneller kaputt. Egal ob Auto, Handy oder Laptop: Ladezustand 50 % und der Akku hält viel länger.

„In der Regel schauen alle immer auf die existierenden Netze und beschweren sich dann. Das führt in eine Sackgasse.“

EDENHOFER: Um das Stromnetz herum baut sich sozusagen eine andere vernetzte Infrastruktur auf, die eben zu völlig neuen Eigentums-, Nachfrage-, Angebots- und Marktmodellen führt. Hierfür müssen der Strommarkt, der Wärmemarkt und auch der Transportsektor integriert werden. Das wird nur gelingen, wenn auf europäischer Ebene der Emissionshandel entsprechend reformiert wird und dabei alle Sektoren einbezogen werden. Bislang ist beispielsweise der Straßenverkehr noch überhaupt nicht vom Emissionshandel erfasst.

Vor einem Jahr kam eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zu dem Ergebnis, dass die Energiewende am Netzausbau scheitern könnte. Bis 2015 sollten 800 Kilometer neue Leitungen gebaut werden, 400 Kilometer sind fertig. Am Netzausbau hängen etliche Genehmigungsverfahren, Kompetenzstreitigkeiten, die Finanzierung und nicht zuletzt Proteste von Bürgerinitiativen. Auch gerade die Industrie fordert hier mehr Tempo...

DE DONCKER: In der Regel schauen alle immer auf die existierenden Netze und beschwerten sich dann. Das führt in eine Sackgasse. Also: Es gibt drei Spannungs- oder Netzebenen: Die Transportebene, die Verteilebene und die Niederspannungsebene, das ist das, was wir zu Hause haben. Alle Netzebenen sind auf Drehstrom bzw. Wechselstrom ausgelegt. Das ist historisch gewachsen. Technisch schlau ist das aber nicht. Nur Stromnetze, die mit Gleichspannung funktionieren, werden meiner Meinung nach alle künftigen Netzaufgaben bewältigen können. Sie arbeiten nahezu verlustfrei, haben keine Engpässe, lassen sich im Erdreich verlegen und sie ermöglichen an jeder beliebigen Stelle einen Einspeisepunkt. Das kommt dem dezentralen Charakter der erneuerbaren Energien sehr entgegen. So könnten wir je nach Bedarf Energie viel schneller und verlustfrei über ganz Europa verteilen. Dafür brauchen wir eine europäische Planung. Und da sehe ich, dass die Liberalisierung des Strommarktes dem genau entgegenläuft. Es gibt keinen Druck auf die Netzbetreiber, ihre Systeme anzupassen.

EDENHOFER: Energiepolitiker haben bisher viel zu sehr in Kategorien einer energiepolitischen Autarkie gedacht. Immer geht es um nationale Energiesicherheit. Was wir uns eingestehen müssen, ist, dass Europa vor großen Infrastrukturinvestitionen steht. Das hat nicht nur damit zu tun, dass wir in Deutschland die Energiewende betreiben. Wir haben doch schon vorher die Liberalisierung der Energiemärkte betrieben. Das war sicherlich eine ganz gute Sache. Nur mit dem Nachteil, dass man sich bei dieser ganzen Liberalisierung keine Gedanken darüber gemacht hat, wer eigentlich die Kapazitäten und die Infrastruktur bereitstellt und finanzieren soll. Aber wenn wir über Energiesysteme der Zukunft reden, die nachhaltig sein sollen, dann wird das ohne die Spanier nicht gehen und auch nicht ohne die



Norweger. So fordert der Sachverständigenrat für Umweltfragen: Wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke. Die haben wir doch in Norwegen. Darauf haben die Norweger geantwortet: Hat eigentlich mit uns schon einmal jemand darüber geredet, ob wir die Batterie Europas sein wollen? Und Norwegen sagt: Nein, das wollen wir nicht. Darüber müsst ihr mit uns erst einmal reden. Ähnlich ist es mit Sonnenstrom aus Spanien und Windstrom von der Nordsee. Wir werden mit der Energiewende scheitern, wenn wir nur im nationalen Rahmen diskutieren.

Offenbar haben wir ein großes Defizit hinsichtlich einer zukunftsgerichteten europäischen Energiepolitik. Und die muss einhergehen mit einer engagierten Klimapolitik. Gerade ist eine Steigerung des europäischen Klimaschutzzieles erneut gescheitert. Vor allem die Polen waren dagegen ...

EDENHOFER: Irgendwann wird in Europa das 30%-Ziel kommen, dann werden die CO₂-Preise im Emissionshandel wieder stärker steigen. Dann werden sich die Polen überlegen müssen, ob sie ihre Kohlekraftwerke in dem Ausmaße ans Netz bringen wollen oder nicht.

„Was wir uns eingestehen müssen, ist, dass Europa vor großen Infrastrukturinvestitionen steht.“

Derweil bleibt Frankreich bei 75 % Atomstrom und Großbritannien und andere Länder planen neue Kernkraftwerke ...

EDENHOFER: Hilfreich ist da ein Blick nach Japan. Das ist ein hoch industrialisiertes Land. Und Japan hat nicht die geringsten Absichten, die eigene Industrie abzubauen. Aber ich kann Ihnen versichern, die Legitimation der Kernenergie in Japan ist zu Ende. In Japan wird in den nächsten 30 Jahren kein neues Kernkraftwerk gebaut werden. Die Wahrnehmung, nur Deutschland steige aus der Kernenergie aus und der Rest der Welt setze weiter auf Atomstrom, ist falsch. Der Anteil der Kernenergie an der Verstromung wird weiter sinken. Und Japan verfolgt die deutsche Energiewende sehr genau. Dass wir uns hier auf ein Risiko eingelassen haben, ist allerdings klar. Nur muss man das Risiko der Energiewende eben abwägen mit anderen Risiken wie denen der Kerntechnik – und des Klimawandels.

DE DONCKER: Ich kann Sie auch beruhigen, man braucht sich nur die Produktionskapazitäten anzuschauen: Wir können etwa zwei Gigawatt pro Jahr an Kernkraftwerken bauen. Wissen Sie, wie viel Leistung wir weltweit in Windturbinen im letzten Jahr gebaut haben? 36 Gigawatt.

Energieland Deutschland und das Echo in der Welt. Wie stehen wir denn mit unserer Energiewende im globalen Maßstab da?

EDENHOFER: Das Problem des 21. Jahrhunderts ist die Kohle. Das ist das ganz große Problem. Und ich muss sagen, ich finde es verantwortungslos, dass wir uns in Europa von der CCS-Debatte, also Carbon Capture and Storage, dem Einfangen und Speichern von CO₂, verabschiedet haben. Wir werden keine erfolgreiche internationale Klimapolitik bekommen, wenn wir diese Technologie nicht auf den Weg bringen. Davon bin ich fest überzeugt. Wenn Sie mit Leuten aus China oder Indien reden, die sagen immer: Ihr verlangt von uns, dass wir auf die fossilen Energieträger verzichten. Und ihr, habt ihr schon gezeigt, dass es geht? Nein, haben wir nicht. China und Indien sind nicht davon überzeugt, dass sie ihre Wachstumsziele erreichen können, wenn sie auf die Nutzung von Kohle verzichten. Und darum werden sie weiter auf Kohle setzen. Das ist mit einem ambitionierten Klimaschutz nur vereinbar, wenn ihnen die CCS-Option zur Verfügung steht. Und deshalb sollten wir diese Option in Europa auf ihre Machbarkeit hin prüfen. Wenn die Energiewende in Europa gelingt, würde dies dem Rest der Welt zeigen, dass sich Wohlstand und Klimaschutz vereinbaren lassen. Dann können wir hoffen, dass uns andere darin folgen.

Halten wir fest: Bei der Energiewende geht es um weit mehr als um die Diskussion der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien. Es geht auch um weit mehr, als ein paar hundert Kilometer neue Stromleitungen zu bauen. Technisch gesehen haben wir alle Möglichkeiten. Die Energiewende ist, vor allem bezogen auf die ungebremste globale Kohleverbrennung, eine Art Blaupause für das Überleben unseres Planeten.

Herr Prof. Edenhofer, Herr Prof. De Doncker, herzlichen Dank für das Gespräch.



MIT ENERGIE ZUM ÖKOLOGISCHEN UMBAU DES STANDORTS BADEN-WÜRTTEMBERG GEHT VORAN – DIE L-BANK SCHAFFT DAFÜR DIE PASSENDEN FÖRDERANGEBOTE

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende kein Lippenbekenntnis mehr, sondern ein klarer Auftrag, vor allem für einen Standort wie Baden-Württemberg. Mit ihren Klimaschutzzielen hat die Bundesregierung die Messlatte hoch gelegt und den Handlungsdruck verstärkt. In Baden-Württemberg sind die Themen Umwelt- und Klimaschutz und damit auch Energieeffizienz zentrale Anliegen der neuen Landesregierung. Der daraus resultierende ökologische Umbau, der in seiner Dimension einmalig in der Geschichte des Landes ist, bietet große Chancen. Mit passenden Finanzangeboten und zukunftsweisenden Förderanreizen begleitet und ermöglicht die L-Bank die Energiewende.

Für die L-Bank sind diese Aufgaben nicht neu. So war die Förderung von Energieeffizienz-Projekten schon in der Vergangenheit ein wesentlicher Bestandteil ihrer Förderpalette. Neben neuen Produkten werden vorhandene Förderprogramme ergänzt und auf die Energiewende fokussiert. Mehr und mehr rückt dabei die Wohnraumförderung in den Vordergrund. Etwa 40 % des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der Kohlendioxid-Emissionen entfallen auf den Gebäudebestand. Die Auswirkungen einer energetischen Sanierung sind daher enorm. Deshalb muss gebrauchter Wohnraum beim Kauf die energetischen Anforderungen der Wärmeschutzverordnung von 1995 erfüllen, um von der L-Bank gefördert zu werden. Wer in einen höheren energetischen Standard investiert, den fördert die L-Bank zusätzlich. Bei privaten Neubauten setzt die Wohnraumförderung 2012 voraus, dass der Energieverbrauch 30 % unter den Vorgaben der aktuellen Energieeinsparverordnung liegt.

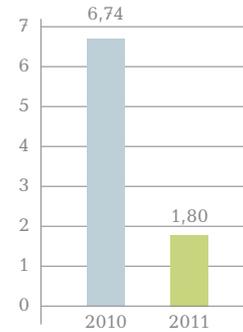
Förderung 2010–2011

In Mrd. EUR

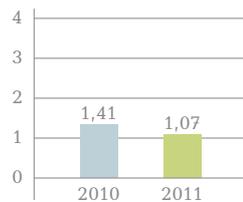
6,2
Mrd. €
für Baden-
Württemberg



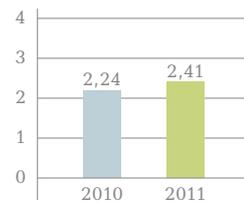
Infrastrukturförderung



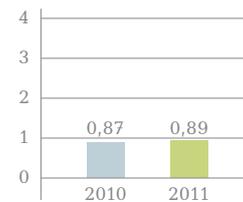
Wohnraumförderung



Wirtschaftsförderung



Familien, Bildung und Soziales



Doch nicht nur im Wohngebäudebestand steckt Potential: Auch in der Wirtschaftsförderung unterstützt die L-Bank deshalb den Mittelstand bei der Gebäudesanierung sowie bei sonstigen Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen. Im Wesentlichen geht es darum, das Investitionsklima für ressourcenschonende Innovationen zu verbessern. Stellschrauben hierfür sind die Steigerung der Gründungsdynamik, der Ausbau der Innovationskompetenz des Mittelstandes und ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen spielen hier eine wichtige Rolle. Sie greifen neue Technologien häufig als Erste auf und entwickeln daraus marktgängige Produkte, z. B. zur Energiegewinnung.

Ziel der kommunalen Infrastrukturförderung ist es, den Investitionsstau der Kommunen bei Gebäudesanierungen aufzulösen. Daher fördert die L-Bank entsprechende Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern und Schulen.

All diese Finanzierungen haben gemeinsam, dass sie weitreichende Impulse nicht nur für den energetischen und ökologischen Umbau des Standorts Baden-Württemberg, sondern auch für die Bauwirtschaft und das Handwerk und damit für die Konjunktur im Land geben. Sie haben das Ziel, die Spitzenstellung des Landes zu halten und weiter auszubauen.

BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER MITTELSTAND IST BEREIT FÜR DEN UMBAU: L-BANK BEGLEITET DIE ENERGIEWENDE

Das Erfolgsrezept der baden-württembergischen Unternehmen ist einfach: Alle versuchen, Tag für Tag ein Stück besser zu werden. Sie schaffen es immer wieder, sich neu zu positionieren, und genießen dabei eine enge Begleitung durch Forschung und Wissenschaft. Damit das gelingt, brauchen sie Freiräume, die Innovations- und Wachstumsprozesse fördern. Die Strukturpolitik benötigt dazu Instrumente, die Fortschritt, Kooperationen und Interessenausgleich ermöglichen.

INNOVATIONSKLIMA VERBESSERN

Innovationen sind als Motor für Wachstum und Beschäftigung von zentraler Bedeutung. Viele Faktoren beeinflussen das Innovationsklima: Wichtige Stellschrauben sind eine Steigerung der Gründungsdynamik, der Ausbau der Innovationskompetenz des Mittelstandes und flexible Finanzierungsmöglichkeiten.

In Baden-Württemberg liegt der Anteil der innovationsaktiven Unternehmen bei 73 % – das Land ist damit bundesweit die Nummer eins. Es nimmt auch bei den prozessorientierten Umweltinnovationen (59 %) eine Spitzenposition ein.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Innovationen. Junge Unternehmen der forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen greifen neue Technologien häufig als Erste auf und entwickeln daraus marktgängige Produkte, wie z. B. in der Bio- oder Nanotechnologie, der Mikrosystemtechnik oder der Energiegewinnung. Sie sind wichtige Transferkanäle für die Kommerzialisierung technologischer Fortschritte.

Allerdings laufen die Marktprozesse bei der Finanzierung von Innovationen nicht immer störungsfrei ab. Der Kapitalbedarf der Unternehmen für Forschung und Entwicklung (FuE) ist groß. Die Finanzierung von Innovationen ist deshalb schwierig, weil der spätere Erfolg eines FuE-Projektes am Markt einer hohen Unsicherheit unterliegt. Da externe Geldgeber Chancen und Risiken nur schwer bewerten können, sind sie oft nicht bereit, solche Projekte zu finanzieren. In Baden-Württemberg, einem Technologiestandort erster Klasse, begleitet die L-Bank Innovationen durch gezielte Technologieförderung. Ihre Technologieparks sind geeignet für unterschiedliche Cluster, wie Luft- und Raumfahrttechnik, Biotechnologie sowie IT, und befinden sich stets in der Nähe von erstklassigen Ausbildungs- und Forschungsstätten.

Wirkungsvolle Förderpolitik benötigt Instrumente, die FuE-Projekte und einen Interessenausgleich auch dann ermöglichen, wenn der Markt die Nachfrage nicht deckt. Hierzu bedarf es ebenso attraktiver wie innovativer Finanzierungsinstrumente. Erforderlich ist ein gut funktionierendes Zusammenspiel zwischen Förderbanken, Kreditinstituten sowie institutionellen und privaten Geldgebern; sie alle sind gefordert, entsprechende Konzepte zu entwickeln.

IM AUFSCHWUNG STIEG DIE KREDITNACHFRAGE FÜR INVESTITIONEN AUF 2,4 MRD. EURO FÜR DIE UNTERNEHMEN IM LAND

Eine der zentralen Aufgaben der L-Bank ist es, den baden-württembergischen Mittelstand zu unterstützen und damit die wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel voranzubringen. Unsere Mittelständler brauchen starke Partner, auf die sie sich in jeder Unternehmensphase verlassen können. Das Angebot der L-Bank setzt Schwerpunkte bei Finanzierungen für den etablierten Mittelstand, Existenzgründer und Übernehmer sowie landwirtschaftliche Betriebe. Zinsgünstige Förderkredite sind dabei das wesentliche Instrument, um Investitionsvorhaben der Unternehmen im Land zu unterstützen. Abhängig von der konjunkturellen Lage verändert sich der Bedarf der Betriebe; so benötigen sie in einer Krise verstärkt Bürgschaften und Finanzierungen von Betriebsmitteln, in Zeiten des Wirtschaftswachstums stehen Investitionsfinanzierungen im Vordergrund.

Die L-Bank hat den Anspruch, dem Mittelstand in jeder wirtschaftlichen Situation die passenden Instrumente anzubieten. Dementsprechend breit angelegt ist ihr Leistungsspektrum. Dazu zählen auch Mezzanine-Finanzierungen und Beteiligungen mit Eigenkapital; die Raum- und Serviceangebote der Technologieparks runden es ab. Über Finanzhilfen wird eine Unterstützung möglich, die Investitionen in die fachliche Kompetenz der Unternehmen erleichtert. So bringen das Coaching-Programm, der Innovationsassistent und die Fachkursförderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für kleinere Betriebe neues Know-how in die Unternehmen und erlauben es ihnen, neue Entwicklungen voranzutreiben. Diese Breite des Angebots erleichtert es der L-Bank, auf wechselnde wirtschaftliche Bedingungen einzugehen, immer mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des baden-württembergischen Mittelstands zu stärken.

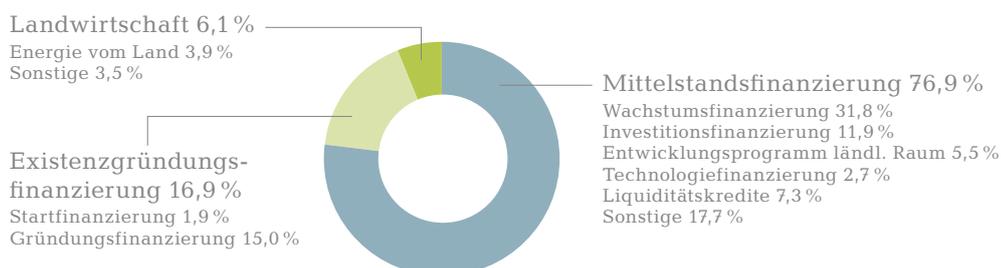
2,4
Mrd. €
für die Unternehmen

Die Entwicklung der Wirtschaftsförderung

In Mio. EUR	2010	2011
Mittelstandsfinanzierung ¹	1.648,60	1.849,8
Existenzgründung	445,0	407,6
Landwirtschaft	144,0	147,9
	2.237,6	2.405,3

¹ Ohne Eigenkapitalfonds und Standortentwicklung

Verteilung des Neugeschäftsvolumens 2011





EXISTENZGRÜNDUNGSFINANZIERUNG – 3.000 UNTERNEHMEN AN DEN START GEBRACHT

Es ist wichtig, dass Gründer und junge Unternehmen eine faire Chance bekommen. Dazu gehört es für die L-Bank, zu coachen, für fehlende Sicherheiten zu sorgen und langfristige Kredite auszureichen. So überleben die meisten geförderten jungen Firmen die schwierigen ersten Jahre – und haben damit einen großen Vorteil gegenüber den Unternehmen, die nicht von einer Förderbank begleitet werden.

Gründungen beeinflussen die Innovationskraft einer Volkswirtschaft positiv. So bringen Gründer im Schnitt mehr neue Produkte auf den Markt, als es etablierte Unternehmen tun. Sie steigern durch die Entwicklung neuer Produkte und Prozesse die Effizienz der etablierten Betriebe, die im Wettbewerb um Innovationen nachziehen müssen. Die Förderung von Unternehmensgründungen ist daher auch die Förderung von Innovationen. Dabei gehen nicht nur von den anerkannten Zukunftsbranchen Impulse aus. Vielmehr gilt branchen- und unternehmensübergreifend: Neugründungen beleben das Geschäft.

Im vergangenen Jahr erhielten rund 3.000 Existenzgründer 408 Mio. Euro. Die Angebote der L-Bank berücksichtigen die Besonderheiten, die je nach Branche, Kapitalbedarf oder Unternehmensrisiken bestehen, ebenso wie die Finanzierungsschwierigkeiten oder -lücken, die bei den Hausbanken oder Kapitalgebern aufgrund dieser Besonderheiten auftreten. Die L-Bank bietet Existenzgründern in Zusammenarbeit und in Ergänzung zu den anderen Akteuren ein breites Spektrum an Lösungen

zur Sicherstellung der Finanzierung an, das sowohl klassische Instrumente wie Kredite als auch Eigenkapitallösungen umfasst. Ziel dieser Angebote ist es nicht nur, bestehende Finanzierungslücken zu schließen, sondern auch, die „richtigen“ Akteure zusammenzubringen und deren Kooperation auszubauen.

In den letzten Jahren hat sich die Finanzierungslandschaft für Klein Gründungen gravierend verändert. Manchmal reicht eine kleine Investition, um eine gute Geschäftsidee zu verwirklichen. Die schwierigste Hürde bleibt aber für manche Gründer der Weg zum Kredit, denn für die Geschäftsbanken sind Aufwand und Kosten im Verhältnis zum Ertrag bei kleineren Kreditvolumina wenig lohnend. Das Hauptinstrument der Existenzgründungsförderung in Baden-Württemberg sind zinsverbilligte Kredite. Für die Hausbank bedeutet ein Gründer mit wenig Eigenkapital ein hohes Risiko, das sie oftmals nicht tragen kann. Daher hat die L-Bank vor rund zehn Jahren gemeinsam mit der Bürgschaftsbank ihre Startfinanzierung mit einer 80%igen Risikoentlastung für die Hausbanken kombiniert. Dieses Modell hat sich in Baden-Württemberg schnell erfolgreich etabliert. Auf den steigenden Bedarf der Kleinunternehmer an Mikrokrediten hat die L-Bank im Jahr 2011 reagiert. Neben der Unterstützung des Mikrofinanzinstituts MONEX wurden im April 2011 bei der „Startfinanzierung 80“ jegliche Beschränkungen bei der Kredituntergrenze aufgehoben. Den verhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand der Hausbanken und das damit ungünstige Kosten-Ertrags-Verhältnis gleicht sie durch die Vergabe von Bearbeitungsgebühren aus und ermöglicht damit Kleinstgründern ihre Startfinanzierung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit 366 vergebenen Krediten wurde auch dieses Angebot von den Gründern gut angenommen.

Ganz andere Schwierigkeiten treten bei Gründungen mit hohem Investitionsbedarf auf, wie häufig bei der Markteinführung radikaler Innovationen. Wenn neu gegründete junge Unternehmen diese Herausforderung stemmen wollen, stehen sie oft vor großen Hürden. Für die Akquisition von Finanzmitteln bei externen Kapitalgebern fehlen ihnen oft die von den Kapitalgebern geforderten Sicherheiten.

Bei diesen Unternehmen ist angesichts typischerweise auftretender Anfangsverluste und hoher Erfolgsrisiken viel Eigenkapital erforderlich, je nach Finanzierungsphase Seed-Capital oder Venture-Capital. Die L-Bank engagiert sich hier z. B. über den Seedfonds BW, über den sie zusammen mit dem Land Baden-Württemberg, der LBBW Venture und der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH Investitionen des Hightech-Gründerfonds mitfinanziert.

Auch an einem sehr starken Standort ist nichts so beständig wie der Wandel, daher werden ebenfalls Unternehmensübernahmen und Erweiterungen von der L-Bank mit Eigenkapital in jedweder Form unterstützt.

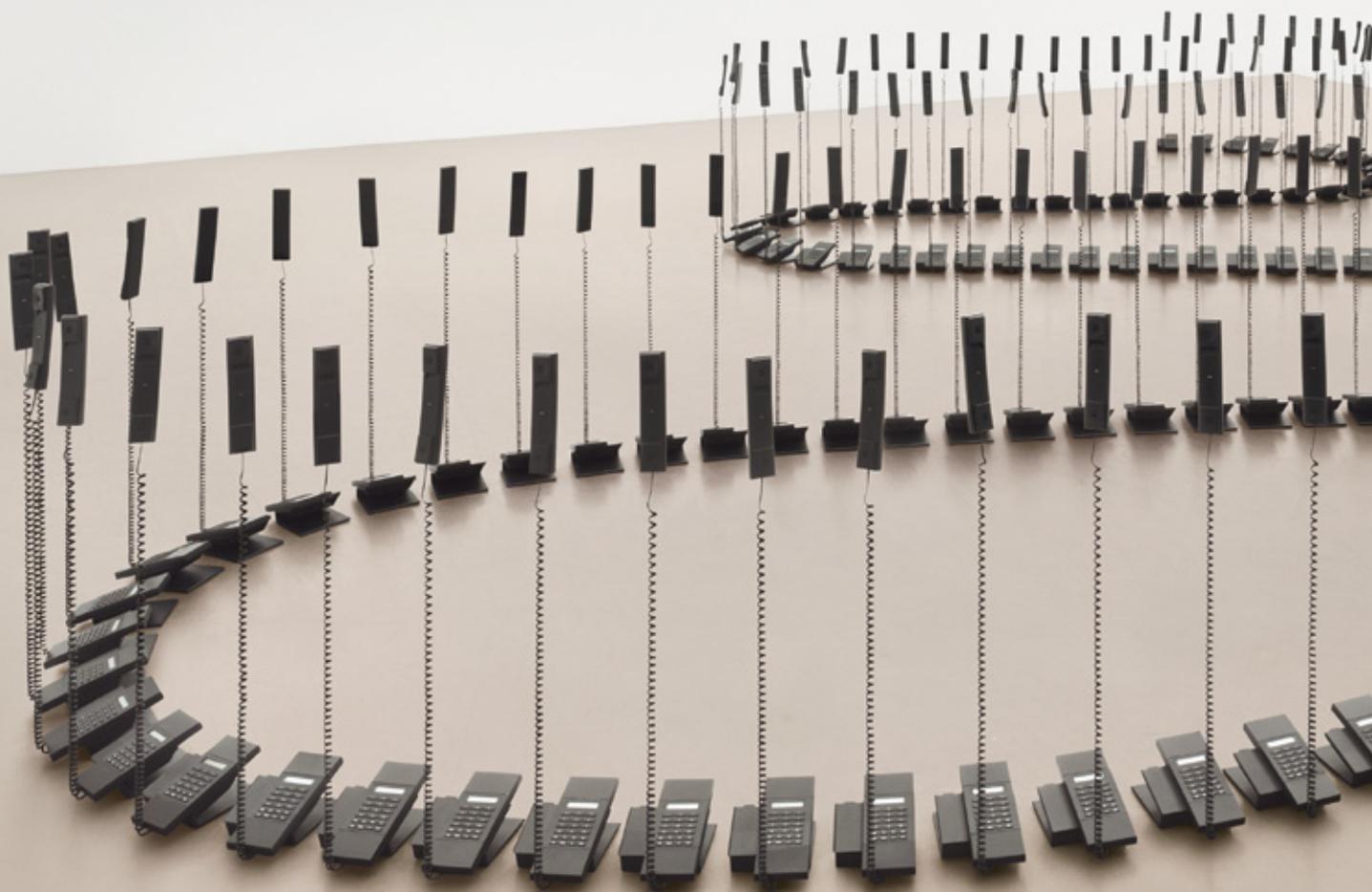
408
Mio. €
für Gründer
und junge
Unternehmen

Verteilung des Neugeschäfts in der Existenzgründungsfinanzierung

In Mio. EUR



109 UNTERNEHMENSFÖRDERUNGEN PRO WOCHE





1,85 MRD. EURO FÜR 5.700 BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE MITTELSTÄNDLER

Im Jahr 2011 vergab die L-Bank an 5.700 Unternehmen aus dem baden-württembergischen Mittelstand zinsverbilligte Förderkredite über rund 1,85 Mrd. Euro. Die Unternehmen spüren den Aufschwung und investieren. Auch viele große Projekte werden jetzt wieder verwirklicht. Die Kreditnachfrage bei der L-Bank hat dadurch in den letzten Monaten des Jahres einen ungewöhnlichen Schub erfahren. Im Dezember erreichte die Förderung einen historischen Höchstwert. Insbesondere die exportorientierten Betriebe im Land profitieren von der Schwäche des Euro. Positiv wirkt sich auch das allgemein niedrige Zinsniveau aus. Die Unternehmen nutzen das, um mit gezielten Investitionen ihre Wettbewerbsposition auszubauen. Zudem bietet die L-Bank seit April 2012 neue Programme an, die Investitionen in Energieeffizienz erleichtern.

1,85 Mrd. €

für 5.700 Mittelständler

Verteilung des Neugeschäfts in der Mittelstandsfinanzierung

In Mio. EUR

2010



2011



LANDWIRTSCHAFT STELLT UM: ÖKOLOGISCHER WANDEL UND ENERGIEGEWINNUNG AUF DEM LAND

Eine Stärke Baden-Württembergs ist seine ausgewogene wirtschaftliche Struktur. Überall im Land ist der Mittelstand verwurzelt. Weltmarktführer findet man hier auch weitab der Metropolregionen. Die L-Bank unterstützt diese ausgeglichene strukturelle Entwicklung durch ihre Mittelstandsfinanzierung. Es werden gezielt Freiberufler oder Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft gefördert, wenn sie auf dem Land investieren.

Zur ausgewogenen Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs gehört eine leistungsfähige Landwirtschaft. Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist durch ein breites Spektrum an Agrarmärkten gekennzeichnet. Bei ihren zinsvergünstigten Programmkrediten arbeitet die L-Bank hier eng mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank zusammen. Die Mehrzahl dieser Programme setzt einen Akzent beim Klima- und Umweltschutz. Das Programm „Energie vom Land“ war absoluter Wachstumstreiber in der Landwirtschaftsförderung. In diesem Programm werden Energieerzeugung und Energiequellen, insbesondere Biogas- und Fotovoltaikanlagen gefördert. Es wurden 343 Projekte mit einem Volumen von 93,9 Mio. Euro gefördert, was eine Steigerung um 14 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Aber auch die klassischen Landwirtschaftsprogramme werden gut nachgefragt – und sorgen für die Festigung der ausgewogenen Struktur im Land.

BÜRGSCHAFTEN: NACHFRAGESCHUB BEI GROSSEN VOLUMINA BLIEB AUS

Als Reaktion auf die Krise hat die L-Bank in den beiden vergangenen Jahren ihre Programme schrittweise angepasst und u. a. die Angebote in Verbindung mit standardisierten Bürgschaften ausgebaut. Besonders erfolgreich waren die Liquiditätskredite in einer Variante mit einer 50%igen Haftungsfreistellung der Bürgschaftsbank. Da das Land Anfang 2010 mit Finanzierungsengpässen bei größeren Mittelständlern rechnete, wurden die Zuständigkeiten bei den Bürgschaften neu festgelegt. Die L-Bank konnte bis zum 30. September 2011 Bürgschaften bis zu 10 Mio. Euro übernehmen. Dank des konjunkturellen Aufschwungs mussten die Unternehmen im Land jedoch nicht auf dieses Angebot zurückgreifen. Somit ist die Bank wieder für Bürgschaften zwischen 1 und 5 Mio. Euro zuständig.

EIGENKAPITAL: 700 MIO. EURO FÜR DEN MITTELSTAND

Weit verbreitet war die Befürchtung, dass die ohnehin relativ geringen Eigenkapitalquoten der Unternehmen in der Krise weiter sinken könnten. Diese kritische Entwicklung trat nicht ein. Im Gegenteil: Viele Unternehmen und gerade auch kleinere Betriebe konnten ihre Quote ausbauen. Dennoch braucht der Mittelstand gerade in Wachstumsphasen Partner, die innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens Beteiligungen eingehen. Nur so lassen sich umfangreiche Investitionsvorhaben oder expansiv ausgerichtete Nachfolgefinauzierungen bewältigen.

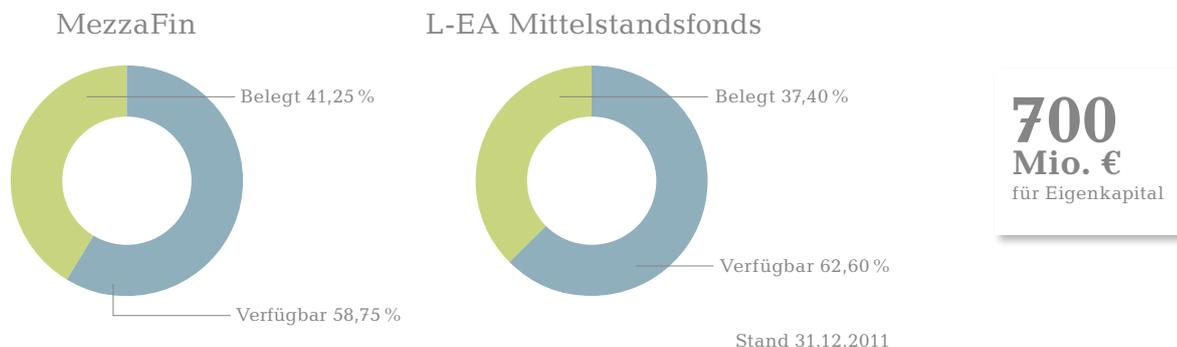
Allerdings vermieden die Unternehmen letztes Jahr noch Vorhaben mit entsprechend hohem Kapitalbedarf.

Die L-Bank hält nunmehr seit zehn Jahren Eigenkapitalangebote für den Mittelstand bereit. Insgesamt stehen 500 Mio. Euro zur Verfügung, von denen bisher ca. 187 Mio. Euro belegt sind. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis größerer Mittelständler bietet die L-Bank mit ihrem L-EA Mittelstandsfonds Eigenkapital- oder eigenkapital-ähnliche Finanzierungen von 1,5 bis 50 Mio. Euro an. Mitte 2008 wurde im Rahmen des L-EA Mittelstandsfonds ein Teilportfolio für VC-Beteiligungen von 25 Mio. Euro eingerichtet, das zwischenzeitlich auf 50 Mio. Euro erhöht wurde.

Daneben wird mit dem unbesicherten Nachrangdarlehen des Programms MezzaFin eine eigenkapitalnahe Finanzierungsmöglichkeit angeboten. Das Nachrangdarlehen wird über die Hausbanken vergeben, die von der L-Bank bis zu 100 % vom Ausfallrisiko freigestellt werden.

MezzaFin wird typischerweise von Unternehmen in Umbruchsituationen nachgefragt (Nachfolge, Sprunginvestition oder Produkteinführung). Aufgrund der sich daraus ergebenden Bonitätsanforderungen und der häufig komplexen Strukturierung können die Finanzierungsanfragen nur zum Teil realisiert werden. In Einzelfällen hat sich gezeigt, dass das aktuelle Finanzierungsumfeld es den Unternehmen erlaubt, anstelle geplanter Mezzanine-Finanzierungen günstigeres Fremdkapital einzusetzen.

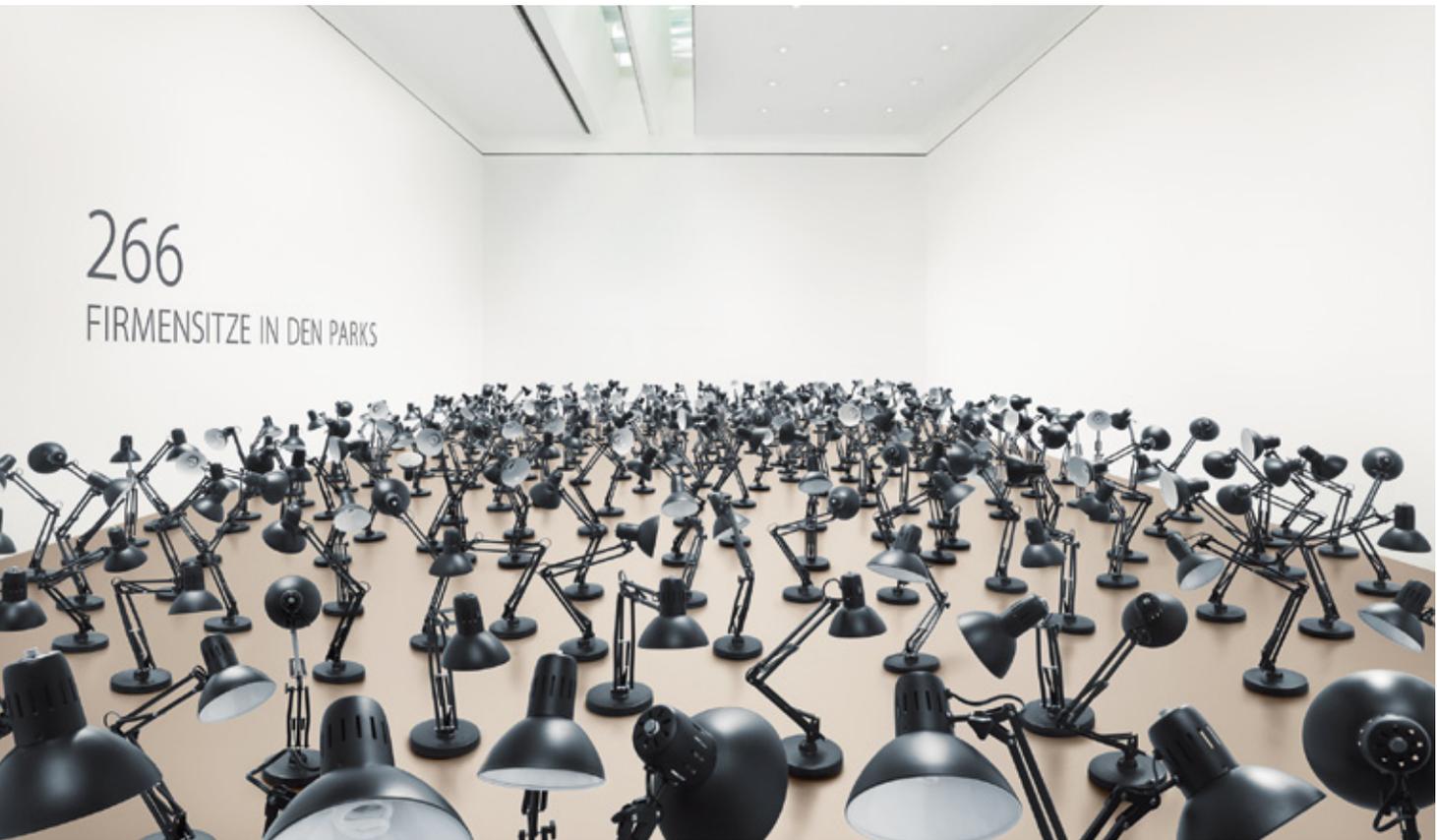
Die Nachfrage nach Beteiligungsgarantien ist spürbar gestiegen. Die Geschäftspartner im L-EA Garantiefonds sind grundsätzlich auf kleinvolumige Beteiligungen ausgerichtet. Im laufenden Jahr wurden aber auch vermehrt größere Finanzierungen angefragt, bei denen die L-Bank als Risikopartner gesucht wurde.



NACHHALTIGE GEBÄUDE IN DER STANDORTENTWICKLUNG

Der Stuttgarter Engineering Park (STEP) hat für seinen Neubau als eines der ersten Gebäude in Stuttgart die Zertifizierung in Gold der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) erhalten. Im German Centre in Indonesien ist ebenfalls eine Zertifizierung als Green Building geplant.

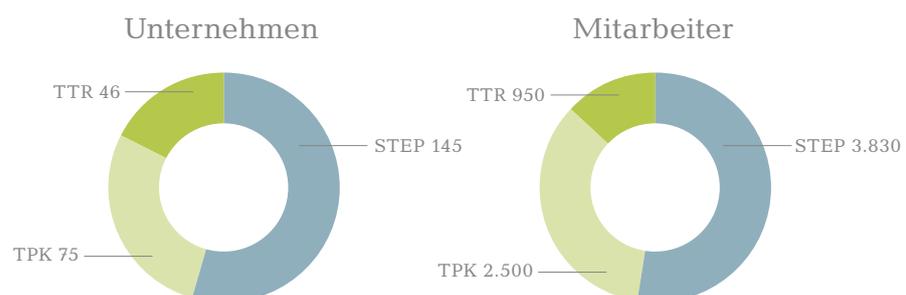
Das strategische Ziel der L-Bank, mit den Technologieparks Raum für den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft zu schaffen, ist gelungen und wird weiterverfolgt. Insbesondere Existenzgründungen aus dem Hochschurbereich und neu angesiedelte Unternehmen aus dem Mittelstand erhalten flexible Angebote. Mittlerweile haben 266 Unternehmen an den Standorten Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Reutlingen die Angebote genutzt.



Durch die jeweiligen Anbindungen an die benachbarten Universitäten sind unterschiedliche Schwerpunkte entstanden: Im Technologiepark Karlsruhe (TPK) ist dank der Nähe zum KIT-Campus die IT-Branche stark vertreten, im Stuttgarter Engineering Park kooperiert das Haus der Luft- und Raumfahrt mit den nahegelegenen Instituten der Universität, im Technologiepark Tübingen-Reutlingen (TTR) sind an zwei Standorten vorwiegend Biotechnologie, Medizin- und Umwelttechnik beheimatet.

Den 7.280 Mitarbeitern an den verschiedenen Standorten bieten die Parks eine Infrastruktur, die sonst allenfalls Großunternehmen aufbauen können. Das reicht von der Kantine bis zum Kindergarten und zu der Grundschule im Park-Areal. Das Konzept der L-Bank schließt ein, dass die Investments an Investoren veräußert, aber weiter vor Ort gemanagt werden. Ende 2011 war die L-Bank – nach erfolgten Immobilienverkäufen – noch mit 114 Mio. Euro bei den Technologieparks engagiert. Die Gebäude sind mit einer Belegung von 99,6 % fast vollständig vermietet. Das Parkmanagement unterstützt die Betriebe mit einem Service, der weit über technische Raumangebote hinausgeht.

114
Mio. €
für 266 Firmen-
sitze



Stand 31.12.2011

AUSBLICK

Die Unternehmenslandschaft verändert sich, das zeigt gerade der Wandel in der Gründungsszene deutlich. Vernetzung und Zusammenarbeit sowie eine breite Aufstellung in der Unternehmensführung spielen für die heutige Gründergeneration eine wichtige Rolle. Denn die Anforderungen an die Unternehmen steigen, Marktpräsenz und Entwicklungspotentiale müssen gleichermaßen gepflegt werden. Dementsprechend steigt auch die Zahl der Teamgründungen, bei denen sich Geschäftsführer mit unterschiedlichen Fachkompetenzen ergänzen. In vielen Branchen nimmt die Bedeutung von Vernetzungen und Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen zu. Nur so ist es möglich, dauerhaft technisch an der Spitze dabei zu sein und die Nase vorn zu behalten.

Das gilt für junge Unternehmen ebenso wie für Mittelständler, die schon lange im Geschäft sind. Neue Technologien, erhöhte Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz setzen branchenweit Maßstäbe. Mit diesen Themen muss sich auseinandersetzen, wer regional und international konkurrenzfähig bleiben will. Für die L-Bank heißt das: Überall dort, wo sich diese veränderten Bedingungen auf die Finanzierung auswirken, muss die Förderung auf diese neue Situation eingehen. Dabei geht es nicht nur um die Anpassung und Verbesserung der Kreditkonditionen. Ein Beispiel aus der Gründungsfinanzierung: In einer Zeit, in der Unternehmer im Lauf ihres Lebens mehrere, voneinander unabhängige Unternehmen gründen und 55-Jährige noch in die Selbstständigkeit starten, greift eine Förderung zu kurz, die nur Erstgründer bis zu einer festgelegten Altersgrenze finanziert. Dementsprechend hat die L-Bank ihre Programme angepasst und neu ausgerichtet.

Aber nicht nur langfristige strukturelle Änderungen müssen begleitet werden. Mit dem Aufschwung haben die Betriebe bereits 2011 wieder stärker investiert und brauchen auch weiter entsprechende Finanzierungsangebote. Nach Erhebungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim erreichen die geplanten Investitionen in den kommenden Monaten wieder fast das Vorkrisenniveau.

Gerade mit Blick auf die steigenden Anforderungen an die Unternehmen bleibt aber nicht nur die reine Finanzierung eine Aufgabe der Förderung. Beratung ist eine unverzichtbare zusätzliche Hilfestellung und schafft erst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Förderung. Bei den Finanzierungssprechtagen, die die L-Bank gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und der Bürgschaftsbank anbietet, beantworten ihre Fachleute die Fragen der Gründer und Unternehmer zur Planung und Verwirklichung ihrer Investitionen. Auch bei Veranstaltungen engagiert sich die L-Bank gemeinsam mit ihren Partnern – vielfach mit den Kammern und der Bürgschaftsbank – für solide Beratung. Diese Veranstaltungen sind darüber hinaus Plattformen für einen Dialog mit dem Mittelstand. Nur in diesem engen Austausch mit den Unternehmen gelingt es, Entwicklungen zeitnah aufzugreifen und die passenden Finanzierungen für ihren Bedarf anzubieten. Denn das Ziel der Förderung ist und bleibt es, unseren starken Standort Baden-Württemberg gemeinsam weiter voranzubringen.



DARAUF KANN MAN BAUEN: WOHNRAUM, ÖKOLOGISCH UND FINANZIELL TRAGBAR

Die L-Bank fördert den Bau, den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum in Baden-Württemberg. Dabei steht die Finanzierbarkeit der eigenen Immobilie oder Mietwohnung im Vordergrund. Ebenso wichtig ist es, bei Neubauten oder Gebrauchtimmobilien einen hohen energetischen Standard zu erreichen.

1,1
Mrd. €
Wohnraum-
förderung 2011

Die Entwicklung der
Wohnraumförderung 2010–2011

In Mio. EUR	2010	2011
Wohneigentum	1.040,0	817,3
Mietwohnraum	357,2	239,6
	1.397,2	1.056,9

Deshalb stellt die L-Bank sowohl zur Finanzierung von Neubau- und Erwerbsmaßnahmen als auch zur energetischen Sanierung im Rahmen der Eigentums- und Mietwohnraumförderung zinsgünstige Darlehen zur Verfügung. Für die verbilligten Zinssätze setzt sie finanzielle Mittel von Bund und Land sowie eigene Fördergelder ein. 2011 standen für die Zinsverbilligung nur noch verminderte Bundes- und Landesmittel in Höhe von 48,45 Mio. Euro zur Verfügung, so dass die L-Bank die Förderangebote durch eigene Programme ergänzt hat. Trotzdem gingen die Förderzusagen insgesamt gegenüber 2010 zurück, was u. a. auf gestiegene Bau- und Bewirtschaftungskosten sowie auf die Unsicherheit der Verbraucher hinsichtlich der Konjunkturentwicklung zurückzuführen ist.

WOHNEIGENTUM FÜR MEHR ALS 9.000 BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE FAMILIEN

Die L-Bank unterstützt bei der Finanzierung von Wohneigentum vor allem Familien mit Kindern mit Angeboten aus der Landeswohnraumförderung und dem Programm „Wohnen mit Kind“, das die L-Bank seit 2007 in Zusammenarbeit mit der KfW anbietet. Mit diesen Angeboten erreicht die L-Bank eine große Zahl junger Familien im Land, da differenzierte Fördervoraussetzungen den unterschiedlichen Verhältnissen in dieser Zielgruppe gerecht werden.

Insgesamt hielt im vergangenen Jahr das gestiegene Interesse an der Immobilie als solider Kapitalanlage weiterhin an. Durch historisch niedrige Zinsen wurden 2011 auch die Förderkonditionen noch attraktiver: Gerade Familien mit geringerem Einkommen wurde die Finanzierung von Wohneigentum damit leichter gemacht; viele von ihnen konnten durch einen zinsgünstigen Kredit der L-Bank ihre monatliche Belastung auf der Höhe der bisherigen Mietausgaben halten.

Wohnraumförderung 2010/2011 nach Herkunft der Mittel

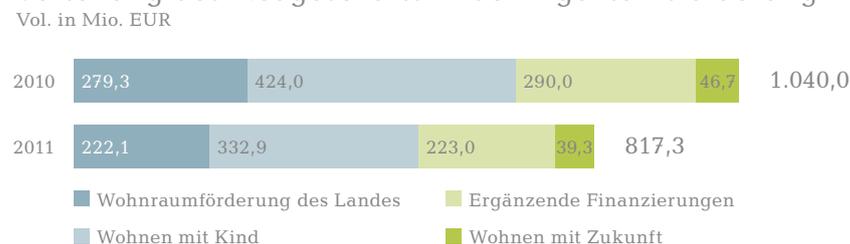


ENERGIEEFFIZIENZ SENKT DIE KOSTEN

Aber nicht nur ein niedriges Zinsniveau kann die Wohnkosten gering halten. Die „zweite Miete“ entpuppte sich in den vergangenen Jahren als zentraler Preistreiber für private Haushalte. Der Energiebereich war überdurchschnittlichen Kostensteigerungen ausgesetzt: Seit der Jahrtausendwende sind die Preise für Heizöl, Gas und Strom in Baden-Württemberg um jeweils mehr als 60 % gestiegen. Das macht die Energieeffizienz auch zur wichtigen finanziellen Stellschraube. Angesichts dieser anhaltenden Verteuerung rücken Einsparbemühungen sowie gebäudebezogene Maßnahmen zur effizienten Wärme- und Energienutzung verstärkt in den Fokus. Wesentliche Impulse für Maßnahmen zur energetischen Sanierung gehen von wohnungsbaupolitischen Vorgaben, wie z.B. dem Energiekonzept der Bundesregierung oder der Energieeinsparverordnung (EnEV), aus. Speziell im Altbaubestand, der in Baden-Württemberg

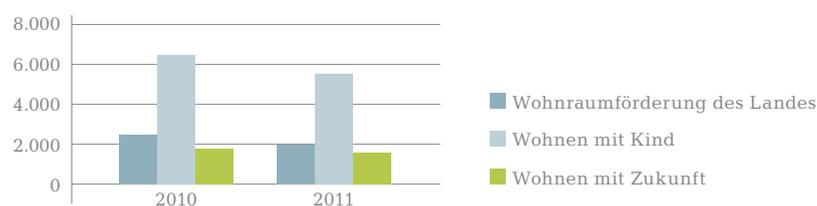
817
Mio. €
für 9.000
Familien

Verteilung des Neugeschäfts in der Eigentumsförderung



39
Mio. €
für 78 %
weniger CO₂

Geförderte Wohneinheiten nach Programmen¹



¹ Förderung einer Wohneinheit durch zwei der Programme möglich



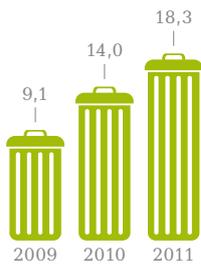
zum Großteil aus der Zeit vor 1979 stammt und damit vor dem Inkrafttreten strenger bauenergetischer Vorgaben errichtet wurde, ergeben sich umfangreiche Potentiale zur Energie- und CO₂-Einsparung. Umfassende Sanierungsmaßnahmen, beispielsweise an ungedämmten Gebäudehüllen, veralteter Heiztechnik sowie undichten Fenstern, können den Primärenergieverbrauch um bis zu 90 % senken.

Die Landeswohnraumförderung berücksichtigt die entstehenden Mehrkosten bei der Bauausführung, indem sie höhere Kredite einräumt. Darüber hinaus finanziert die L-Bank – in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und der KfW – den Einbau von Heizungsanlagen für regenerative Energien. Mit 39,3 Mio. Euro (Vorjahr: 46,7 Mio. Euro) für über 1.500 Vorhaben war das Fördervolumen 2011 leicht rückläufig. Mit den 2011 finanzierten energiesparenden Anlagen wurden die Heizkosten durchschnittlich um 52 % oder zusammengefasst um 1,39 Mio. Euro jährlich gesenkt. Für die Umwelt in Baden-Württemberg bedeutet das, dass von diesen Immobilien jedes Jahr 4.296 Tonnen weniger CO₂ ausgestoßen werden.

Das Ziel in den kommenden Jahren wird es sein, energieeffiziente Neubauten stärker zu fördern und entsprechende bauliche Verbesserungen bei Bestandsimmobilien zu unterstützen. Mit einem zinsgünstigen Angebot zur Sanierung und Modernisierung wendet sich die L-Bank daher seit 2010 an alle, die in den 1970ern und 1980ern mit der Landesförderung ein Eigenheim finanziert haben. 2011 hat sie gemeinsam mit der KfW ihr Förderangebot zur Minderung des Energieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes verbessert. „Energieeffizient bauen und sanieren“ richtet sich an alle, die einen Hausbau, Hauskauf oder Umbau planen, bei dem in energetische Maßnahmen investiert wird.

MIETWOHNRAUMFÖRDERUNG: FÜR GÜNSTIGEN WOHNRAUM UND GERINGE ENERGIEKOSTEN

Verringerung des CO₂-Ausstoßes
Kumuliert in Tsd. Tonnen CO₂



Im letzten Jahr hat die L-Bank den Neubau von Mietwohnungen sowie Sanierungen und Modernisierungen in Baden-Württemberg mit rund 240 Mio. Euro finanziert. 2011 sank das insgesamt vergebene Volumen um knapp 33 % gegenüber dem Vorjahr. Bei der Landeswohnraumförderung liegt seit 2009 ein Schwerpunkt in der Verbesserung der angespannten Wohnraumsituation in Groß- und Universitätsstädten. Den Neubau sowie die Sanierung und Modernisierung von Mietshäusern unterstützte die L-Bank darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der KfW mit einem bankeigenen Angebot. Insbesondere die Verbesserung des energetischen Standards von älteren Gebäuden, die vor mehr als 20 Jahren gebaut wurden, spielt eine zunehmend wichtige Rolle. Hier werden auch in den kommenden Jahren Investitionen notwendig sein, um Heizkosten zu senken und die CO₂-Belastung weiter zu vermindern.

Die gesetzlichen Anforderungen an die Eigentümer von Immobilien, z. B. im Rahmen der Energieeinsparverordnung, sind hoch. Angesichts der daraus entstehenden finanziellen Belastungen sind den notwendigen Investitionen Grenzen gesetzt. Deshalb ist hier Unterstützung nötig.

AUSBLICK: DIE POTENTIALE IM WOHNUNGSBAU IN GANZER BANDBREITE NUTZEN

Die Energiewende bedeutet nicht nur den zügigen Ausbau von erneuerbaren Energien, sondern auch eine deutliche Verbesserung der Energieeffizienz im privaten Bereich. Denn unbestritten ist, dass die größten Potentiale im effizienteren Einsatz von Energie liegen. Im Vordergrund steht dabei die energetische Sanierung von Wohnraum in Baden-Württemberg. Daher werden die bestehenden Förderangebote 2012 weiter verbessert.

Die Landesregierung hat die Wohnraumförderung aktuell neu ausgerichtet. So werden in diesem Jahr 25 Mio. Euro aus den Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung der Grunderwerbssteuer in die Programme fließen. In der Wohnraum-

240
Mio. €
für Mietwoh-
nungen

Verteilung des Neugeschäfts Mietwohnraumförderung
In Mio. EUR



förderung des Landes wurden die entsprechenden Einkommensgrenzen für junge Familien angepasst und der mögliche Kredithöchstbetrag wurde um 10 % erhöht, um so auch die anfallenden Mehrbelastungen für junge Familien abzufedern.

Gleichfalls an Familien richtet sich das bankeigene Programm „Wohnen mit Kind“, das 2012 weiterhin angeboten wird. Neben der Wohnraumförderung des Landes bietet das Programm Familien mit Kindern eine weitere günstige Finanzierung von Wohneigentum.

Ergänzend zu diesen Angeboten für Familien legt die L-Bank für die energetische Sanierung im Wohnungsbau und das energieeffiziente Bauen im Frühjahr 2012 ein neues Förderprogramm auf, das sich an alle privaten Bauherren richtet. Durch dieses Gemeinschaftsangebot mit der KfW, das im Hausbankenverfahren ausgereicht wird, wird ein Darlehensvolumen von einer halben Mrd. Euro pro Jahr bereitgestellt. Darüber hinaus ermöglicht die L-Bank 2012 Wohnungseigentümergeinschaften den Zugang zu den Finanzierungsangeboten der KfW, das heißt für energetische Sanierungen oder den altersgerechten Umbau.

Neben dem Thema Energieeffizienz ist im Jahr 2012 die Neuausrichtung der Mietwohnraumförderung des Landes von besonderer Bedeutung. So erhält der soziale Mietwohnungsbau neue Impulse. Dies geschieht zum einen durch die Förderung von Neubauten in den Verdichtungsräumen des Landes und zum anderen durch die energetische Sanierung von vorhandenen Mietwohnungen.

Die bisherige Begrenzung der Neubauförderung auf Groß- und Universitätsstädte sowie auf sonstige Hochschulstandorte entfällt, und die Förderung wird allgemein auf Verdichtungsräume erweitert. Dabei macht sich die Landesregierung für den Bau barrierefreier Wohnungen stark. Neu zu errichtende Mietwohnungen müssen zudem einen erhöhten energetischen Standard einhalten: Ihr Energieverbrauch muss mindestens 30 % unter den derzeitigen gesetzlichen Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) liegen.

Landesweit wird die energetische Sanierung und/oder die Herstellung von Barrierefreiheit bestehender Mietwohnungen gefördert. Da insbesondere Altbauten einen hohen Energiebedarf haben, können hier hohe Einspareffekte erzielt werden.

Die erhöhten Energiestandards bei den Neubaumaßnahmen und die Verbesserung der Energieeffizienz kommen über die Nebenkosten auch den Mietern zugute, denn mehr Energieeffizienz heißt weniger Nebenkosten, wodurch die „zweite Miete“ gesenkt wird.

TREND ZUR WENDE: ÖKOLOGISCHER UMBAU AUCH IN DER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR





Im vergangenen Jahr hat die L-Bank 204 Mio. Euro an Krediten für die Förderung der öffentlichen Infrastruktur in Baden-Württemberg ausgereicht. Die langfristigen Darlehen aus dem Programm „Investitionskredit Kommune direkt“ ermöglichten 214 Vorhaben und lösten Investitionen in Höhe von rund 359 Mio. Euro aus.

Die Gelder aus dem Infrastrukturprogramm werden insbesondere für Bildungseinrichtungen, Sportstätten, den Gesundheitssektor sowie vermehrt für Maßnahmen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, aber auch für den Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt. 2011 konnte beobachtet werden, dass die Zahl der geförderten Projekte zwar leicht rückläufig war, jedoch gleichzeitig die ausgereichte Kreditsumme bei den einzelnen Vorhaben deutlich angestiegen ist.

Darüber hinaus hat sich ein Trend hin zu einer ökologischen Wende bei der Maßnahmenrealisierung herauskristallisiert. So spielen neben den klassischen energetischen Sanierungen Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte inzwischen bei fast allen infrastrukturellen Vorhaben eine wichtige Rolle.

Doch die L-Bank beschränkt sich nicht auf kommunale Darlehen. Als Dienstleister des Landes übernimmt sie auch verschiedene finanztechnische Aufgaben für die öffentliche Hand. Mit ihrer schlanken Verwaltung sorgt sie dafür, dass Transferleistungen und Zuschüsse korrekt, effizient und schnell beim Empfänger ankommen.

Dazu zählen u. a. die Finanzhilfen. Hier nimmt die L-Bank ein sehr breites Aufgabengebiet wahr. Für mehrere Ministerien und Einrichtungen des Landes werden von ihr über 130 Förderprogramme administrativ betreut und ausbezahlt. Im Bereich Finanzhilfen konnte die L-Bank ein rund 10 % höheres Volumen ausreichen. Diese Steigerung ging zum größten Teil auf die im Jahr 2011 noch erfolgten Auszahlungen aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und der Länder zurück. Im Zeitraum 2008 bis 2011 wurden hierfür Zuschüsse in Höhe von über 250 Mio. Euro zusätzlich vergeben. Ein Schwerpunkt war die energetische Sanierung von Schulgebäuden.

Den größten Anteil an den ausgezahlten Förderungen hatten 2011 die Krankenhausfinanzierungen. Aber schon an zweiter Stelle standen Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser und Altlasten. Sie dienen seit Jahren dazu, die örtliche Infrastruktur auszubauen und diese – insbesondere im Abwasserbereich – an

die immer weiter steigenden Anforderungen anzupassen. Aber auch bei der Untersuchung und Sanierung von mit Altlasten belasteten Flächen in den Kommunen wurde in den letzten Jahren bereits viel erreicht. Verstärkt werden sollen die Investitionen in Maßnahmen, mit denen CO₂ eingespart werden kann. Aus dem Klimaschutzprogramm des Landes sind im Jahr 2011 erneut mehr als 150 kommunale Vorhaben über die L-Bank gefördert worden, daneben ebenso mehr als 50 private Investitionen.

Aber nicht nur für das Land oder den Bund übernimmt die L-Bank die Vergabe von Geldern. Auch Mittel der EU – wie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) – zahlt sie aus.

Darüber hinaus unterstützt die L-Bank privatwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen von PPP-, Betreiber- und Mietmodellen. Hier arbeitet sie ausschließlich mit Geschäftsbanken zusammen und begleitet Projekte mit Bezug zu Baden-Württemberg. Nach dem Auslauf des Konjunkturprogramms II belebte sich der PPP-Markt gegenüber 2010 wieder leicht, lag aber noch deutlich unter den Volumina der Jahre 2007 bis 2009. Geschäftsbanken waren oftmals nicht in der Lage, die notwendigen langen Kreditlaufzeiten bereitzustellen. Zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben waren daher Förderbanken zunehmend gefragt. Die L-Bank hat sich 2011 an einem wichtigen Projekt im Verkehrswegebau beteiligt und Finanzierungen zur Stromerzeugung und -übertragung bereitgestellt.

Das Neugeschäftsvolumen in der Infrastrukturförderung im Jahr 2010 war stark geprägt durch eine Finanzierungszusage über 5,9 Mrd. Euro, mit der die L-Bank den Rückkauf der EnBW-Anteile durch das Land unterstützte. 2011 pendelte sich das Neugeschäftsvolumen wieder auf ein normales Niveau ein.

Verteilung des Neugeschäfts in der Infrastrukturförderung

1,8
Mrd. €
für Infrastruktur

In Mio. EUR	2010	2011
Zusagen gegenüber dem Land Baden-Württemberg	5.998,2	988,0
Finanzhilfen	503,6	606,7
Investitionskredit Kommune direkt	224,2	204,2
Weitere Finanzierungen	10,4	0,5
	6.736,4	1.799,4

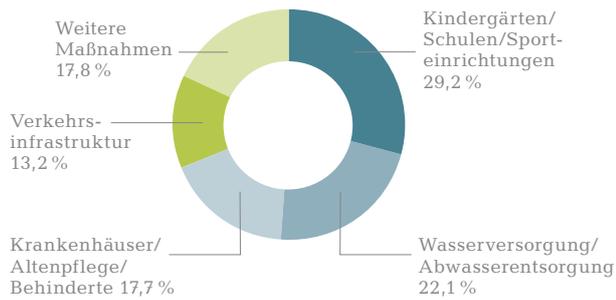
Verteilung des Neugeschäfts bei der Förderung von Familien, Bildung und Sozialem

892
Mio. €
für Familien,
Bildung und
Soziales

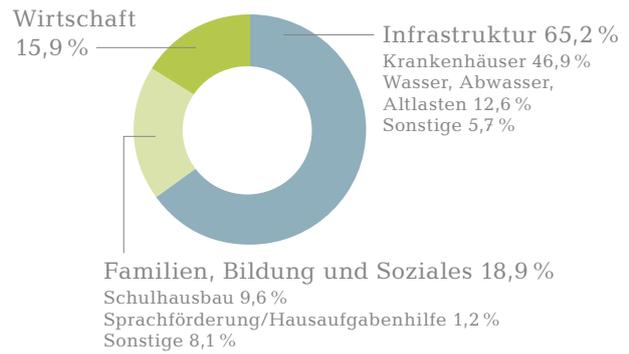
In Mio. EUR	2010	2011
Elterngeld	662,0	676,0
Finanzhilfen	159,5	175,8
Erziehungsgeld	39,3	37,0
Studiengebührendarlehen	4,7	2,7
	865,5	891,5

811 Mio. €
für die Kommunen

Investitionskredit
Kommune direkt
Förderschwerpunkte



Finanzhilfen
Förderschwerpunkte





STARTCHANCEN VERBESSERN – MEHR ZEIT FÜR KINDER

Das Elterngeld des Bundes schafft jungen Familien Freiräume zur Betreuung des Kindes im ersten Jahr nach der Geburt. Es hat 2007 das Bundeserziehungsgeld abgelöst. Die als Erziehungsgeld ausgewiesenen Mittel gingen an finanziell schwächere Eltern, die damit in Baden-Württemberg im zweiten Lebensjahr des Kindes unterstützt wurden. Insgesamt wurden von der L-Bank 2011 rund 130.000 Anträge auf Eltern- und Erziehungsgeld bewilligt.

Beim Elterngeld war die Zahl der Bewilligungen mit rund 112.000 gegenüber 2010 nahezu unverändert. Zugenommen hat hier im Lauf der letzten Jahre vor allem der Anteil der Väter, die dieses Angebot nutzen. Seit der Einführung des Elterngeldes stieg ihre Quote in Baden-Württemberg kontinuierlich auf 23,5 % im Jahr 2011 (2010: 21,3 %). Es wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Bei der Förderung von Familien mit Kindern und von Bildungsprojekten wird die L-Bank im Wesentlichen als Dienstleister des Landes tätig.

713
Mio. €
für junge Eltern

Väterquote beim Elterngeld



Kinder entwickeln sich schnell, dazu brauchen sie aber auch Anregungen und die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu erproben. Kindergärten und Schulen spielen hier neben den Eltern eine wichtige Rolle. Für sie geht es darum, Kinder beim Lernen frühzeitig zu unterstützen, z. B. durch die Sprachförderung im Vorschulalter oder durch Hausaufgabenhilfen. Das Land, die Landesstiftung Baden-Württemberg und die EU bieten entsprechende Maßnahmen an, um Kindern die soziale Integration zu erleichtern und ihnen auf ihrem Bildungs- und Berufsweg weiterzuhelfen. Auch bei der Vergabe dieser Mittel an die Einrichtungen im Land ist die L-Bank engagiert. Die unterschiedlichen Aufgaben der L-Bank, die sie zur Förderung von Bildungsangeboten übernimmt, reichten 2011 von der Vergabe von Studiengebührendarlehen bis zur Unterstützung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

AUSBLICK

Auch im kommunalen Bereich steht das Thema Energieeffizienz angesichts der vielerorts dringend notwendigen Modernisierung und Sanierung öffentlicher Gebäude ganz oben auf der Agenda. Nicht von ungefähr hat der Bundesgesetzgeber im Jahr 2012 im Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) den öffentlichen Gebäuden eine Vorbildfunktion beigemessen. Damit wurde eine Vorgabe der EU in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie umgesetzt. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass neu errichtete öffentliche Gebäude sowie bestehende öffentliche Gebäude, an denen größere Renovierungsmaßnahmen vorgenommen werden, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ab dem 1. Januar 2012 eine Vorbildfunktion im Rahmen der Richtlinie erfüllen. Vor dem Hintergrund der geänderten energiepolitischen Vorzeichen geht die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur dabei mit Investitionen in eine nachhaltige Verbesserung der Energieeffizienz und in Energieeinsparungen einher; Herausforderungen, die ohne verlässliche Finanzierungspartner aber meist kaum realisierbar sind. Daher steht die L-Bank den Kommunen auch weiterhin mit zinsverbilligten Krediten unterstützend zur Seite. Zudem gibt es Überlegungen, bei den Finanzhilfen im Klimaschutzprogramm die Mittel zu erhöhen und die Angebote bei der L-Bank stärker zu bündeln. Es ist unbestritten, dass die Energiewende ohne die Kommunen im Land nicht zu realisieren wäre, ihnen kommt eine entscheidende Rolle zu. Nach den anfallenden Investitionen werden die Kommunen aber auch durch eine Verringerung der Betriebskosten entlastet, denn die Energiekosten sind zurzeit eine erhebliche Belastung der öffentlichen Haushalte. Zugleich prüft die L-Bank die Ausweitung ihrer Programme um weitere energieeffiziente Maßnahmen.

Aber nicht nur die Verbesserung und Instandhaltung der Infrastruktur drängt. Auch der Ausbau der Förderangebote für Kindergärten und Schulen bleibt eine wichtige Aufgabe. Hier wird die Landesregierung die Förderangebote der L-Bank, wie beispielsweise in der Sprachförderung im Vorschulalter, deutlich ausbauen und vereinfachen, so dass eine flächendeckende Versorgung im Land gewährleistet werden kann.

UNTERNEHMENSSTRUKTUR

CHRISTIAN BRAND Vorsitzender des Vorstands	JÜRGEN HÄGELE Stv. Vorsitzender des Vorstands	DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER Mitglied des Vorstands	DR. KARL EPPLER Mitglied des Vorstands
UNTERNEHMENSBEREICH I	UNTERNEHMENSBEREICH II	UNTERNEHMENSBEREICH III	UNTERNEHMENSBEREICH IV
Koordination der Unternehmensbereiche	Kreditanalyse	Wirtschaftsförderung	Eigentumsförderung
Vorstandssekretariat	Kreditbetreuung Wohnungsunternehmen	Landwirtschafts- und Umweltförderung	Mietwohnungsbauförderung
Unternehmensstrategie	Kreditbetreuung Privatkunden	Personal- und Sozialwesen	Zahlungsverkehr
Öffentlichkeitsarbeit	Fördergeschäft Sachsen	Recht	Wertpapierabwicklung
Volkswirtschaftliche Fragen	Bilanz- und Rechnungswesen	Infrastrukturförderung	Verwaltung
Disposition	Controlling	Allgemeine Sozialförderung	Standortentwicklung
Refinanzierung	Handelsüberwachung und Risikocontrolling	L-EA (Mittelstand)	
Unternehmensbeteiligungen	Informationstechnologie	L-EA (Venture Capital)	
Bauwesen	Betriebsorganisation und Grundsätze des Kreditgeschäfts	Rumänisches Verbindungsbüro	
	Familienförderung	Durchleitungsgeschäft	
	Studienfinanzierung		
DEM GESAMTVORSTAND UNTERSTELLT:			
Interne Revision			
Compliance, Datenschutz, Geldwäsche			
Immobilienbewertung			

VERWALTUNGSRAT

ORDENTLICHE MITGLIEDER	STELLVERTRETENDE MITGLIEDER	WEITERE STELLVERTRETENDE MITGLIEDER	BERATENDE MITGLIEDER
Dr. Nils Schmid MdL Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender	Ingo Rust MdL Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	Walter Leibold Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	Clemens Meister Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
Alexander Bonde Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender	Wolfgang Reimer Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Joachim Hauck Ministerialdirigent im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Reiner Enzmann Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
Reinhold Gall MdL Innenminister Stv. Vorsitzender	Dr. Herbert O. Zinell Ministerialdirektor im Innenministerium	Volker Jochimsen Ministerialdirigent im Innenministerium	Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
Katrin Altpeter MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	Jürgen Lämmle Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	Johann-Christoph Kleinschmidt Ministerialrat im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	
Franz Untersteller MdL Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Helmfried Meinel Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Jutta Lück Ministerialdirigentin im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	
Klaus-Peter Murawski Staatssekretär im Staatsministerium	Michael Kleiner Ltd. Ministerialrat im Staatsministerium	Dr. Georg Walch Ministerialrat im Staatsministerium	
Claus Schmiedel MdL Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion	Peter Hofelich MdL		
Edith Sitzmann MdL Vorsitzende der Fraktion Grüne	Andrea Lindlohr MdL Stv. Vorsitzende der Fraktion Grüne		
Martin Lamm Geschäftsführer Bauunternehmung Lamm	Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe		
Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold Präsident der IHK Karlsruhe Geschäftsführer der b.i.g. Bechtold Ingenieurgesellschaft mbH	Dr.-Ing. Hansjörg Rieger Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH & Co. KG		
Roger Kehle Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg	Gerhard Roßwog Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V.		
Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg	N. N.		
Dr. Dieter Salomon Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg	Helmut M. Jahn Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg		
Gerhard Burkhardt Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e. V.	Andreas Schmitz Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG		
Dr. Maximilian Dietzsch- Doertenbach Geschäftsführender Partner der Doertenbach & Co. GmbH	Wilhelm Freiherr von Haller Vorsitzender des Vorstands der Sal.Oppenheim jr. & Cie.		

BEIRAT

Dr. Nils Schmid MdL Finanz- und Wirtschaftsminister, Stuttgart Vorsitzender	Walter Gubert Chairman of JP Morgan Europe, Middle East and Africa, London	Dr. Sabine Röser Vorsitzende des Vorstands der Rudolf Röser Verlag und Informationsdienste AG, Karlsruhe	Dr. Robert Schuler-Voith Vorsitzender des Aufsichtsrats der Schuler AG, München
Dr. Alexander Erdland Vorsitzender des Vorstands der Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart Stv. Vorsitzender	Heinrich Haasis Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin	Gerhard Roßwog Präsident des Badischen Genossen- schaftsverbandes e.V., Karlsruhe	Dr. Wolfgang Schuster Oberbürgermeister, Stuttgart
Willem G. van Agtmael Geschäftsführender Gesellschafter der E. Breuning GmbH & Co., Stuttgart	Peter Hauk MdL Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Stuttgart	Hans-Joerg Rudloff Chairman of the Executive Committee Barclays Capital – the investment banking division of Barclays Bank PLC, London	Dieter Schwarz Generalbevollmächtigter der Schwarz GmbH & Co. KG, Neckarsulm
Helmut Althammer Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg, Heidenheim	Dr.-Ing. E. h. Martin Herrenknecht Vorsitzender des Vorstands der Herrenknecht AG, Schwanau	Helmut Walter Rüeck MdL Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart	Dr. Andreas Schweinbenz Geschäftsführer der Vibono GmbH, Hollenbach
Senator h. c. Helmut Aurenz Helmut Aurenz GmbH & Co. KG, Ludwigsburg	Prof. Dr. Heinz K. Junker Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH, Stuttgart	Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion, Stuttgart	Edith Sitzmann MdL Vorsitzende der Fraktion Grüne, Stuttgart
Hans Beerstecher Bankvorstand i.R., Ludwigsburg Stv. Vorsitzender der Landesanstalt für Kommunikation, Stuttgart	Henning Kalkmann Vorsitzender des Vorstands des Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungs- unternehmen Baden-Württemberg e.V., Heidelberg	Ingo Rust MdL Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart	Willi Stächele MdL Präsident des Landtags von Baden-Württemberg a.D.
Peter M. Binder Geschäftsführender Gesellschafter BINDER GmbH, Tuttlingen	Max Dietrich Kley Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE, Ludwigshafen	Dr. Dieter Salomon Oberbürgermeister, Freiburg	Hans-Jörg Vetter Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Ina Dé Managing Director Equity Capital Markets, JP Morgan, London	Dagmar Kollmann Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG, Bad Homburg	Hans Dietmar Sauer Vorsitzender des Aufsichtsrats der W & W AG, Ravensburg	Hans-Peter Villis Vorsitzender des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe
Prof. Dr. Bernd Engler Rektor der Eberhard Karls Universität Tübingen	Christoph Kübel Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Stuttgart	Joachim E. Schielke Vorsitzender des Vorstands a.D. der Baden-Württembergischen Bank, Stuttgart	Prof. Peter Weibel Vorstand des ZKM – Zentrum für Kunst und Medientechnologie, Karlsruhe
Heinz Fenrich Oberbürgermeister, Karlsruhe	Dr. Peter Kurz Oberbürgermeister, Mannheim	Carola Gräfin von Schmettow Mitglied des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Senator E. h. Dipl.-Ing. Horst Weitzmann Geschäftsführender Gesellschafter der NDW Beteiligungsgesellschaft mbH, Kehl
Tanja Gönner MdL Vorsitzende des Landtagsausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart	Dr. Joachim Ott Geschäftsführer der Bilfinger Berger Facility Services GmbH, Neu-Isenburg	Claus Schmiedel MdL Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Stuttgart	Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
Gerhard Goll Rechtsanwalt, Karlsruhe	Sean Rainbird Direktor der Staatsgalerie, Stuttgart	Peter Schneider MdL Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart	Guido Wolf MdL Präsident des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart

PERSONALBERICHT

Die L-Bank kann ihrer Aufgabe, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen, nur mit einer vorausschauenden und nachhaltigen Personalpolitik nachkommen. Um die an sie gestellten Anforderungen auch zukünftig erfüllen zu können, bedarf es der Gewinnung und langfristigen Bindung qualifizierten Personals. Die L-Bank setzt hierfür vor allem auf Maßnahmen zur Gleichstellung, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zur Personalentwicklung und zum betrieblichen Gesundheitsmanagement.

GLEICHSTELLUNG

Die Gleichstellung hat in der L-Bank Tradition. So schloss die Bank bereits zu Beginn der 1990er Jahre mit der Personalvertretung eine Dienstvereinbarung zur betrieblichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab. Die Quote der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft bewegte sich per 31.12.2011 mit 56,6 % auf einem hohen Niveau (Vorjahr: 57,4 %). Von den 218 Mitarbeitern aller Ebenen, die mit Führungsaufgaben betraut sind, sind 33,0 % Frauen. Auf der Ebene der Bereichsleiter ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren von 17,0 % kontinuierlich auf 32,0 % gestiegen. Frei gewordene und neu geschaffene Bereichsleiterstellen wurden überwiegend mit Frauen besetzt. Seit 2007 trifft dies auf 67,0 % der Neubesetzungen zu.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Die L-Bank fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Qualifizierte Mitarbeiter können langfristig nur bei einer nachhaltigen familienfreundlichen Personalpolitik gewonnen und gehalten werden.

Eine ausgewogene Karriereplanung erfordert flankierende Maßnahmen seitens des Arbeitgebers. Diese bestehen u. a. in flexiblen Arbeitszeiten, die es den Mitarbeitern ermöglichen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Darüber hinaus erfüllt die L-Bank weiter gehende Arbeitszeitwünsche der Mitarbeiter. Insgesamt kamen zum Bilanzstichtag über 300 Mitarbeiter einer

Teilzeitbeschäftigung nach. Auch die Nachfrage nach Teleheimarbeitsplätzen nimmt stetig zu; per 31.12.2011 nutzten 40 Mitarbeiter diese Möglichkeit. Im Rahmen der mobilen Telearbeit können überdies fast ebenso viele Kollegen ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen, z. B. wenn es die familiäre Situation erfordert.

Die L-Bank ermöglicht durch die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, dass Eltern während der Elternzeit ihre berufliche Tätigkeit fortsetzen können. Die Mitarbeiter haben zudem seit Juli 2011 die Möglichkeit, Krippen- oder Kindergartenplätze in betriebsnahen Kindertagesstätten zu belegen. 2011 richtete die Bank zusätzlich ein Eltern-Kind-Büro ein, das für Situationen vorgesehen ist, in denen die reguläre Kinderbetreuung kurzfristig nicht zur Verfügung steht. Mitarbeiter können in Betreuungsnotfällen ihr Kind mit in die Bank bringen und während der Arbeit beaufsichtigen. Ferner arbeitet die L-Bank seit langem bei der Vermittlung von Betreuungsangeboten für Kinder, aber auch im Falle kranker und pflegebedürftiger Angehöriger mit einer externen Mitarbeiterberatung zusammen.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der L-Bank lag per 31.12.2011 bei 45,6 Jahren und ist in den zurückliegenden fünf Jahren um knapp zwei Jahre gestiegen (2006: 43,8 Jahre). Grund dafür ist neben der verlängerten Lebensarbeitszeit auch die geringe Fluktuationsrate in der Bank; auf eigenen Wunsch verließen nur zwölf Mitarbeiter im Geschäftsjahr das Institut.

PERSONAL ZUM BILANZSTICHTAG IN ZAHLEN

Belegschaft	2011	2010
Gesamtzahl der Beschäftigten	1.218	1.222
Anteil der Teilzeitkräfte	25,5 %	25,2 %
Anteil der weiblichen Beschäftigten	56,6 %	57,4 %
Durchschnittsalter	45,6 Jahre	44,7 Jahre
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit	16,8 Jahre	16,4 Jahre
Fluktuationsrate	2,8 %	4,8 %

PERSONALENTWICKLUNG

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist die Nachwuchsförderung ein wesentlicher Bestandteil der Personalstrategie der L-Bank. Aufgrund des absehbaren Fach- und Führungskräftemangels baut die L-Bank auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung und eine langfristige Bindung der selbst ausgebildeten Mitarbeiter an das Unternehmen.

Abiturienten wird die Chance geboten, sich in drei Jahren zum Bachelor im Studiengang Wirtschaftsinformatik bzw. Betriebswirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) in Karlsruhe oder Stuttgart zu qualifizieren. Im Jahr 2011 begannen zehn junge Menschen ihr Studium; acht beendeten es erfolgreich. Alle Absolventen wurden von der L-Bank in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

Neben der Nachwuchsförderung legt die L-Bank ein besonderes Augenmerk auf die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Die unterschiedlichen Anforderungen des Marktes, aber auch Regulierungsbemühungen der Bankenaufsicht stellen immer höhere Ansprüche an die Qualifikation der Mitarbeiter. Die L-Bank fördert daher eine große

Bandbreite an Qualifizierungsvorhaben und hat ihr Weiterbildungsangebot im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Insgesamt wurden 1.211 Qualifizierungsmaßnahmen wahrgenommen. Die Ausgaben für die Weiterbildung betragen je Mitarbeiter 658 Euro. Außerdem unterstützt die Bank Mitarbeiter bei der Erlangung berufsbegleitender Abschlüsse. Die Belegschaft soll dadurch in die Lage versetzt werden, Veränderungsprozesse aktiv zu begleiten.

GESUNDHEITSMANAGEMENT

In der L-Bank werden in zehn Jahren die über 50-Jährigen voraussichtlich den größten Anteil der Mitarbeiterschaft stellen. Um die Erfahrung und die langjährige Expertise dieser Generation zu nutzen und die Leistungsfähigkeit aller Arbeitnehmer zu fördern, bietet die L-Bank seit vielen Jahren Maßnahmen zur Gesunderhaltung an.

Arbeitsbedingte bzw. arbeitsassoziierte Beschwerden sollen durch Arbeitsschutz und ergonomische Maßnahmen minimiert werden. Durch präventive Maßnahmen möchte die Bank eine Reduzierung gesundheitlicher Einschränkungen erreichen. Daher ist die L-Bank bestrebt, die Arbeitsplätze und die Arbeitsumgebung optimal an gesundheitliche und ergonomische Erfordernisse anzupassen. Auch im Geschäftsjahr 2011 führte die L-Bank Gefährdungsbeurteilungen für Büro- und Bildschirmarbeitsplätze nach den gesetzlichen Vorgaben durch. Dabei wurden neben möglichen Ursachen für arbeitsplatzbezogene körperliche Belastungen erstmals auch geistig-psychische Fehlbelastungen erfasst.

Zur Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz bietet die Bank Anreize für das gesundheitsbewusste Verhalten der Beschäftigten. In Zusammenarbeit mit einem Zentrum für Gesundheitsförderung werden in Karlsruhe und Stuttgart gezielte Kurse, aber auch individuelles Training nach Einweisung angeboten. Die Bank motiviert darüber hinaus ihre Mitarbeiter zu gesundheitsförderndem Verhalten auch jenseits des Arbeitsplatzes, z. B. durch aktive Teilnahme an den Aktivitäten der L-Bank Sportgruppen.

LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

Die L-Bank ist die Staatsbank für Baden-Württemberg. Sie unterstützt das Land bei der Umsetzung seiner Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik mit einem breiten Spektrum an Finanzierungsinstrumenten. Die L-Bank untersteht als Anstalt des öffentlichen Rechts der Aufsicht des Landes. Neben ihrem Sitz in Karlsruhe unterhält sie eine Niederlassung in Stuttgart.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Staatsschuldenkrise, der Verlust des Vertrauens in die Gemeinschaftswährung und die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Rettungspakete prägten das Geschäftsjahr 2011. Dennoch ist die gesamtdeutsche Wirtschaft erneut deutlich gewachsen. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,0 % (Vorjahr: 3,7 %) zu. Hierzu trug erwartungsgemäß die verstärkte Binnennachfrage bei. Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stiegen insgesamt um 1,5 % (Vorjahr: 0,6 %) an. Die Neuverschuldung erreichte mit 1,0 % des nominalen BIP erstmals seit 2008 wieder das von der EU geforderte Maastricht-Kriterium, das ein Budgetdefizit von maximal 3,0 % des BIP vorsieht (Stand: 24.02.2012).

Insbesondere Baden-Württemberg profitierte von dieser wirtschaftlichen Dynamik Deutschlands. So lag die Wachstumsrate des BIP bei 4,4 % (Stand: 24.02.2012). Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete einmal mehr der gesamte Außenhandel mit einem volumenmäßigen Anstieg von 12,9 % gegenüber dem Vorjahr. Einher ging diese Phase der starken konjunkturellen Entwicklung mit einem

deutlichen Beschäftigungsanstieg, der sich in den seit 2005 kontinuierlich verbesserten Arbeitsmarktzahlen niederschlug. Die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg lag im Dezember 2011 mit 3,7 % (Vorjahr: 4,3 %) deutlich unter der des Bundes in Höhe von 6,6 % (Vorjahr: 7,1 %).

WESENTLICHE ENTWICKLUNGEN IN DER L-BANK

Die Schwerpunkte der Fördergeschäftstätigkeit der L-Bank waren auch im Berichtsjahr die Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung. Das gesamte Neugeschäftsvolumen der L-Bank sank im abgelaufenen Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 47,0 % auf 8.686,5 Mio. EUR* und lag damit in etwa auf dem Niveau des Jahres 2009. Der Rückgang des Neugeschäfts ist im Wesentlichen auf den Einmaleffekt einer großvolumigen Infrastrukturfinanzierung im Jahr 2010 zurückzuführen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Mit ihren Förderangeboten für Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und landwirtschaft-

* Die Zahlen und Angaben zur Neugeschäftsentwicklung (inkl. der Vorjahresvergleichszahlen) wurden erstmals unter Anwendung einer neuen Systematik erhoben und sind daher teilweise mit denen des Vorjahreslageberichts nicht vergleichbar.

liche Betriebe trägt die L-Bank in Partnerschaft mit den Hausbanken zu einem nachhaltigen Wachstum der Wirtschaft und damit zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Im Berichtsjahr vergab die L-Bank in der Wirtschaftsförderung Mittel in Höhe von 2.405,3 Mio. EUR (Vorjahr: 2.237,6 Mio. EUR).

In den Förderprogrammen, die von der L-Bank zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angeboten werden, wurden zum 01.04.2011 wesentliche inhaltliche und redaktionelle Anpassungen vorgenommen. In diesem Zuge wurden auch die Wirtschaftsförderprogramme der L-Bank neu benannt.

Existenzgründer und junge Unternehmen erhielten im Jahr 2011 Darlehensmittel in Höhe von 407,6 Mio. EUR (Vorjahr: 445,0 Mio. EUR). Im Programm „Startfinanzierung 80“, das zum zweiten Quartal 2011 die bisherige „Starthilfe Baden-Württemberg“ abgelöst hat, betrug das Bewilligungsvolumen im Berichtsjahr 45,9 Mio. EUR. Damit konnte das bereits sehr hohe Vorjahresniveau von 41,2 Mio. EUR nochmals überschritten werden. Die Förderung von Existenzgründungs- und Festigungsvorhaben wurde im Rahmen der umfangreichen Anpassungen zum 01.04.2011 auf einen einheitlichen Zeitraum von drei Jahren nach der Unternehmensgründung beschränkt. Dies hatte im Gesamtjahr 2011 einen Rückgang des Neugeschäftsvolumens in der „Gründungsfinanzierung“ um 10,4 % auf 361,7 Mio. EUR zur Folge, da in diesem Programm bisher Festigungsvorhaben bis zu acht Jahre nach Gründung gefördert werden konnten.

Die etablierten Unternehmen des baden-württembergischen Mittelstandes unterstützte die L-Bank im Jahr 2011 mit vielfältigen Programmen in einem Gesamtumfang von 2.092,8 Mio. EUR. Dies bedeutet eine Steigerung der bewilligten Mittel um 22,8 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2010. Die deutlich positive Entwicklung der Einzelprogramme „Investitionsfinanzierung“ und

„Wachstumsfinanzierung“ ist dabei hervorzuheben. Deren Zusagevolumen konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr um 19,9 % auf 765,8 Mio. EUR bzw. um 47,9 % auf 286,6 Mio. EUR gesteigert werden. Während der „Investitionsfinanzierung“ 2011 vor allem die insgesamt gestiegene Investitionsbereitschaft der Unternehmen zugutekam, profitierte die „Wachstumsfinanzierung“ auch von einer Teilverlagerung von Investitionen, die bis zum 31.03.2011 mittels der „Gründungsfinanzierung“ gefördert werden konnten.

Im Rahmen einer befristeten Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg war im Jahr 2010 eine Ausweitung des Bürgschaftsprogramms vorgenommen worden. Die vorübergehende Anhebung der Risikoübernahme der L-Bank auf bis zu 10,0 Mio. EUR je Finanzierungstransaktion lief zum 01.10.2011 aus. Die L-Bank ist damit wieder für Risikoübernahmen bis zu 5,0 Mio. EUR zuständig.

Die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben bewegte sich im Berichtsjahr mit einem Volumen von 147,9 Mio. EUR (Vorjahr: 144,0 Mio. EUR) auf einem neuen Höchststand. Allein im Programm „Energie vom Land“, das die Erzeugung von Energie aus regenerativen Energiequellen zum Fördergegenstand hat, wurden Mittel in Höhe von 93,9 Mio. EUR (Vorjahr: 82,5 Mio. EUR) ausgereicht. Der deutliche Anstieg des Bewilligungsvolumens liegt dabei maßgeblich in Vorzieheffekten aufgrund der Absenkung der gesetzlich geregelten Einspeisevergütungen zum 01.01.2012 begründet.

WOHNRAUMFÖRDERUNG

Die L-Bank fördert den Bau und den Erwerb von eigengenutztem oder vermietetem Wohnraum mit zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen. Durch die Finanzierung von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur energetischen Sanierung bestehender Objekte. Entgegen den Erwartungen sank das Neugeschäftsvolumen in der

Wohnraumförderung im abgelaufenen Geschäftsjahr vergleichsweise stark auf 1.065,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1.406,7 Mio. EUR). Die rückläufige Nachfrage nach Fördermitteln im Berichtsjahr ist dabei u. a. auf die im Vergleich zu den Vorjahren veränderten Fördervoraussetzungen und -konditionen im Landeswohnraumförderungsprogramm zurückzuführen. Außerdem nimmt im Bereich der Mietwohnraumförderung zunehmend die Bereitschaft der Wohnungsunternehmen ab, Bindungen für die angebotene Förderung einzugehen. Die geringeren Zusagevolumina bei den Programmen des Landes wirkten sich unmittelbar auch auf die Inanspruchnahme begleitender Produkte wie Options- und KfW-Darlehen aus.

Für die Finanzierung von eigengenutztem Wohnraum reichte die L-Bank im Jahr 2011 Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 817,3 Mio. EUR (Vorjahr: 1.040,0 Mio. EUR) aus. Davon entfielen allein 332,9 Mio. EUR (Vorjahr: 424,0 Mio. EUR) auf das Programm „Wohnen mit Kind“, das Privatpersonen aller Einkommensklassen mit mindestens einem Kind offensteht. Im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms konnten im Berichtsjahr für eigengenutzten Wohnraum Zusagen mit einem Volumen von 222,1 Mio. EUR (Vorjahr: 279,3 Mio. EUR) getätigt werden.

In der Wohnraumförderung finanzierte die L-Bank im Jahr 2011 darüber hinaus die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnraum mit Mitteln in Höhe von 239,6 Mio. EUR (Vorjahr: 357,2 Mio. EUR). Die Inanspruchnahme der im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms für die Finanzierung von Mietwohnraum bereitgestellten Fördermittel lief im Jahr 2011 schleppend. Mit einem Zusagevolumen von 15,9 Mio. EUR (Vorjahr: 56,4 Mio. EUR) konnte das für diesen Programmteil geplante Volumen nicht vollständig erreicht werden.

REFINANZIERUNG UND BANKSTEUERUNG

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt zu einer adressenmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank mit einem Rating von Aaa bzw. AA+.

Im Bereich der Refinanzierung konnte die L-Bank ihre Ziele bezüglich Volumen, Fristigkeit und Struktur durch selektives Vorgehen bei der Nutzung der angebotenen Refinanzierungsalternativen vollständig erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. EUR, das per 31.12.2011 mit 19.012,8 Mio. EUR (Vorjahr: 14.805,5 Mio. EUR) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden drei Benchmark-Anleihen begeben: eine fünfjährige Anleihe in EUR über 1.500,0 Mio. EUR sowie zwei Anleihen in USD mit Laufzeiten von drei bzw. fünf Jahren und einem Gesamtvolumen von 2.750,0 Mio. USD. Daneben wurden weitere Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen begeben. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen im Jahr 2011 belief sich auf 9.997,0 Mio. EUR. Die Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen Umfang von 10.000,0 Mio. EUR aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 9.372,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7.420,1 Mio. EUR).

Im Rahmen des Banksteuerungsgeschäftes verfolgt die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit einem Fokus auf guten bis sehr guten Bonitäten. Die L-Bank besitzt überwiegend Papiere mit einem Rating im Bereich von AAA und AA. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde kein Neugeschäft im Bereich Verbriefungen getätigt.

SONSTIGE ENTWICKLUNGEN

Zur Stärkung des Standortes Baden-Württemberg unterstützt die L-Bank die Realisierung von Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen und durch andere Finanzierungsformen. Dafür vergab sie im Geschäftsjahr 2011 Mittel in Höhe von 1.799,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6.736,4 Mio. EUR), davon allein 810,8 Mio. EUR zur Unterstützung größerer Investitionsvorhaben von Gebietskörperschaften. Der Anteil von Infrastrukturfinanzierungen in Form von Public-Private-Partnership-, Konzessions- und Mietmodellen erhöhte sich auf 135,9 Mio. EUR (Vorjahr: 65,0 Mio. EUR). Der Rückgang des Neugeschäfts im Bereich der Infrastrukturförderung resultiert maßgeblich aus einem großvolumigen Einzelgeschäft im Jahr 2010.

Die L-Bank übernimmt als Dienstleister für das Land die Betreuung und Abwicklung zahlreicher Finanzhilfen. Neben Mitteln des Landes, der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH sowie der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH werden Subventionen des Bundes und der Europäischen Union ausgereicht. Der Bereich Finanzhilfen bearbeitete im Jahr 2011 ein Bewilligungsvolumen von 930,9 Mio. EUR (Vorjahr: 842,2 Mio. EUR), was einem Anteil von 10,7 % am gesamten Neugeschäftsvolumen der L-Bank entspricht. Die größten Positionen betrafen dabei die Krankenhausfinanzierung (436,9 Mio. EUR), Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz und Altlasten (117,1 Mio. EUR) sowie Investitionen in den Schulhausbau (89,0 Mio. EUR). Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind Gespräche mit den zuständigen Stellen der neuen Landesregierung über die inhaltliche Anpassung von Förderprogrammen im Klimaschutz und auf dem Gebiet der vorschulischen Bildung angelaufen.

Der finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern wird in Baden-Württemberg auch

vor dem Hintergrund der absehbaren Folgen des demografischen Wandels ein besonderer Stellenwert beigemessen. Deshalb unterstützt die L-Bank im Auftrag von Bund und Land Familien durch die Vergabe von Bundeseltern- und Landeserziehungsgeld. Das Antrags- und Bewilligungsvolumen entwickelte sich beim Elterngeld im Berichtszeitraum nahezu gleichbleibend zum vorangegangenen Geschäftsjahr. Es wurden 111.945 Anträge mit einem Volumen von 676,0 Mio. EUR (Vorjahr: 662,0 Mio. EUR) genehmigt. Die Anzahl der Bewilligungen beim Landeserziehungsgeld war leicht rückläufig; das Volumen belief sich auf 36,9 Mio. EUR (Vorjahr: 39,3 Mio. EUR).

Die L-Bank war zum Bilanzstichtag mit einem Buchwert in Höhe von 509,6 Mio. EUR (Vorjahr: 498,6 Mio. EUR) an Unternehmen beteiligt. Das Portfolio umfasst strategische und krediteretzende Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes hält, belief sich zum Jahresende 2011 auf 443,2 Mio. EUR (Vorjahr: 436,8 Mio. EUR). Die Veränderung zum Vorjahr beruht auf einer Wertaufholung bei einem Unternehmen. Für die Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg, die das Gesamtportfolio maßgeblich prägt, existiert eine Werthaltigkeitsgarantie des Landes Baden-Württemberg.

Über den L-EA Mittelstandsfonds, ausgestattet mit einem Investitionsvolumen von 500,0 Mio. EUR, beteiligt sich die L-Bank in der Regel als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Die Nachfrage nach Produkten des L-EA Mittelstandsfonds ist unverändert hoch. Im Geschäftsjahr 2011 wurden vier Neuengagements getätigt und drei bestehende Investments weiterfinanziert. Das Investitionsvolumen 2011 belief sich auf insgesamt 12,7 Mio. EUR. Zum Bilanz-

stichtag bestand das Portfolio damit aus insgesamt 20 Engagements (drei Fondsbeteiligungen, zehn Einzelbeteiligungen, sieben Nachrangdarlehen) mit einem aktuell belegten Investitionsvolumen von 119,6 Mio. EUR.

Um die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich zu sichern, betreibt die L-Bank über Tochtergesellschaften Technologie- und Gewerbeparks u. a. in Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart und Tübingen. In diesen haben sich mittlerweile 320 Unternehmen mit 8.480 Mitarbeitern angesiedelt. Zum Bilanzstichtag waren vom ursprünglichen Gesamtinvestment von 466,4 Mio. EUR noch 158,2 Mio. EUR investiert.

BILANZSUMME UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Berichtsjahr stieg die Bilanzsumme der L-Bank um 11,5 % auf 67.991,9 Mio. EUR. Die Zunahme ist maßgeblich auf im Dezember 2010 zugesagte, zu jener Zeit aber noch nicht valutierende Kredite für eine großvolumige Infrastrukturfinanzierung zurückzuführen. Diese sind in der Bilanz zum 31.12.2011 in Höhe von 4.717,6 Mio. EUR im Wertpapierbestand bzw. bei den Forderungen enthalten. Auf der Passivseite resultierte die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen aus den gesteigerten Auslastungen im „Debt Issuance Programme“ und im „Commercial Paper Programme“.

Das Geschäftsvolumen, das auch Bürgschaftsverpflichtungen und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 1.482,4 Mio. EUR auf 78.161,7 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge, die sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und sonstigen betrieblichen Erträgen zusammensetzen, blieben mit einer Höhe von 477,0 Mio. EUR (Vorjahr: 476,6 Mio. EUR) gegenüber dem Jahr 2010 nahezu unverändert. Der Zinsüberschuss, der nach wie

vor wichtigster Ertragsbestandteil war, konnte aufgrund der weiterhin günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank auf Vorjahresniveau gehalten werden. Er betrug 420,8 Mio. EUR (Vorjahr: 422,1 Mio. EUR). Seit 2010 werden die Zinssubventionen handelsrechtlich als Zinsaufwand bewertet und demzufolge beim Zinsergebnis in Abzug gebracht. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt daher kein getrennter Ausweis mehr. Wie bereits im Vorjahr wird im Lagebericht hingegen die getrennte Betrachtung beider Positionen beibehalten. Die L-Bank bewertet die Zinsverbilligungsmittel als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit betriebswirtschaftlich als Ergebnisverwendung. Der Aufwand für Zinssubventionen ist in der Ergebnisposition „Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse“ enthalten.

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind gegenüber dem Vorjahr um 10,5 % auf 136,4 Mio. EUR gestiegen. Maßgeblich dafür war ein um 9,3 Mio. EUR höherer Personalaufwand infolge einer Tarifierhöhung zum 01.01.2011, des Wegfalls der BilMoG-Effekte auf die Pensionsrückstellungen und der erstmaligen Bildung von Rückstellungen für variable Vergütungsbestandteile. Daneben stieg auch der Sachaufwand für das Bankgeschäft auf 37,2 Mio. EUR (Vorjahr: 34,1 Mio. EUR) an.

Das Betriebsergebnis vor Bewertungsänderungen ist aufgrund der höheren Verwaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % gesunken. Es belief sich zum Bilanzstichtag auf 335,0 Mio. EUR (Vorjahr: 347,5 Mio. EUR). Die positive konjunkturelle Entwicklung führte zu einer deutlich entspannten Risikolage. Dadurch verbesserte sich das Bewertungsergebnis auf 411,7 Mio. EUR (Vorjahr: -85,5 Mio. EUR). Neben Eingängen auf abgeschriebene Forderungen und Zuschreibungen bei Beteiligungen war dieser Anstieg im Wesentlichen auf

die Auflösung von Vorsorgereserven in Höhe von 352,7 Mio. EUR vor dem Hintergrund der nach Basel III steigenden Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten zurückzuführen. Unter Berücksichtigung der Bewertungsänderung stieg das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank auf 750,7 Mio. EUR (Vorjahr: 265,7 Mio. EUR).

GEWINNVERWENDUNG

Das Land Baden-Württemberg erhielt aus dem Jahresergebnis 2011 einen Betrag in Höhe von 109,7 Mio. EUR (Vorjahr: 246,9 Mio. EUR). Davon wurden 94,4 Mio. EUR (Vorjahr: 101,6 Mio. EUR) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg blieb mit 15,3 Mio. EUR konstant. Der Jahresüberschuss wird in Höhe von 641,0 Mio. EUR zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. EUR				
	01.01.2011 bis 31.12.2011	01.01.2010 bis 31.12.2010	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	420,8	422,1	-1,3	-0,3
Provisionsüberschuss	42,2	40,5	1,7	4,2
Sonstige Erträge/Aufwendungen	8,4	8,3	0,1	1,2
./. Verwaltungsaufwendungen	136,4	123,4	13,0	10,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	335,0	347,5	-12,5	-3,6
./. Risikovorsorge/Bewertungen	411,7	-85,5	497,2	>100,0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/ Bewertungen	746,7	262,0	484,7	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	4,9	4,5	0,4	8,9
Jahresüberschuss vor Steuern	751,6	266,5	485,1	>100,0
./. Ertragsteuern	0,9	0,8	0,1	12,5
Verteilungsfähiges Ergebnis	750,7	265,7	485,0	>100,0
./. Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	94,4	101,6	-7,2	-7,1
./. Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	15,3	15,3	0,0	0,0
Jahresüberschuss	641,0	148,8	492,2	>100,0
./. Sonderausschüttung	0,0	130,0	-130,0	-100,0

RISIKOBERICHT

Die L-Bank hat zur Steuerung der mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem installiert mit den Zielen,

- jederzeit die Risikosituation einschätzen zu können,
- Risiken frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren sowie
- Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der L-Bank ohne Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg auch bei Eintritt von unerwarteten Verlusten zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Das Risikomanagement stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleitete Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit,
- Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse sowie
- die schriftliche Fixierung der Ordnung der L-Bank.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Das Risikomanagement wird in hohem Maße vom gesetzlich verankerten Förderauftrag bestimmt. Das Land Baden-Württemberg – vertreten durch die Landesregierung – legt über die Ausgestaltung der Förderprogramme die Kundengruppen, den Verwendungszweck sowie die regionale Ausrichtung der Geschäftstätigkeit fest. Im Gegenzug übernimmt das Land Baden-Württemberg Gewährträgerhaftung und Anstaltslast und garantiert die Verbindlichkeiten der L-Bank explizit.

Aus dem öffentlichen Förderauftrag abgeleitet, formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen risikopolitischen Grundlagen, die in den Risikostrategien sowie ergänzenden Richtlinien zur Ablauforganisation konkretisiert werden. Die Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategien obliegt den Fachbereichen. Der

Bereich Treasury ist für die Umsetzung des vom Vorstand festgelegten Zinsänderungsrisiko- und Währungsrisikoprofils sowie für das Liquiditätsrisikomanagement zuständig. Für die Steuerung des Adressenausfallrisikos sind die Bereiche verantwortlich, die das Kreditgeschäft initiieren. Die operationellen Risiken werden von sog. Risikomanagern gesteuert. Diese managen entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Der Bereich Controlling ist zusammen mit dem Bereich Zahlungsverkehr auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation. Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer und schlägt dem Vorstand entsprechende Kreditnehmereinzellimite sowie Limite für die Summe aller Engagements in einem Land vor. Außerdem vergibt der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft das Votum aus der Marktfolge. Zur qualitativen Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt. Die Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der L-Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Revision nimmt

ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und bei der Berichterstattung keinen Weisungen.

GESCHÄFTSSTRATEGIE UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand Zielgrößen hinsichtlich Kernkapitalquote und Cost-Income-Ratio fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden kann. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Ausfallrisiken (Klumpenrisiken) bei bestimmten Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamtrisikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden u. a. für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leitet sich die Risikostrategie ab. In der Risikostrategie legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten sowie neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie das operationelle Risiko.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in der Risikostrategie seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotential bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang hat der Vorstand in der Risikostrategie das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das

operationelle Risiko sowie das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Adressenausfallrisikomanagements macht der Vorstand in der Risikostrategie Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Kreditrisikomarge und verpflichtet die Geschäftsfelder zur Hereinnahme von werthaltigen Sicherheiten. Außerdem plant der Vorstand die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die L-Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird maßgeblich auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden hohe Anforderungen gestellt. Unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit zeigt die Risikostrategie den geplanten Umfang der zukünftigen Kreditrisiken und insbesondere der Risikokonzentrationen.

Hinsichtlich des Marktpreisrisikos verfolgt die L-Bank die Strategie, mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen Erträge zu erzielen. Die Zinsmeinung wird von Kapitalmarktparametern bestimmt. Diese unterliegen einer ständigen Veränderung, weshalb die Geschäftsleitung wöchentlich über die Umsetzung der Marktpreisrisikostrategie diskutiert.

Da das Land die Verbindlichkeiten der L-Bank garantiert, hängen die Konditionen der Refinanzierung in hohem Maße vom Standing des Landes Baden-Württemberg auf den Kapitalmärkten ab. Liquiditätsrisiken, die allein auf eine mögliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückgehen,

werden als gering eingestuft. Zur Sicherstellung der zinsgünstigen Liquiditätsbeschaffung pflegt die L-Bank intensiven Kontakt zu Käufern von Schuldtiteln der L-Bank und ist hierzu auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten präsent.

Die L-Bank verfolgt die Strategie der Vermeidung von bestandsgefährdenden operationellen Risiken. Bei operationellen Risiken, von denen keine Bestandsgefährdung ausgeht, geht die L-Bank nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vor. Ist unter Beachtung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Vermeidung eines Verlustes aus der Realisierung von operationellen Risiken aufwendiger als ein möglicher Verlust, so werden – vorbehaltlich gesetzlicher Regelungen – keine bzw. nur schadensbegrenzende Vermeidungsmaßnahmen ergriffen.

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Überwachung des Risikodeckungspotentials in zwei Steuerungskreisen

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt mit dem Ziel des Fortbestandes des Kreditinstituts (Going-Concern-Ansatz) ohne Unterstützungsmaßnahmen durch den Gewährträger.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die L-Bank das Risikomanagement durch die Einführung von zwei Steuerungskreisen zur Überwachung der Risikotragfähigkeit weiter ausgebaut.

Die Einhaltung regulatorischer und die Einhaltung ökonomischer Anforderungen stellen zwei gleichberechtigte Ziele dar. Aus diesem Grund wurde im Steuerungskreis 1 die regulatorische Risikotragfähigkeit mit der ökonomischen Risikotragfähigkeit verzahnt. Hierzu erfolgte eine Vereinheitlichung des regulatorischen und des ökonomischen Risikodeckungspotentials. Das regulatorische Risikodeckungspotential bestimmt

sich nach den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Für den Going-Concern-Ansatz ermittelt die L-Bank das freie Kernkapital, das für die Erfüllung der Eigenkapitalunterlegung gemäß der Solvabilitätsverordnung nicht benötigt wird. Die L-Bank setzt zur Ermittlung des aufsichtsrechtlich notwendigen Kapitals aus Vorsichtsgründen eine Gesamtkennziffer von 8,4 % an. Das diesen Betrag übersteigende Kernkapital bildet einen Teil des ökonomischen Risikodeckungspotentials. Dieses wird um die Risikoreserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit dem offenen Eigenkapital vergleichbare Qualität haben und die bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Weiter werden beim ökonomischen Risikodeckungspotential „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die von der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden.

Mit dem regulatorischen und ökonomischen Risikodeckungspotential sollen die Ansprüche der Gläubiger auch bei ungünstigen Entwicklungen abgesichert werden. Mit dem ökonomischen Risikokapital sollen unerwartete Verluste ausgeglichen werden. Die unerwarteten Verluste werden in der L-Bank mittels Value-at-Risk-Verfahren mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % bewertet. Für die verschiedenen Risikoarten werden Value-at-Risk-Limite festgelegt. Die Summe aller Value-at-Risk-Limite bildet die Gesamtverlustobergrenze. Unter Berücksichtigung des Ziels des Fortbestandes der L-Bank darf die Gesamtverlustobergrenze 80,0 % des ökonomischen Risikodeckungspotentials nicht übersteigen. Da die Einhaltung der Value-at-Risk-Limite regelmäßig überwacht wird, die Summe aller Value-at-Risk-Limite nicht größer ist als die Gesamtverlustobergrenze und die Gesamtverlustobergrenze nicht größer ist als das Risikodeckungspotential, wird mit der Überwachung der Value-at-Risk-Limite auch die Risikotragfähigkeit regelmäßig geprüft.

Nachfolgende Tabellen zeigen, wie sich in Steuerungskreis 1 das jeweilige Risikodeckungspotential sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben.

REGULATORISCHE RISIKOTRAGFÄHIGKEIT IN STEUERUNGSKREIS 1				
	31.03.2011	30.06.2011	30.09.2011	31.12.2011
Risikoposition* in Mio. EUR	22.248,8	22.050,4	21.866,6	19.975,1
Kernkapital in Mio. EUR	1.932,9	1.950,6	1.949,0	1.939,8
Regulatorisches Risikodeckungspotential (Eigenmittel) in Mio. EUR	3.150,8	3.198,9	3.185,2	3.155,0
Kernkapitalquote in %	8,7	8,9	8,9	9,7
Gesamtkennziffer in %	14,2	14,5	14,6	15,8

* Unter Risikoposition werden die Anrechnungsbeträge für Adressrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die L-Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

ÖKONOMISCHE RISIKOTRAGFÄHIGKEIT IN STEUERUNGSKREIS 1 in Mio. EUR							
	Freies Kernkapital nach SolvV	Reserven	Gewinn		RDP gesamt	GVO	Anteil GVO am RDP in %
			Aus 2010	Aus 2011			
31.01.2011	792,0	281,0	91,0	18,4	1.182,4	867,0	73,3
28.02.2011	848,0	281,0	91,0	29,6	1.249,6	867,0	69,4
31.03.2011	819,0	281,0	91,0	48,0	1.239,0	867,0	70,0
30.04.2011	848,0	281,0	91,0	65,4	1.285,4	867,0	67,4
31.05.2011	862,0	352,5	0,0	87,2	1.301,7	867,0	66,6
30.06.2011	863,0	352,5	0,0	103,4	1.318,9	867,0	65,7
31.07.2011	862,0	352,5	0,0	117,4	1.331,9	867,0	65,1
31.08.2011	789,0	352,5	0,0	137,3	1.278,8	867,0	67,8
30.09.2011	862,0	352,5	0,0	140,0	1.354,5	932,0	68,8
31.10.2011	861,0	352,5	0,0	153,5	1.367,0	932,0	68,2
30.11.2011	960,0	352,5	0,0	175,1	1.487,6	932,0	62,7
31.12.2011	1.034,0	352,5	0,0	284,2	1.670,7	932,0	55,8

RDP = Risikodeckungspotential

GVO = Gesamtverlustobergrenze (Summe aller Value-at-Risk-Limite)

Reserven = Reserven nach § 340f HGB und nach § 26a KWG a.F.

Aufgrund nicht validierbarer Diversifikationseffekte wurde zur Abdeckung hieraus bestehender möglicher Modellrisiken – im Rahmen der Umsetzung der dritten Novelle der MaRisk – die Gesamtverlustobergrenze zum 30.09.2011 um 65,0 Mio. EUR erhöht. Die L-Bank berücksichtigte bei der Ermittlung des Kapitalbedarfs nach SolvV bis zum 31.08.2011 erhaltene Bareinlagen aus Collateralvereinbarungen nicht risikomindernd. Aufgrund des zum 31.08.2011 gestiegenen USD-Kurses reduzierte sich das freie Kernkapital nach SolvV, da die mit dem Kursanstieg verbundenen Marktwertsteigerungen von Währungsderivaten zur Absicherung von Wechselkursrisiken aus Refinanzierungen in USD eine höhere Eigenkapitalunterlegung erforderten. Ab 01.09.2011 wurden die erhaltenen Bareinlagen aus Collateralvereinbarungen risikomindernd berücksichtigt. Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am gesamten Risikodeckungspotential betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen 55,8 % und 73,3 %.

Im Steuerungskreis 2 wird der Wert der L-Bank als ökonomisches Risikodeckungspotential bereitgestellt. Diesem Risikodeckungspotential werden neben der Gesamtverlustobergrenze noch die stillen Lasten aus dem Anlagevermögen (vermiedene Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS)) gegenübergestellt. Gesamtverlustobergrenze und stille Lasten dürfen zusammen einen Anteil von 80,0 % am wertorientiert ermittelten ökonomischen Risikodeckungspotential nicht übersteigen. Zur Abschätzung der Entwicklung der stillen Lasten unterzieht die L-Bank diese einem robusten Stresstestprogramm. Aufgrund der Geschäftsstrategie, nach der die L-Bank bei Wertpapieren und Credit Default Swaps das Halten bis zur Endfälligkeit (Durchhalteabsicht) verfolgt, sind Verkäufen aufgrund von Bonitätsverschlechterungen Grenzen gesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden die Wertpapiere und Credit Default Swaps wertberichtigt.

ÖKONOMISCHE RISIKOTRAGFÄHIGKEIT IN STEUERUNGSKREIS 2 in Mio. EUR

	Barwert des Bestandes	Personal- und Sachaufwand	Risiko- aufwand	RDP gesamt	GVO	Stille Lasten	Anteil GVO und stille Lasten am RDP in %
31.03.2011	4.052,4	353,2	825,6	2.873,6	867,0	422,5	44,9
30.06.2011	4.292,0	362,6	740,4	3.189,0	867,0	316,5	37,1
30.09.2011	4.352,3	388,0	788,1	3.176,3	932,0	488,0	44,7
31.12.2011	4.847,0	389,8	599,4	3.857,8	932,0	453,9	35,9

RDP = Risikodeckungspotential

GVO = Gesamtverlustobergrenze (Summe aller Value-at-Risk-Limite)

Stille Lasten = ersparte Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere, negative Marktwerte von Credit Default Swaps

Die Zunahme des Barwertes des Bestandes sowie der Personal-, Sach- und Risikokosten geht auf gesunkene Zinsen zurück. Der Rückgang des Risikoaufwandes zum 30.06.2011 und 31.12.2011 ergibt sich aus der genaueren Bewertung des Risikoaufwandes für die Wohnraumförderung in Sachsen. Diese Risikoaufwendungen wurden bisher mittels pauschaler Aufschläge auf die Risikoparameter, die für die Wohnraumförderung in Baden-Württemberg angesetzt werden, ermittelt. Mittlerweile liegen eine entsprechende Anzahl von Ereignissen sowie ein entsprechender Betrachtungszeitraum vor, die es ermöglichen, die Risikoparameter anhand der tatsächlichen historischen Entwicklung in der Wohnraumförderung in Sachsen zu kalibrieren. Die Schwankungen bei den stillen Lasten gehen auf Credit-Spread-Veränderungen zurück. Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze zuzüglich stiller Lasten im Anlagevermögen betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen 35,9 % und 44,9 %.

Sobald das jeweilige ökonomische Risikodeckungspotential zu 80,0 % belegt ist, informiert die Geschäftsleitung das Aufsichtsorgan. Außerdem prüft die L-Bank die Möglichkeit entsprechender Gegenmaßnahmen.

Dabei sind der Möglichkeit der Reduzierung von Risikopositionen enge Grenzen gesetzt. Die L-Bank geht im Auftrag des Gewährträgers bestimmte Förderkredite ein. Ein Verkauf dieser Kreditforderungen zum Zwecke der Risikosteuerung stünde in Widerspruch zum öffentlichen Auftrag. Im ergänzenden Banksteuerungsgeschäft realisiert

die L-Bank Erträge durch die Anlage günstiger Refinanzierungsmittel in risikoarme bis risikolose Wertpapiere. Diese Wertpapiere sind üblicherweise aufgrund ihres geringen Risikogehalts bei der Ermittlung des notwendigen Kernkapitals zur Erfüllung der SolvV nicht anzurechnen (Nullgewichtung). Eine Veräußerung würde in der Regel nur in geringem Umfang zu einer Verringerung der Kreditrisikoposition führen. Bezüglich der Reduzierung der Position aus Marktpreisrisiken wird analysiert, welche negativen Auswirkungen auf den Zinsüberschuss den positiven Risikoauswirkungen, die durch einen Austausch der Anlage des Eigenkapitals in zehnjährige Titel in eine Anlage am Tagesgeldmarkt entstehen, gegenüberstehen. Unabhängig von der Erreichung des 80,0%-Anteils prüft die L-Bank in den kommenden Monaten, inwieweit die Implementierung des IRB-Ansatzes (Internal Rating Based Approach) bei den Kreditrisiken zu einer geringeren Risikoposition führen würde. Eine Umstellung bei den Marktpreisrisiken vom Standardverfahren auf ein internes Modell brächte keine nennenswerten Entlastungen bei der Risikoposition, da die L-Bank zum einen kein Handelsbuch hat und zum anderen die im Bankbuch bestehenden Fremdwährungsrisiken vernachlässigbar sind.

Einer Erhöhung des Kernkapitals durch Kapitaleinlagen sind aufgrund der Haushaltslage des Landes Baden-Württemberg enge Grenzen gesetzt. Wichtiges Ziel der L-Bank ist es deshalb, das Kernkapital durch Thesaurierung der Gewinne aus eigener Kraft zu erhöhen und damit die Risikostragfähigkeit zu stärken.

Unter der Voraussetzung einer entsprechenden Deckung durch Risikodeckungspotential hat der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie beschlossen, für das Jahr 2012 eine Gesamtverlustobergrenze in Höhe von 995,0 Mio. EUR bereitzustellen. Der Abgleich zwischen Gesamtverlustobergrenze und Risikodeckungspotential erfolgt monatlich. Die Gesamtverlustobergrenze enthält ein Limit für unwesentliche Geschäftsvorfälle innerhalb einer als wesentlich definierten Risikoart in Höhe von 7,0 Mio. EUR.

GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN 2012 in Mio. EUR	
	Limit
Gesamtverlustobergrenze	995,0
Adressenausfallrisiken	650,0
Marktpreisrisiken	105,0
Liquiditätsrisiken	65,0
Operationelle Risiken	20,0
Immobilienrisiken	20,0
Modellrisiko	65,0
Unwesentliche Geschäftsvorfälle	7,0
Freier Spielraum	63,0

Für die Jahre 2013 und 2014 wird der Bedarf an regulatorischem Kernkapital aufgrund neuer Regelungen ansteigen. Zur Überprüfung, inwieweit das Risikodeckungspotential auch in den kommenden Jahren ausreichen wird, erstellte die L-Bank in der Risikostrategie entsprechende Planungsrechnungen (z. B. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Bedarf an Kernkapital nach SolvV, Bedarf an Value-at-Risk-Limiten). Diesen Planungsrechnungen liegen folgende wesentliche Annahmen zugrunde:

- Das derzeit bekannte Regelwerk hinsichtlich künftiger Kernkapitalanforderungen (Basel III) wurde berücksichtigt (z. B. sukzessives Ansteigen der Mindestkernkapitalquote, erhöhte Kapitalanforderungen für Finanzbeteiligungen)
- Kein Mehrbedarf an Kernkapital aufgrund von Bonitätsverschlechterungen
- Kein Ansteigen der stillen Lasten aufgrund von Bonitätsverschlechterungen
- L-Bank darf Gewinne der kommenden Jahre zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung nutzen

Die Vorrechnungen der L-Bank zeigen, dass – unter den aufgeführten Annahmen – bei den unterstellten Wachstumsprognosen die Risikotragfähigkeit sowohl im Steuerungskreis 1 als auch im Steuerungskreis 2 gegeben ist.

Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über Value-at-Risk-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen eine Stabilität der Rahmenbedingungen am Finanzmarkt voraus, die insbesondere aufgrund der derzeit herrschenden Finanzmarktkrise nur eingeschränkt angenommen werden kann. Die errechneten Ergebnisse können daher in erheblichem Umfang von den tatsächlich eintreffenden abweichen. Zur Begrenzung dieses Risikos erfolgt neben der quantitativen Risikobewertung eine Risikobewertung durch Stressszenarioanalysen. Mit der Durchführung solcher Analysen identifiziert die L-Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die L-Bank haben können. In diesen Stressszenarioanalysen werden zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart maßgeblichen Risiko-

faktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten wird ermittelt. Hierbei wird das in der L-Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien. Da das dargestellte System nicht ausschließt, dass bestandsgefährdende Szenarien unerkannt bleiben, werden im Weiteren für die einzelnen Risikoarten Verluste unterstellt, und es wird untersucht, unter welchen Bedingungen (inverse Stresstests) es zu derartigen Verlusten kommen kann.

Derzeit beruht die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien auf direkten quantitativen Angaben aus Expertenschätzungen. Diese Schätzungen und damit die quantitativen Auswirkungen sind mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher entwickelt die L-Bank zurzeit ein mehrdimensionales Scoringssystem, mit dem auf die quantitative eindimensionale Expertenschätzung zugunsten einer qualitativen, dafür jedoch mehrdimensionalen verzichtet werden kann. Diese qualitative Schätzung wird mit Zeitreihenanalysen beobachtbarer Risikofaktoren kombiniert. Die L-Bank geht davon aus, dass hierdurch das Expertenwissen gegenüber der derzeit verwendeten quantitativen Expertenschätzung umfassender für die quantitative Analyse genutzt werden kann.

Bei den Ausfallrisiken werden Szenarien ange setzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Dabei wird – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – in einem Szenario von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos

werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge mit außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bezüglich des Währungsrisikos wird eine Auf- bzw. Abwertung der Fremdwährungen gegenüber dem EUR von 20,0 % unterstellt. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Bankbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenariobildung. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen.

RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der L-Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität des Kreditnehmers liegende, oder politische Ursachen haben, die aus direkten staatlichen Verboten zur Leistungserfüllung resultieren. In Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Auftretens des Adressenausfallrisikos differen-

ziert die L-Bank dieses weiter in Settlementrisiko (Erfüllungsrisiko), Abwicklungsrisiko und Kreditrisiko (Kontrahenten- und Emittentenrisiko).

Quantitative Bewertung über die Berechnung des Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden u. a. über Value-at-Risk-Limite begrenzt. Diese legt der Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit sowie der Geschäfts- und Risikostrategie für die einzelnen Geschäftsfelder fest. Aufgrund der – aus dem öffentlichen Auftrag folgenden – Besonderheiten in der Wohnraumförderung ist die Anwendung eines „Marktmodells“ nicht sinnvoll möglich. Aus diesem Grund werden die unerwarteten Verluste in der Wohnraumförderung mit einem eigenentwickelten statistischen Verfahren berechnet. Hierbei werden eine Haltedauer von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,0 % unterstellt. Bei der Berechnung des Value-at-Risk werden Erlöse aus der Verwertung von gestellten Sicherheiten berücksichtigt, wobei die L-Bank die Erlösquoten an die jeweils aktuellen Realisierungswerte anpasst. Da es sich bei der Wohnraumförderung um eine Vielzahl homogener Kreditnehmer handelt, werden Korrelationen zwischen den einzelnen Kreditnehmern nicht berücksichtigt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers wird anhand der durchschnittlichen bestandsgewichteten jährlichen Ausfälle der Kundengruppe der vergangenen 25 Jahre geschätzt.

Bei den übrigen Krediten erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe der Monte-Carlo-Simulation auf Basis externer und interner Ratings und ratingabhängiger Ausfallwahrscheinlichkeiten, die von Ratingagenturen zur Verfügung gestellt werden (Konfidenzniveau: 99,0 %). Dabei werden Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, berücksichtigt. In den Geschäftsfeldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“

und „Öffentliche Hand“ wird eine einheitliche Recoveryrate von 30,0 % unterstellt. Werden im Rahmen der Wirtschaftsförderung zusätzlich zur Abtretung der Endkundenforderung noch weitere Sicherheiten hereingenommen, so werden diese seit 30.06.2011 risikomindernd berücksichtigt. Ansonsten bleiben bei der Value-at-Risk-Berechnung die möglichen Verwertungserlöse aus den gestellten Sicherheiten unberücksichtigt. Die Bank erweitert derzeit die Modelle zur Value-at-Risk-Berechnung um die Berücksichtigung von Migrations- und Spreadrisiken. Den Währungstransferrisiken kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu, da nahezu der Gesamtbestand in Europa investiert wurde. Das Risiko, dass die L-Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Der größte Anteil der Gesamtverlustobergrenze entfällt auf das Value-at-Risk-Limit für das Adressenausfallrisiko. Das Value-at-Risk-Limit für Ausfallrisiken wurde im ersten Quartal 2011 – ohne Erhöhung der Gesamtverlustobergrenze – aufgrund der Bonitätsherabstufung von Portugal sowie des generellen Anstiegs der Ausfallwahrscheinlichkeiten, insbesondere auch der besseren Risikoklassen, um 25,0 Mio. EUR auf 650,0 Mio. EUR erhöht. Die L-Bank hält entsprechende Wertpapiere im Anlagevermögen und geht davon aus, dass die Papiere bei Fälligkeit in voller Höhe zurückgezahlt werden.

Bei den „Unternehmenskunden“ entfällt ein Anteil von rund 36,0 Mio. EUR auf die Wohnraumförderung (Finanzierung von Wohnungsunternehmen). Der restliche Value-at-Risk resultiert zu einem wesentlichen Anteil aus kreditersetzenden Beteiligungen (L-EA Mittelstandsfonds, L-EA Garantiefonds, L-EA Venture Fonds) und Projektfinanzierungen im Infrastrukturbereich, bei denen die L-Bank andere Banken im Risiko entlastet. Der Value-at-Risk bei den „Unternehmen aus dem

VALUE-AT-RISK FÜR DAS ADRESSENAUSFALLRISIKO 2011 in Mio. EUR

	01.01.2011		31.03.2011		30.06.2011		30.09.2011		31.12.2011	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	867,0	576,3	867,0	661,9	867,0	665,5	932,0	598,1	932,0	595,5
Anteil Adressenausfallrisiko in %	72,1	82,0	75,0	82,4	75,0	83,5	69,7	76,9	69,7	77,0
Adressenausfallrisiko	625,0	472,3	650,0	545,1	650,0	555,5	650,0	459,7	650,0	458,4
Privatkunden	15,0	7,2	15,0	8,2	15,0	8,0	15,0	5,2	15,0	5,0
Unternehmen aus dem Finanzsektor	250,0	161,8	250,0	225,5	250,0	240,6	250,0	237,2	250,0	230,0
Sonstige Unternehmen	350,0	294,0	350,0	281,2	350,0	275,2	350,0	183,7	350,0	190,0
Öffentliche Hand	10,0	9,3	35,0	30,2	35,0	31,7	35,0	33,5	35,0	33,4

Finanzsektor“ geht mit rund 115,0 Mio. EUR auf das Hausbankenverfahren in der Wirtschaftsförderung zurück. Vom Value-at-Risk für das Geschäftsfeld „Öffentliche Hand“ entfallen 20,0 Mio. EUR auf die Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien (PIIGS-Staaten).

Der Bereich Controlling überwacht vierteljährlich die Einhaltung der Value-at-Risk-Limite und leitet bei Überschreitungen Gegenmaßnahmen ein.

Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Wertberichtigungen trägt die L-Bank akut gewordenen Risiken Rechnung. Die L-Bank hat entsprechende Richtlinien zur Bildung von Wertberichtigungen erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände in Mio. EUR.

Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettopositionen von den Buchwerten abgezogen werden. Die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der L-Bank im Steuerungskreis 1 als Risikodeckungskapital zur Verfügung (z. B. Reserven nach § 340f HGB und § 26 a KWG a. F.). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß SolvV ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateralvereinbarungen. In den ausgewiesenen Wertberichtigungen sind 30,0 Mio. EUR Portfoliowertberichtigungen auf Wertpapiere/CDS enthalten, die wegen fehlender konkreter Zuordnungsmöglichkeit nicht direkt von den Buchwerten der Wertpapiere/CDS abgesetzt wurden.

WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2011 in Mio. EUR

	Privatkunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Sonstige Unternehmen		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote in %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2009	91,4	8.195,8	31,6	35.584,0	788,0	14.408,5	0,0	8.907,2	910,9	67.095,6	1,4
31.12.2010	87,9	7.749,9	31,6	34.156,0	674,2	11.887,1	0,0	14.273,0	793,7	68.066,0	1,2
31.03.2011	88,4	7.611,2	31,6	32.638,5	654,5	11.810,9	0,0	18.673,3	774,5	70.733,9	1,1
30.06.2011	87,7	7.485,9	31,6	32.379,6	652,4	11.765,2	0,0	18.931,7	771,7	70.562,4	1,1
30.09.2011	88,2	7.368,8	31,6	32.285,9	599,3	11.817,3	0,0	18.866,3	719,1	70.338,2	1,0
31.12.2011	100,4	7.251,9	31,6	33.710,5	567,1	11.659,9	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0

Qualitative Bewertung über Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Ausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die L-Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Ein Pauschalrating wird ebenfalls im Rahmen der Engagements der

L-EA Fonds (L-EA Mittelstandsfonds, L-EA Garantiefonds, L-EA Venture Fonds) verwendet. Diese Kunden werden grundsätzlich intensiv betreut und unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um dadurch den Blankoanteil und das Verlustrisiko zu reduzieren. Der Wert der

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN

Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55		
	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100	100
Extern		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Sanierung	Abwicklung
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	investment grade						non-investment grade							

gestellten Sicherheit darf nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen. Die L-Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Sicherungswert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankoanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen ein Wert von „0“ beizumessen ist, müssen dennoch hereingenommen werden, wenn dies branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung des Verlustrisikos werden auch bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal

verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes, bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z. B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß SolvV ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateralvereinbarungen.

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2011 in Mio. EUR

	Privatkunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unternehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Risikoklasse 1	3.113,6	13.037,5	5.357,6	17.288,0	38.796,7	53,3
Risikoklasse 2	19,2	3.518,6	421,1	2.149,7	6.108,6	8,4
Risikoklasse 3	3.393,6	4.599,7	1.067,6	625,7	9.686,6	13,3
Risikoklasse 4	82,6	10.513,5	1.518,4	0,0	12.114,5	16,6
Risikoklasse 5	0,0	1.109,8	759,2	0,0	1.869,0	2,6
Risikoklasse 6	534,7	266,3	592,0	113,9	1.506,8	2,1
Risikoklasse 7	0,1	210,5	634,5	0,0	845,0	1,2
Risikoklasse 8	0,0	428,3	230,1	0,0	658,4	0,9
Risikoklasse 9	0,0	4,0	353,4	0,0	357,4	0,5
Risikoklasse 10	0,0	20,3	236,5	0,0	256,8	0,4
Risikoklasse 11	0,0	0,0	34,9	0,0	34,9	0,0
Risikoklasse 12	73,1	0,2	160,2	0,0	233,4	0,3
Risikoklasse 13	0,0	0,0	142,8	0,0	142,8	0,2
Risikoklasse 14	35,0	1,9	146,5	0,0	183,5	0,3
Sonstige	0,0	0,0	5,2	0,0	5,2	0,0
Gesamt	7.251,9	33.710,5	11.659,9	20.177,2	72.799,5	100,0

In genanntem Bestand in Höhe von 72.799,5 Mio. EUR sind Wertpapiere in Höhe von 20.764,7 Mio. EUR enthalten. Die L-Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten (kein Handelsbuch), und behandelt diese deshalb wie Kredite. Sie wendet das gemilderte Niederwertprinzip an. Aufgrund erwarteter dauerhafter Wertminderung hat die L-Bank Wertpapiere mit einem Volumen von 10,0 Mio. EUR abgeschrieben und den Buchwert entsprechend reduziert. Eine weitere Risikovorsorge in Höhe von 30,0 Mio. EUR wurde für das Verbriefungsportfolio in seiner Gesamtheit gebildet. Wegen fehlender Zuordnungsmöglichkeit wurde dieser Betrag nicht vom Wertpapierbruttobestand abgesetzt. Die Wertpapiere

und CDS weisen die aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

Der aufgeführte Bestand in Höhe von 25.736,6 Mio. EUR verteilte sich auf den Nettobestand an Wertpapieren in Höhe von 20.764,7 Mio. EUR und auf die Nominalwerte von CDS in Höhe von 4.971,9 Mio. EUR.

Im aufgeführten Bestand der Wertpapiere/CDS sind die Verbriefungen (ABS, CLN) mit einem Volumen von rund 1.303,5 Mio. EUR enthalten. Bei den Verbriefungen resultierten Ratingveränderungen im Geschäftsjahr 2011 aus Änderungen und Anpassungen der Bewertungsmodelle von Seiten der Ratingagenturen sowie aus Verschlechterungen in den zugrundeliegenden Portfolios. Im Vorjahr im Einzelfall gebildete Wertkorrekturen konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der Rückzahlung des betroffenen Wertpapiers in Höhe von 30,3 Mio. EUR ertragswirksam aufgelöst werden. Dem stehen neue Wertkorrekturen von 8,3 Mio. EUR gegenüber.

Alle Geschäfte zur Banksteuerung werden in den eigenen Büchern geführt. Soweit Verbriefungstranchen mit einem zum Kaufzeitpunkt schlechteren Rating als AA erworben wurden, sind die Zins- und Tilgungsleistungen hieraus ausnahmslos bereits zum Zeitpunkt der Investition durch eine staatliche oder supranationale Einrichtung mit einem Rating von mindestens AA abgesichert worden. Einen Überblick über die Bestände und das Risikoprofil der Asset Backed Securities und Credit Linked Notes gewährt nachfolgende Tabelle.

RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/ CDS PER 31.12.2011 in Mio. EUR

Risikoklasse	Bestand	Stille Lasten
1	18.064,9	169,0
2	4.651,0	29,7
3	1.711,5	73,1
4	921,7	93,7
5	30,0	35,7
6	152,8	32,1
7	121,1	3,1
8	74,4	17,5
9	4,0	0,0
10	5,3	0,0
Gesamt	25.736,6	453,9

PORTFOLIO DER ASSET BACKED SECURITIES UND CREDIT LINKED NOTES PER 31.12.2011

	Nominalwert in Mio. EUR	AAA	AA-Bereich	A-Bereich	BBB-Bereich	BB-Bereich	B-Bereich	CCC-Bereich
Asset Backed Securities	425,6	48,1 %	24,3 %	24,7 %	0,0 %	0,0 %	2,9 %	0,0 %
Credit Linked Notes	877,9	26,1 %	57,0 %	0,0 %	4,8 %	12,1 %	0,0 %	0,0 %

Grundlage für die Klassifizierung ist das jeweils schlechteste externe Rating der Transaktion, sofern nicht ein besseres Rating eines Garanten gegeben ist. In diesem Falle ist das jeweils schlechteste externe Rating des Garanten maßgeblich.

Überwachung von Problemkrediten

Unter Problemkrediten versteht die L-Bank Kredite, bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalverwaltung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbearbeitung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Die L-Bank unterscheidet bei Problemkrediten zwischen Krediten in Sanierung und solchen in Abwicklung.

Zum 31.12.2011 betrug der Bestand an Problemkrediten 1.444,9 Mio. EUR. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der L-Bank:

Bewertung von Risikokonzentrationen

Die L-Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt, wobei die L-Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und hier generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 44,4 % außerhalb des Realkredits. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohn-

PROBLEMKREDITBESTAND ZUM 31.12.2011 in Mio. EUR

	Risiko- bestand gesamt	Problemkreditbestand		Abwicklung		Sanierung	Wert- berichtigungen
		Gesamt	%	Gesamt	%		
Privatkunden	7.251,9	296,2	4,1	67,9	0,9	228,3	100,4
Unternehmen aus dem Finanzsektor	33.710,5	11,3	0,0	1,9	0,0	9,4	31,6
Sonstige Unternehmen und Selbstständige	11.659,9	1.137,4	9,8	133,6	1,2	1.003,8	567,1
Öffentliche Hand	20.177,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	72.799,5	1.444,9	2,0	203,4	0,3	1.241,5	699,1

Die Wertberichtigungen, die bei den „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ ausgewiesen werden, gehen im Wesentlichen (30,0 Mio. EUR) auf Portfoliowertberichtigungen für Verbriefungen zurück. Hierbei handelt es sich um Wertpapiere, bei denen die L-Bank keine Beziehung zu den Schuldnern der verbrieften Forderungen hat, weshalb die Verbriefungen in ihrer Gesamtheit genauer beobachtet werden, ohne dass der Bestand an die Problemkreditbearbeitung abgegeben wird.

raumförderung ein Konzentrationsrisiko auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die L-Bank die Konjunkturreagibilität der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Hierzu hat sie die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen

Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der derzeit herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien in dieser Region niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. Untenstehende Tabelle zeigt das Ranking der einzelnen Regionen und den Bestand an Wohnraumfinanzierungen der L-Bank in den jeweiligen Regionen. Der höchste Rang verweist auf die relativ höchste Gefährdung. 47,9 % der Finanzierung in der Wohnraumförderung befinden sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunktorempfindlichkeit (Rang 1 bis einschließlich Rang 4). Der

Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunktorempfindlichkeit des Landes, eine durchschnittliche Konjunktorempfindlichkeit auf.

Ein weiteres Sicherheitenkonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den rund 11.838,0 Mio. EUR erhaltenen Gewährleistungen (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.119,3 Mio. EUR auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die L-Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 2.724,6 Mio. EUR gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 1.864,1 Mio. EUR basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der L-Bank folgt ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken (31.287,7 Mio. EUR). Aufgrund der Verpflichtung, Förderkredite über Hausbanken auszureichen (ausgenommen hiervon sind Kredite, die im Rahmen der Wohnraumförderung vergeben werden), bestand per 31.12.2011 ein Risikoengagement bei Banken in Höhe von 10.097,8 Mio. EUR. Diese Bankenforderungen sind durch die Abtretung der Forderungen an die Endkunden abgesichert. Weitere 4.135,7 Mio. EUR gehen darauf zurück, dass die L-Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. Somit gehen rund 45,5 % des gesamten Bankenengagements auf die Wirtschaftsförderung zurück. Weitere 17.054,2 Mio. EUR gehen auf die Geschäfte zurück, die die L-Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die L-Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 17.054,2 Mio. EUR sind 10.378,1 Mio. EUR über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 1.610,6 Mio. EUR über Pfandbriefe abgesichert. Die verbleibenden 5.065,5 Mio. EUR entfallen zu rund 80,7 % auf die Risikoklassen 1 bis 4. Rund 19,3 % befinden sich in den Risikoklassen 5 bis 8. Lediglich

FINANZIERUNG VON WOHNIMMOBILIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG PER 31.12.2011

Rang	Bestand in Mio. EUR	Anteil am Gesamt- bestand in %
1	545,1	4,9
2	3.007,8	27,2
3	1.082,0	9,8
4	658,9	6,0
5	2.566,6	23,2
6	1.039,6	9,4
7	874,9	7,9
8	1.266,0	11,5
Gesamt	11.040,9	100,0

0,02 % sind der Risikoklasse 10 mit einer mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit von 9,37 % zugeordnet.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko

hinsichtlich der Region „Deutschland“. 83,1 % des risikorelevanten Bestandes sind Deutschland zuzuordnen. Hiervon befinden sich wiederum 63,0 % im Bundesland Baden-Württemberg und im Freistaat Sachsen.

REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2011 in Mio. EUR

	Privat- kunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unter- nehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	7.250,4	25.764,8	11.270,9	16.203,1	60.489,3	83,1
Belgien	0,0	20,0	0,0	207,3	227,3	0,3
Finnland	0,0	1,3	0,0	323,2	324,5	0,4
Frankreich	0,1	832,4	38,4	560,4	1.431,2	2,0
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	679,9	5,0	0,0	684,9	0,9
Italien	0,0	338,7	0,0	452,8	791,5	1,1
Luxemburg	0,0	176,0	2,9	0,0	178,9	0,2
Niederlande	0,2	1.183,0	49,6	480,5	1.713,3	2,4
Österreich	0,2	902,5	44,9	782,5	1.730,2	2,4
Portugal	0,0	0,0	30,8	113,9	144,6	0,2
Spanien	0,0	739,7	1,0	158,7	899,5	1,2
Dänemark	0,0	173,7	0,0	263,2	437,0	0,6
Großbritannien*	0,0	1.224,9	0,8	177,3	1.403,1	1,9
Schweiz	0,9	358,3	180,8	41,1	581,2	0,8
Rest-Europa	0,0	13,2	0,0	413,2	426,5	0,6
Europa gesamt	1,4	6.643,8	354,3	3.974,1	10.973,6	15,1
USA	0,0	462,3	10,0	0,0	472,3	0,6
Restl. Ausland	0,0	839,7	24,7	0,0	864,4	1,2
Ausland gesamt	1,4	7.945,8	388,9	3.974,1	12.310,3	16,9
Gesamt	7.251,9	33.710,5	11.659,9	20.177,2	72.799,5	100,0

* Mit den Kronkolonien (Jersey und Cayman Islands).

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den PIIGS-Staaten bestand per 31.12.2011 ein Risikobestand in Höhe von rund 2.520,5 Mio. EUR. Davon sind rund 861,0 Mio. EUR (34,2 %) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 722,2 Mio. EUR (28,7 %) werden von Staaten bzw. regionalen Gebietskörperschaften geschuldet. Weitere rund 25,0 % bzw. 629,3 Mio. EUR entfallen auf unbesicherte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 195,0 Mio. EUR (7,7 %).

Vorgaben zur Steuerung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen soll das Klumpenrisiko begrenzt werden. Hier sind der L-Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die L-Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Der Vorstand hat beschlossen, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht verbindlich vorgegeben ist, eine risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Durch die Pflicht zur erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitsbewertung können Gegenmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet und Verlustrisiken minimiert werden.

Ein geregeltes Mahnverfahren hilft, eine frühzeitige Eintreibung von ausstehenden Forderungen zu ermöglichen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da dieses Geschäft im Wesentlichen im Rahmen der Banksteuerung getätigt wird und die L-Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will.

Überwachung und Kommunikation

Die Überwachung der Ausfallrisiken erfolgt im Wesentlichen durch die Überwachung der Einhaltung der bereitgestellten Limite sowie über ein Risikofrüherkennungssystem.

Die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und durch den Bereich Controlling täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Auch die Länderlimite werden vom Vorstand unter Berücksichtigung einer Analyse der Risikosituation des jeweiligen Landes beschlossen und vom Bereich Controlling täglich auf ihre Einhaltung überwacht. Bei einer Überschreitung werden ebenfalls taggleich Gegenmaßnahmen ergriffen.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich vom Bereich Controlling überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die L-Bank hat kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen deshalb nur im Bankbuch. Bei den Marktpreisrisiken unterscheidet die L-Bank zwischen

- Zinsänderungsrisiken,
- Währungsrisiken,
- Risiken aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen (= Beteiligungen) sowie
- Optionsrisiken.

Das Marktpreisrisiko wird hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps gesteuert. Der Bestand an Zinsswaps (inkl. Swaptions) betrug zum 31.12.2011 nominal 78.235,0 Mio. EUR. Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 11.446,3 Mio. EUR.

Daneben sind noch Marktpreisrisiken in Form von Immobilienrisiken vorhanden. Hier besteht die Gefahr, dass sich Immobilienpreise und -mieten negativ entwickeln.

Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels Value-at-Risk geschätzt. Hierzu verwendet die L-Bank bei den Risiken auf den Geld- und Kapitalmärkten die Methode der historischen Simulation mit einem Konfidenzniveau von 99,0 %, wobei die relativen Änderungen der Marktdaten von zehn Arbeitstagen der letzten 250 Arbeitstage ausgewertet werden. Zur besseren Abschätzung des Marktpreisrisikos im EUR-Bankbuch hat die L-Bank beschlossen, neben dem bisherigen Value-at-Risk-Modell noch weitere Value-at-Risk-Modelle umzusetzen, wobei immer der jeweils schlechteste Value-at-Risk-Wert anzusetzen ist. So hat die L-Bank im Berichtsjahr bereits Modelle umgesetzt, bei denen auf die absolute Veränderung der Marktdaten sowie auf eine gewichtete Veränderung der Marktdaten (Decay-Faktor 0,993) abgestellt wird. Im laufenden Geschäftsjahr wird ein Modell umgesetzt, bei dem die Marktdaten gespiegelt werden.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2011 in Mio. EUR

	01.01.2011		31.03.2011		30.06.2011		30.09.2011		31.12.2011	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	867,0	576,3	867,0	661,9	867,0	665,5	932,0	598,1	932,0	595,5
Anteil Marktpreisrisiko in %	10,4	11,8	12,1	12,2	12,1	11,1	11,3	9,0	11,3	8,9
Marktpreisrisiko	90,0	68,1	105,0	80,5	105,0	73,8	105,0	53,6	105,0	53,0

Für unerwartete Verluste aus Immobilienrisiken bestand im Jahr 2011 ein Value-at-Risk-Limit in Höhe von 20,0 Mio. EUR. Zum Jahresende 2011 war dieses mit 14,5 Mio. EUR belegt.

Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

Value-at-Risk-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter normalen Marktbedingungen. Zusätzlich werden Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert, um mögliche Verluste auch bei extremen Marktveränderungen schätzen zu können.

Im Rahmen der Stresstests überprüft die L-Bank auch die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten. Der Anteil des bei diesem Szenario entstehenden Verlustes am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG wird ermittelt.

Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer unterstellten Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +/-200 Basispunkte.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Zur Steuerung der eingegangenen Marktpreisrisiken gibt der Vorstand Value-at-Risk-Limite vor. Die tägliche Berechnung des Value-at-Risk der Zinsänderungs- und Währungsrisiken erfolgt im Bereich Controlling mit der Methode der historischen Simulation.

Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Um die Immobilienrisiken zu quantifizieren, ermittelt die L-Bank unter Worst-Case-Gesichtspunkten den bei Verkauf möglichen Minderertrag des investierten Kapitals. Dieser wird unter Beachtung der historischen und der erwarteten Entwicklung der Immobilienpreise geschätzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling. Die täglich ermittelten Value-at-Risk-

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND VON ZINSÄNDERUNGSRIKISKEN				
	Jahresende 31.12.2011	Maximum 27.01.2011	Minimum 13.07.2011	Durchschnitt
Barwertverlust in Mio. EUR	398,4	416,8	326,0	368,0
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %	12,6	13,2	10,2	11,6

Werte werden mit den vorgegebenen Limiten verglichen. Der Bereich Controlling überwacht auch die Einhaltung der Planrisikostruktur und der eingeräumten Limite. Ein täglicher Risikobericht informiert die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche jeweils zuständigen Vorstandsmitglieder.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass Geschäfte nicht oder nicht zum erwarteten Preis abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko). Des Weiteren besteht ein Risiko darin, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Anschlussrefinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank und die Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichten im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteres-

sen ausgerichtete Refinanzierung. Die Mittelaufnahme am Kapitalmarkt erfolgte weiterhin schwerpunktmäßig im Laufzeitenbereich von zwei bis fünf Jahren. Das breit diversifizierte Anlegerspektrum schlug sich in der Platzierung von drei Benchmark-Anleihen (1.500,0 Mio. EUR, 1.500,0 Mio. USD und 1.250,0 Mio. USD) sowie von einer Reihe weiterer Privatplatzierungen in EUR und in Fremdwährungen nieder. Auch das „Commercial Paper Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 10.000,0 Mio. EUR zog erneut starkes Investoreninteresse auf sich.

Trotz der im Jahresverlauf 2011 allgemein schwierigeren Kapitalmarktsituation konnte die L-Bank ihre Refinanzierungsvorhaben uneingeschränkt umsetzen. Sie hat in geringem Umfang (185,9 Mio. EUR) Aufstockungsoptionen zu einer im Berichtsjahr platzierten Emission gekauft. Diese Optionen wurden über Derivate abgesichert. Für Refinanzierungsgeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (EZB) stehen im Anlagebestand nominal 17.500,0 Mio. EUR geeignete Wertpapiere zur Verfügung. Die Möglichkeit, auch Schuldscheindarlehen im Anlagebestand für EZB-Refinanzierungen zu nutzen, wurde nicht in Anspruch genommen.

Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Die Ermittlung des Value-at-Risk für das Liquiditätsrisiko (Anschlussrefinanzierungsrisiko) erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die L-Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den Value-at-Risk.

Der Value-at-Risk für das Marktliquiditätsrisiko beschreibt den möglichen Verlust, der

entsteht, wenn die L-Bank bestimmte Positionen aufgrund geringerer oder fehlender Umsätze auf dem Kapitalmarkt nicht innerhalb eines Tages, sondern erst innerhalb von zehn Tagen kaufen bzw. verkaufen kann.

Das Anschlussrefinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Zur Vermeidung von Doppelberechnungen berücksichtigt die L-Bank bei der Berechnung des Value-at-Risk des Liquiditätsrisikos ausschließlich das Anschlussrefinanzierungsrisiko.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS LIQUIDITÄTSRISIKO 2011 in Mio. EUR

	01.01.2011		31.03.2011		30.06.2011		30.09.2011		31.12.2011	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	867,0	576,3	867,0	661,9	867,0	665,5	932,0	598,1	932,0	595,5
Anteil Liquiditätsrisiko in %	7,5	2,3	7,5	2,4	7,5	2,4	7,0	3,1	7,0	2,9
Liquiditätsrisiko	65,0	13,0	65,0	15,7	65,0	16,0	65,0	18,3	65,0	17,3

Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird auf Grundlage der Kennzahlen gemäß der Liquiditätsverordnung durch den Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegenübergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 1,8, im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,2.

LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2011 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG	
Monat	Liquiditätskennzahl
Januar	1,7
Februar	2,2
März	2,5
April	1,9
Mai	1,6
Juni	2,2
Juli	2,2
August	2,5
September	2,9
Oktober	2,3
November	2,7
Dezember	1,8
Durchschnittliche Kennzahl	2,2

Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die L-Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann. Die L-Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken. Für die Liquiditätsvorausschau wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 aus Vorsichtsgründen der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. EUR (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2011 in Mio. EUR

	Liquiditäts- vorausschau	Stressszenario		
		Institutseigene Ursachen	Marktweite Ursachen	Institutseigene und markt- weite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	10.831,2	10.831,2	10.335,4	10.335,4
Liquiditätsbedarf	845,0	850,9	883,2	889,1
Freier Liquiditätspuffer	9.986,2	9.980,3	9.452,2	9.446,3
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	15.028,8	15.022,8	13.994,3	13.988,4
Liquiditätsbedarf	9.655,0	9.649,1	9.616,8	9.610,9
Freier Liquiditätspuffer	5.373,8	5.373,8	4.377,5	4.377,5

Die geringen Abweichungen zwischen der Liquiditätsvorausschau und den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichtsprinzip folgend erstellt wird und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die L-Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

Steuerungsvorgaben

Die Liquiditätssteuerung ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwartete

Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre drei bis zehn erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die L-Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten. Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die L-Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats wurden limitiert. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Die Bewertung und Überwachung sowie das Reporting des Liquiditätsrisikos erfolgen durch den Bereich Controlling.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der Value-at-Risk mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Dabei wird ein Konfidenzniveau von 99,0 % unterstellt. Grundlage sind hier Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der L-Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem Value-at-Risk der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der L-Bank nur in geringem Umfang Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetre-

ten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis historischer Daten ist daher nicht möglich.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen durch den Bereich Controlling erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der L-Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts. Für operationelle Risiken wurde im Jahr 2011 ein Value-at-Risk-Limit in Höhe von 20,0 Mio. EUR bereitgestellt. Dieses war zum Jahresende mit 6,5 Mio. EUR belegt.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen, die aus dem Eintritt operationeller Risiken resultieren, hat die L-Bank Versicherungen abgeschlossen. An organisatorischen Maßnahmen zur Minderung operationeller Risiken wurden bestimmte Vorgaben (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Neu-Produkt-Prozess bei neuartigen Geschäften oder Prozessen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. EUR, IT-Berechtigungsmanagement zum Ausschluss von nicht miteinander vereinbarten Tätigkeiten) getroffen.

GESCHÄFTSRISIKO

Das Geschäftsrisiko besteht in der Gefahr, dass bei rückläufigen Förderprogramm volumina die Erträge sinken und die Aufwendungen nicht im gleichen Maße reduziert werden können. Die L-Bank kann Erträge nur durch Geschäfte

generieren, die in Einklang mit ihrem öffentlichen Auftrag stehen. Insoweit ist das Geschäftsrisiko ein Risiko, dem sich die L-Bank nicht entziehen kann.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Die Steuerung der Personalaufwendungen und Kapazitäten erfolgt – soweit sinnvoll möglich – über Produktivitätsanalysen. Hauptziel der Produktivitätsanalyse ist die Ermittlung des optimalen Personalbestands auf Basis von Soll-Stückzeiten, der für die Erledigung der übertragenen Aufgaben notwendig ist. Dadurch werden bei verändertem Geschäftsanfall Leerkapazitäten aufgedeckt, wodurch im Weiteren Kosten gesenkt werden können.

Das Geschäftsrisiko wäre bei einer Liquidations-sicht in das barwertorientierte Risikodeckungspotential einzurechnen, indem bei den Personal- und Sachkosten die Kostenremanenz berücksichtigt wird, der die L-Bank bei rückläufigen Förderprogrammen ausgesetzt ist. Die Höhe dieser Personal- und Sachaufwendungen wird auf Basis einer qualifizierten Expertenschätzung festgelegt.

SCHRIFTLICH FIXIERTE ORDNUNG

Die L-Bank hat die Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt:

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die L-Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrundeliegenden Workflows. Arbeitshand-

bücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. sind IT-Benutzerhandbücher. Die L-Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Handelsbestandes, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankgeschäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Tätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan).

In Regelungen zur „Geschäftsführung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf.

In Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

Die schriftlich fixierte Ordnung ist für die Mitarbeiter der L-Bank im Intranet in der jeweils aktuellen Fassung verfügbar.

WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank verfügt im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess über ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem, das insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen beinhaltet. Die Regelungen sollen die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung sicherstellen. Der Rechnungslegungsprozess selbst reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird durch regelmäßige prozessabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardi-

sierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche Rechnungswesen und Zahlungsverkehr haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

WERTPAPIERCOMPLIANCE, GELDWÄSCHE- UND BETRUGSPRÄVENTION, DATENSCHUTZ

Die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Wertpapiercompliance, Geldwäscheprävention und zum Datenschutz wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Die Aufgabenfelder Wertpapiercompliance und Datenschutz einerseits und Geldwäsche- und Betrugsprävention andererseits sind funktional getrennt. Im Berichtsjahr wurde die Gefährdungsanalyse zur Prävention von Geldwäsche und sonstigen strafbaren Handlungen entsprechend den erweiterten gesetzlichen Bestimmungen angepasst. Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen wurde außerdem ein für alle Beschäftigten der L-Bank verbindlicher Ethik- und Verhaltenskodex erstellt. Außergewöhnliche Vorkommnisse waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

PERSONALBERICHT

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der L-Bank ist mit 1.218 per 31.12.2011 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Insgesamt haben im Berichtsjahr 53 Mitarbeiter das Unternehmen verlassen, vorwiegend wegen

Eintritt in den Ruhestand. Demgegenüber erfolgten 49 Neueinstellungen sowohl in den Aktiv- und Stabsbereichen als auch in den Marktfolgebereichen; in den letzteren Bereichen insbesondere, um erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft bewegte sich mit 56,6 % auch 2011 auf konstant hohem Niveau. Die Quote weiblicher Führungskräfte ist auf 33,0 % (Vorjahr: 30,4 %) angewachsen. Unter anderem in der Dauer der Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter zeigt sich, dass die L-Bank ein bevorzugter Arbeitgeber ist: Sie beträgt im Durchschnitt 16,8 Jahre und ist damit im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen. Die Zahl der arbeitnehmerseitigen Kündigungen ist mit 1,1 % nach wie vor gering.

Ein Schwerpunkt der Personalarbeit lag im Berichtsjahr auf neuen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Seit 2011 stehen sowohl in Karlsruhe als auch in Stuttgart Kindertagesstätten zur Verfügung, in denen Kinder von L-Bank-Mitarbeitern ab dem ersten Lebensjahr ganztägig betreut werden können. Darüber hinaus wurde ein sog. Eltern-Kind-Büro eingerichtet, das für Situationen vorgesehen ist, in denen die reguläre Kinderbetreuung kurzfristig nicht zur Verfügung steht.

Die L-Bank ist nach der Instituts-Vergütungsverordnung verpflichtet, die Ausgestaltung ihrer Vergütungssysteme mindestens einmal jährlich auf Angemessenheit zu überprüfen. Die Überprüfung 2011 auf Grundlage der aktualisierten Geschäfts- und Risikostrategie ergab keinen Anpassungsbedarf.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2011 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

PROGNOSEBERICHT

Nach einer temporären konjunkturellen Schwächephase zu Beginn des Jahres 2012 rechnen Experten im weiteren Jahresverlauf wieder mit einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit. So geht die Bundesregierung im Jahr 2012 von einem durchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,7 % aus. Wie schon im abgelaufenen Geschäftsjahr wird das Wirtschaftswachstum auch in den Jahren 2012 und 2013 zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Die Rahmenbedingungen sind sowohl im Bereich der privaten Konsumausgaben als auch für gewerbliche Investitionen nach wie vor positiv. Die Exporte hingegen werden vor dem Hintergrund der deutlich abgeschwächten Wirtschaftsdynamik im internationalen und insbesondere im europäischen Rahmen nur leicht zunehmen und damit vergleichsweise an Einfluss auf das Wachstum des BIP verlieren. Eine zeitnahe Lösung der Staatsschuldenkrise und die Wiederherstellung des Vertrauens in die Gemeinschaftswährung stellen in den kommenden Jahren die zentralen Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der deutschen und der europäischen Wirtschaft dar.

Auch die Entwicklungen in Baden-Württemberg werden von den zuvor genannten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betroffen sein. Der ifo-Frühindikator prognostiziert für das Land im Jahr 2012 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,5 %. Gestützt auf die im vergangenen Jahr gestiegene Kaufkraft und die erwartungsgemäß anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sind die baden-württembergischen Unternehmer weiterhin zuversichtlich, was die Absatzmöglichkeit ihrer Produkte betrifft. Daher wird sich voraussichtlich auch der Beschäftigungsaufbau, wenn auch deutlich abgeschwächt, fortsetzen.

Unter den genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prognostiziert die L-Bank für die beiden nächsten Geschäftsjahre ein leicht rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/

Bewertungen. Die Veränderung wird 2012 im Wesentlichen von steigenden Aufwendungen geprägt sein. Das Betriebsergebnis nach Bewertungsänderung aus dem Jahr 2011 wird vor dem Hintergrund des Einmaleffekts durch die Auflösung der Vorsorgereserven nicht erreicht werden. Die Bilanzsumme wird in den Jahren 2012 und 2013 leicht zurückgehen.

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird in den nächsten Jahren keine grundlegenden strukturellen Veränderungen erfahren. Es sind lediglich Anpassungen in der Ausgestaltung einzelner Förderprogramme und Prozesse vorgesehen.

Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung wird ein Schwerpunkt auf den zum 01.04.2012 startenden, umfangreichen Programmen zur Förderung von Energieeffizienz- und Energieeinsparvorhaben liegen. Bei der Mittelstandsfinanzierung wird in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 allgemein mit einer weiteren Zunahme der Nachfrage im Bereich der Wachstums- und Investitionsfinanzierungen gerechnet. Neben den klassischen Fremdkapitalprodukten wird die L-Bank den Unternehmen und Kreditinstituten in Baden-Württemberg auch weiterhin Bürgschaften, eigenkapitalnahe Finanzierungslösungen sowie Konsortialkredite anbieten. Nach den sehr guten Ergebnissen im Berichtsjahr geht die L-Bank auch für die Folgejahre von einem anhaltend hohen Neugeschäftsvolumen in der Wirtschaftsförderung aus.

Die Wohnraumförderung der L-Bank wird auch in den Jahren 2012 und 2013 mit verschiedenen Programmen den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum unterstützen. Für den Prognosezeitraum wird von einem insgesamt gleichbleibenden Neugeschäftsvolumen ausgegangen. Als Folge des Regierungswechsels in Baden-Württemberg wird die Struktur des Landeswohnraumförderungsprogramms zukünftig stärker nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Zudem verschiebt sich der bislang auf der Förderung des eigengenutzten Wohnraums liegende Schwerpunkt

des Programms hin zur Mietwohnraumförderung. Nach wie vor von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung im Bereich der Wohnraumförderung ist die Frage, ob und inwieweit der Bund auch ab dem Jahr 2014 die Finanzierung von Wohnraum unterstützen wird.

Im Bereich Finanzhilfen stehen kurzfristige Anpassungen bei der vorschulischen Sprachförderung bevor. Diese werden das von den Fallzahlen her ohnehin schon größte Förderprogramm bei den Finanzhilfen nochmals erweitern. Die bisherige Förderpraxis auf diesem Gebiet wird voraussichtlich nur noch bis Sommer 2012 fortgeführt. Ferner werden beim Programm „Klimaschutz-Plus“ die zur Verfügung gestellten Mittel erhöht und die Förderverfahren stärker bei der L-Bank gebündelt. Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Haushaltskonsolidierung des Landes wird für die Jahre 2012 und 2013 dennoch mit einem insgesamt leicht rückläufigen Neubewilligungsvolumen bei den Finanzhilfen gerechnet. Beim Elterngeld werden auch in den kommenden beiden Jahren vergleichbar hohe Antragszahlen und Bewilligungsvolumina erwartet. Das Landeserziehungsgeld erfährt voraussichtlich zum 01.10.2012 eine Neuausrichtung, die zu einem erhöhten Fördervolumen in der Übergangsphase vom alten zum neuen Programm führen wird. Mit dem Wegfall der Studiengebührenpflicht in Baden-Württemberg zum Sommersemester 2012 entfällt das Neugeschäft bei den seit 2007 angebotenen Studiengebühren-darlehen komplett. Die Betreuung der bestehenden Engagements wird jedoch noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Das Refinanzierungsvolumen der L-Bank wird sich auch in den Jahren 2012 und 2013 auf dem Niveau des Berichtsjahres bewegen. Aufgrund der sehr guten Position am Geld- und Kapitalmarkt sollte sich die Mittelbeschaffung nicht erschweren. Auch steigende Refinanzierungskosten werden nicht erwartet.

Mit Blick auf das Reformpaket Basel III und die Stresstests der Europäischen Bankaufsichtsbehörde werden die Anforderungen an die Eigenkapitalbasis von Kreditinstituten in den nächsten Jahren schrittweise zunehmen. Dies ist für die L-Bank mit großen Herausforderungen verbunden. So muss sie die erzielten Überschüsse der kommenden Jahre in großem Ausmaß thesaurieren, um das Geschäftsvolumen nicht reduzieren zu müssen.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die Geschäftsentwicklung, die viertel-

jährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank, den Bericht über die wesentlichen Prüfungsergebnisse der Internen Revision sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2011 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses sowie des Kreditausschusses über den Jahresabschluss 2011 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 04. Mai 2012 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2011 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2011 von 641.940.728,95 EUR den anderen Gewinnrücklagen 641.000.000,00 EUR zuzuführen und den danach verbleibenden Betrag von 940.728,95 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 04. Mai 2012

A handwritten signature in black ink that reads "Nils Schmid". The signature is stylized and written in a cursive-like font.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
Dr. Nils Schmid MdL
Finanz- und Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	84
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	88
Kapitalflussrechnung der L-Bank	90
Eigenkapitalpiegel der L-Bank	91
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	92
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	112
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	112
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	113

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2011

AKTIVSEITE	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		36.164,05		43.351,28
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 528.187.892,17 (EUR 350.856.998,95)		528.187.892,17		350.856.998,95
c) Guthaben bei Postgiroämtern		--		--
			528.224.056,22	350.900.350,23
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		10.328.652,70		106.699.818,69
b) andere Forderungen		21.100.095.993,16		19.078.132.411,97
			21.110.424.645,86	19.184.832.230,66
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			22.786.390.528,59	21.709.361.396,75
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 7.762.618.484,40 (EUR 8.446.176.775,96) Kommunalkredite EUR 7.704.722.287,17 (EUR 6.414.301.965,81)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -- (EUR 150.369.535,64)		--		150.369.535,64
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -- (-,-)		--		--
			--	150.369.535,64
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 3.654.466.617,60 (EUR 3.483.179.669,51)	3.871.655.966,14			3.502.602.575,74
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 14.639.072.823,76 (EUR 11.903.157.915,43)	17.263.178.835,29			14.244.300.978,79
		21.134.834.801,43		17.746.903.554,53
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: EUR 212.319.000,00 (EUR 198.044.000,00)		215.789.154,24		200.956.776,44
			21.350.623.955,67	18.098.229.866,61
Übertrag			65.775.663.186,34	59.343.323.844,25

AKTIVSEITE	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Übertrag	65.775.663.186,34	59.343.323.844,25
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	-, -	-, -
6. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 301.986.360,47 (EUR 301.986.360,47) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	484.771.272,79	475.561.835,28
7. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN darunter: an Kreditinstituten EUR -, - (-, -) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	24.809.201,51	23.009.202,02
8. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 95.090.222,57 (EUR 107.506.707,29)	95.910.018,69	108.352.384,92
9. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.972.163,71	8.061.142,11
10. SACHANLAGEN	126.794.277,80	136.253.181,59
11. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	1.106.543.224,40	696.139.109,55
12. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	367.474.101,73	210.634.617,75
SUMME DER AKTIVA	67.991.937.446,97	61.001.335.317,47

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2011

PASSIVSEITE	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		80.726.007,33		120.830.299,74
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		17.717.181.640,37		18.408.352.701,18
			17.797.907.647,70	18.529.183.000,92
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	–,-			–,-
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	–,-			–,-
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	84.857.521,07			92.501.764,08
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.278.553.009,22			7.592.808.938,45
		8.363.410.530,29	8.363.410.530,29	7.685.310.702,53
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen		36.755.194.091,32		30.322.437.170,53
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere EUR –,- (–,-) eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf EUR –,- (–,-)			–,-	–,-
			36.755.194.091,32	30.322.437.170,53
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN			95.910.018,69	108.352.384,92
darunter: Treuhandkredite EUR 95.090.222,57 (EUR 107.506.707,29)				
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			148.794.300,08	131.275.118,18
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			497.702.135,89	413.448.460,84
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		154.641.099,00		146.773.090,82
b) Steuerrückstellungen			–,-	–,-
c) andere Rückstellungen		194.993.485,32		210.124.658,18
			349.634.584,32	356.897.749,00
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			770.666.820,04	752.671.937,65
Übertrag			64.779.220.128,33	58.299.576.524,57

PASSIVSEITE	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Übertrag		64.779.220.128,33	58.299.576.524,57
9. GENUSSRECHTSKAPITAL darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig EUR -, - (-,-)		539.925.800,00	539.925.800,00
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN		304.000.000,00	304.000.000,00
11. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	950.850.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	-,-		-,-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-		-,-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-		-,-
cd) andere Gewinnrücklagen	526.000.000,00		507.000.000,00
d) Bilanzgewinn	641.940.728,95		149.982.203,21
		2.368.791.518,64	1.857.832.992,90
SUMME DER PASSIVA		67.991.937.446,97	61.001.335.317,47
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln	-,-		-,-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	8.124.300.021,20		7.846.931.334,83
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-,-		-,-
		8.124.300.021,20	7.846.931.334,83
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,-		-,-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,-		-,-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.045.511.798,48		7.830.995.935,27
		2.045.511.798,48	7.830.995.935,27

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2011 BIS 31.12.2011

	2011 EUR	2011 EUR	2011 EUR	2010 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.589.394.628,89			1.623.665.078,05
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	633.381.682,69			542.703.103,98
		2.222.776.311,58		2.166.368.182,03
2. ZINSAUFWENDUNGEN		1.898.379.048,36		1.847.606.841,05
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 90.613.387,00 (EUR 97.791.936,00)				
			324.397.263,22	318.761.340,98
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-,-		-,-
b) Beteiligungen		5.749.195,03		5.500.972,15
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-,-
			5.749.195,03	5.500.972,15
4. PROVISIONSERTRÄGE			47.043.983,51	45.539.703,84
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			4.818.069,74	5.012.993,70
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			19.803.373,86	18.950.632,70
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	71.678.263,20			66.179.407,57
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 5.576.071,18 (EUR 2.197.167,91)	16.350.190,04			12.488.802,97
		88.028.453,24		78.668.210,54
b) andere Verwaltungsaufwendungen		37.218.833,12		34.080.676,41
			125.247.286,36	112.748.886,95
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			11.156.712,85	10.643.255,16
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN			25.487.169,90	24.990.851,84
Übertrag			230.284.576,77	235.356.662,02

	2011 EUR	2010 EUR
Übertrag	230.284.576,77	235.356.662,02
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT	-,-	41.462.378,36
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU FORDERUNGEN UND BESTIMMTEN WERTPAPIEREN SOWIE AUS DER AUFLÖSUNG VON RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT	390.068.283,20	-,-
12. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE	-,-	44.064.008,47
13. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	21.642.157,02	-,-
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	641.995.016,99	149.830.275,19
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	852.260,53	821.470,61
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	184.230,72	185.208,65
17. JAHRESÜBERSCHUSS	640.958.525,74	148.823.595,93
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	982.203,21	1.158.607,28
	641.940.728,95	149.982.203,21
19. EINSTELLUNGEN IN GEWINNRÜCKLAGEN a) in andere Gewinnrücklagen	-,-	19.000.000,00
20. BILANZGEWINN	641.940.728,95	130.982.203,21

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2011

	01.01.–31.12.2011 TEUR	01.01.–31.12.2010 TEUR
Periodenergebnis	640.959	148.824
IM PERIODENERGEBNIS ENTHALTENE ZAHLUNGSUNWIRKSAME POSTEN UND ÜBERLEITUNG AUF DEN CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
1. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	-378.872	61.301
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen	11.157	10.643
3. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen	4.212	12.557
4. Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	-20.801	6.991
5. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
6. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.210	-52
7. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-2.853	47
8. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-190.026	-451.436
Zwischensumme	62.566	-211.125
VERÄNDERUNG DES VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
9. Forderungen an Kreditinstitute	-1.919.797	313.277
10. Forderungen an Kunden	-697.179	-136.426
11. Wertpapiere	-3.261.377	-1.153.775
12. Andere Aktiva	-552.801	-550.157
13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-731.275	-644.702
14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	678.100	815.015
15. Verbriefte Verbindlichkeiten	6.432.757	1.848.304
16. Andere Passiva	123.073	-843.602
17. Erhaltene Zinsen und Dividenden	1.900.110	2.333.292
18. Gezahlte Zinsen	-1.709.233	-1.881.035
19. Außerordentliche Ein-/Auszahlungen	0	0
20. Ertragsteuerzahlungen	-852	-821
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	324.092	-111.755
21. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	5.378	5.090
22. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	5.102	53
23. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-19.747	-19.031
24. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-7.501	-13.337
25. Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-16.768	-27.225
26. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
27. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitengesellschafter	-130.000	-50.000
28. Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-130.000	-50.000
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	177.324	-188.980
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	350.900	539.880
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	528.224	350.900
	177.324	-188.980

EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2011

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	Erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklagen TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
Stand zum 31.12.2009	250.000	950.851	507.000	51.158	1.759.009
Ausschüttung				-50.000	-50.000
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen					0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2010				148.824	148.824
Stand zum 31.12.2010	250.000	950.851	507.000	149.982	1.857.833
Ausschüttung				-130.000	-130.000
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			19.000	-19.000	0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2011				640.959	640.959
Stand zum 31.12.2011	250.000	950.851	526.000	641.941	2.368.792

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die Bilanz für die L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde deshalb verzichtet (§ 296 Abs. 2 HGB).

GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256a i. V. m. 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2011 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340e ff. HGB).

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderrufliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessene Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet. Für Kreditderivate, die unter den Bürgschaftsverpflichtungen ausgewiesen werden, wurde in Form von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Dabei werden Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag

laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen nur bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung. Für allgemeine Risiken wurde im Rahmen von Portfoliowertberichtigungen vorgesorgt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als

Bewertungsmethode wird generell die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt derzeit 5,13 % (Vorjahr 5,16 %). Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p. a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die im Geschäftsjahr 2010 aus den Übergangsregelungen zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) möglichen restlichen Auflösungen bei Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 0,7 Mio. EUR und Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 1,7 Mio. EUR wurden 2011 vollständig mit erforderlichen Zuführungen verrechnet.

Die Aufwandsrückstellungen i. S. d. § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a. F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSZUSAMMENHÄNGEN

Die Bank schließt derivative Geschäfte in erster Linie zur Steuerung der Gesamtzinsrisikoposition ab, sie bleiben bilanziell unbewertet. Daneben werden Derivate zur Sicherung einzelner Grundgeschäfte abgeschlossen (Mikro-Hedges). Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden bei Bedarf als Bewertungseinheit i. S. des § 254 HGB erfasst. Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen (Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

Die zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente stimmen hinsichtlich ihrer bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect-Hedges). Somit erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts im Hinblick auf das abgesicherte Risiko. Die Effektivität der Bewertungseinheiten wurde mit der Critical-Term-Match-Methode untersucht. Da die wesentlichen

Konditionen der Grund- und Sicherungsgeschäfte übereinstimmen, gleichen sich die gegenläufigen Zahlungsströme bzw. Wertänderungen prospektiv und retrospektiv über die Laufzeit aus. Die in unten stehender Tabelle angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2011 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT					
	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko	davon Bonitätsrisiko
Vermögens- gegenstände	864.732	46.726	–	502.006	316.000
Schulden	935.813	887.909	47.904	–	–
gesamt	1.800.545	934.635	47.904	502.006	316.000

KWG-GRUNDSÄTZE

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Bank die geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	10.329	106.700
bis drei Monate	3.284.496	1.822.147
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.827.305	1.558.560
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.938.654	9.594.786
mehr als fünf Jahre	6.049.641	6.102.639
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	712.413	870.229
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.456.572	946.755
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.047.645	4.491.266
mehr als fünf Jahre	16.569.761	15.401.111
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Anleihen und Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig sind	1.533.081	1.919.246
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	80.795	120.830
bis drei Monate	2.205.782	2.710.223
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.223.827	902.302
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.024.300	5.950.866
mehr als fünf Jahre	8.263.204	8.844.962
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	84.858	92.502
bis drei Monate	1.519.884	1.609.920
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.251	14.784
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	976.531	715.058
mehr als fünf Jahre	5.757.887	5.253.047
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
bis drei Monate	10.646.256	7.690.832
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.816.709	5.008.571
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	19.586.218	14.926.534
mehr als fünf Jahre	1.706.011	2.696.500
davon im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ im Folgejahr fällig: TEUR 15.462.965 (Vorjahr TEUR 12.699.403)		

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.366.979	4.867.572
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	49.706	56.954
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	191.516	226.597
- nachrangige Forderungen	58.474	48.581
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.083.050	2.114.023
In dem Unterposten „Anleihen und Schuldverschreibungen“ sind keine verbrieften nachrangigen Forderungen oder Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten.		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	20.766.347	17.512.209
- nicht börsennotiert	604.277	586.021
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von 20.751.683 TEUR, davon sind 6.415.884 TEUR wie Anlagevermögen bewertet. Der Marktwert dieser Wertpapiere beträgt 6.175.761 TEUR. Die Kurswertreserve beläuft sich auf 898.450 TEUR.		
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	-	-
- nicht börsennotiert	-	-

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	68.884	69.330
- börsenfähig, aber nicht börsennotiert	-	-
Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen der Beteiligungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR nicht berücksichtigt.		
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN		
In diesem Posten sind keine Anteile enthalten, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind.		
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
- Forderungen an Kreditinstitute	75.561	82.912
- Forderungen an Kunden	20.349	25.440
SACHANLAGEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	111.293	116.258
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.067	5.495
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.534	7.530
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	242.492	108.777
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	77.315	53.761
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	304.471	1.232.614
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.369	15.484
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84.541	92.868
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	19.816	26.198
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	11.285	8.740
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN		
In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften bzw. verbundenen Unternehmen enthalten.		
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen angefallen in Höhe von	28.092	31.724

Die Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währung:	JPY
Betrag in Mio. EUR:	99,8
Zinssatz in %:	2,14
Fällig am:	24.08.2018

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind ausschließlich für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND:

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	897.895	514.763
- Forderungen aus Swaps	172.479	141.577
- Kunstgegenstände	14.244	14.284
- Partizipationsscheine	7.534	7.530
- Forderungen aus dem Verkauf bebauter Grundstücke	6.622	8.141
- Optionsrechte	2.580	2.580
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	-	-
- endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	137.431	120.063
- Stillhalterverpflichtungen aus Optionen	2.580	2.580
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
- vorab empfangene Einmalzahlungen aus Swaps	466.578	378.433
RÜCKSTELLUNGEN		
unter den anderen Rückstellungen:		
- Rückstellungen für zugesagte zinsverbilligte Darlehen	52.870	45.164
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind vor Abzug der Risikovorsorge enthalten:		
- Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	1.724.031	1.391.069
- Credit Default Swaps	4.971.943	5.007.887
Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 97,0% des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating.		
PROVISIONSERTRÄGE		
- Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	32.905	30.308
- Erhaltene Bürgschaftsgebühren	14.139	15.231
PROVISIONSAUFWENDUNGEN		
- Gezahlte Beratungsgebühren	2.401	1.978
- Gezahlte Bürgschaftsgebühren	2.124	2.807
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
- Erträge aus Vermietung	5.488	6.107
- Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	5.012	5.152
- Auflösung von Rückstellungen	3.686	4.188

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND:

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (2011 exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	365	446
– für andere Bestätigungsleistungen	–	90
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	19.157	19.157
ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		
– Außerplanmäßige Abschreibungen	26.061	44.467
– davon bonitätsbedingte Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	8.271	31.836
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
– Vermögensgegenstände	1.321.303	1.241.168
– Schulden	17.816.181	15.868.661
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Aufwand in Höhe von	183	154

SICHERHEITSLAISTUNGEN

Für die Refinanzierung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren bei der Deutschen Bundesbank Wertpapiere in Höhe von insgesamt 12.778,5 Mio. EUR (Vorjahr 9.116,7 Mio. EUR) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2011 keine Wertpapiere kreditiert (Vorjahr –,- EUR). Per 31.12.2011 befanden sich Wertpapiere in Höhe von 346,6 Mio. EUR in Pension (Vorjahr 231,7 Mio. EUR). Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 1.547,1 Mio. EUR (Vorjahr 815,2 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden, und liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 396,2 Mio. EUR (Vorjahr 247,8 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen sind.

GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2011 einen Bilanzwert in Höhe von 16,9 Mio. EUR (Vorjahr 16,4 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um Gesellschafterdarlehen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 30,1 Mio. EUR. Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 und 3a HGB n. F., die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate überwiegend der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren. In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Gemäß § 285 Nr. 18 HGB sind die mit der Marktwertbewertungsmethode bewerteten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte	Nominal- werte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
in Mio. EUR	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2010
ZINSRISIKEN						
– Zinsswaps	77.570	74.096	2.531	–4.587	2.092	–3.237
– Zinsoptionen						
Käufe (long)	60	60	0	–	2	–
Verkäufe (short)	60	60	–	0	–	–2
Zinsrisiken – gesamt	77.690	74.216	2.531	–4.587	2.094	–3.239
WÄHRUNGSRISIKEN						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	7.189	6.709	205	–2	143	–59
– Währungs-, Zinswährungsswaps	11.446	9.860	924	–306	720	–243
Währungsrisiken – gesamt	18.635	16.569	1.129	–308	863	–302
AKTIEN UND SONSTIGE PREISRISIKEN						
– Aktientermingeschäfte (nennwertlos)	–	–	–	–	–	–
Aktien und sonstige Preisrisiken – gesamt	–	–	–	–	–	–
KREDITDERIVATE (CDS)						
– Sicherungsgeber	4.972	5.008	0	–214	1	–154
– Sicherungsnehmer	–	–	–	–	–	–
Kreditderivate – gesamt	4.972	5.008	0	–214	1	–154

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergibt sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von 898 Mio. EUR sind die positiven Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktivischer Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2011 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 2.056 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet. In den aktiven und passiven Bilanzposten sind zinsinduzierte stille Reserven enthalten, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen in Höhe von 4.972 Mio. EUR in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
in Mio. EUR	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2010
– Banken in der OECD	92.645	85.613	3.364	–4.627	2.607	–3.276
– Öffentliche Stellen in der OECD	–	–	–	–	–	–
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	8.652	10.180	296	–482	351	–419
Gesamt	101.297	95.793	3.660	–5.109	2.958	–3.695

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Kreditderivate
Nominalwerte in Mio. EUR	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Restlaufzeiten						
– bis 3 Monate	2.260	3.295	8.053	6.092	50	35
– bis 1 Jahr	7.578	6.388	2.058	3.317	416	45
– bis 5 Jahre	38.528	37.009	7.082	5.916	2.656	1.392
– über 5 Jahre	29.324	27.524	1.442	1.244	1.850	3.536
Gesamt	77.690	74.216	18.635	16.569	4.972	5.008

Die dargestellten Geschäfte enthalten keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 30.12.2011, die die Bank von externen Anbietern bezieht: Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption-, FX-Volatilitäten. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z. T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

ANGABEN ZUR STEUERPFICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A (4) NR. 2 HGB

Nr.	Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1.	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.317	2.035
2.	Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.479	-3.766
3.	CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	5.910	1.051
4.	DBAG Expansion Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	35,48	****	****
5.	Dorner GmbH, Gaildorf	40,00	***	***
6.	EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	-21.740	-1.803
7.	greenovation Biotech GmbH, Heilbronn	28,74	387	-2.174
8.	IntelliShop Holding GmbH, Achern	27,60	287	-166
9.	KOKI Technik Holding GmbH, Konstanz	36,55	13.176	7.119
10.	Louis Renner GmbH & Co. KG, Gärtringen	37,40	1.796	977
11.	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	37.903	2.115
12.	Mellifera 3. Beteiligungsgesellschaft mbH, Weinheim	26,00	11.338	891
13.	Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	-5.611	-2.342
14.	Panoratio Holdings Inc., San Francisco, USA	20,51	-171**	-1.043**
15.	PT German Centre Indonesia, Bumi Serpong Damai, Indonesien	83,67	-1.797**	-1.617**
16.	Renner, Megenhardt & Co. GmbH, Gärtringen	37,35	169	7
17.	Schwarzer GmbH, Heilbronn	21,00	2.853	-345
18.	SeeTec AG, Philippsburg	47,61	-1.389	-2.561
19.	seleon GmbH, Heilbronn	31,70	4.946	308

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A (4) NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
20. StEP Stuttgarter EngineeringPark GmbH, Stuttgart	100,00	6.270	-1.378
21. Stulz H + E GmbH, Grafenhausen	46,06	35.785	-705
22. Symbios AG, Karlsruhe	31,50	354	122
23. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	***	***
24. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	10.682	1.078
25. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	6.368	-252
26. ulrich GmbH & Co. KG, Ulm	21,29	7.111	3.140
27. ulrich Verwaltungs GmbH, Ulm	21,32	55	4
28. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	-2.088	-1.527

* Jeweils des letzten vorliegenden Geschäftsjahres.

** Umrechnungskurs: 1 EUR = 11.873 IDR; 1 EUR = 1,2939 USD.

*** Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

**** Wegen Neugründung liegt kein Jahresabschluss vor.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaffungs- kosten 01.01.2011 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abschreibungen gesamt TEUR	Buchwert 31.12.2011 TEUR	Abschreibungen 2011 TEUR
Schuldverschr. und andere festverz. Wertpapiere	17.410.944						20.751.683	-8.271
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	-				Nettoveränderung nach § 34 (3) S. 2 RechKredV: 3.049.084		-	-
Beteiligungen	764.329						484.771	-17.789
Anteile an verb. Unternehmen	36.906						24.809	-
Immaterielle Vermögenswerte	19.877	4.869	-283	-	-	-14.491	9.972	-2.958
Sachanlagen	230.437	2.631	-13.905	-	-	-92.369	126.794	-8.198
Sonstige Ver- mögensgegen- stände	14.307	88	-129	-	-	-22	14.244	-

GESAMTBZÜGE VON GREMIEN UND VERWALTUNGSORGANEN DER L-BANK

Bezüge der Vorstände in TEUR	fixe Bezüge		variable Bezüge		sonstige Bezüge		Gesamtsumme	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Christian Brand	439	432	184	226	20	20	643	678
Jürgen Hägele	327	322	147	181	19	18	493	521
Dr. Manfred Schmitz-Kaiser	288	284	129	158	25	24	442	466
Dr. Karl Epple	272	268	74	90	15	12	361	370
	1.326	1.306	534	655	79	74	1.939	2.035

Für variable Bezüge, die im Jahr 2012 ausbezahlt werden, wurden Rückstellungen in Höhe von 608 TEUR gebildet. Die Mitglieder des Vorstandes haben im Jahr 2011 Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 56 TEUR erhalten.

Für Mandate in konzerneigenen Unternehmen werden Vergütungen nicht gewährt.

Die Mitglieder des Vorstandes haben eine Zusage auf Zahlung eines Ruhegehalts nach Beendigung der Vorstandstätigkeit. Die Höhe des Ruhegehalts orientiert sich an einem vereinbarten Prozentsatz der letzten Jahresgrundvergütung.

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
- Verwaltungsrat	150	155
- Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	771	844
- Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	125	60
- für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	10.344	10.908

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
- Verwaltungsrat	61	401
- Vorstand	650	694

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2011 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter*	507	673	1.180
davon: Vollzeitbeschäftigte	483	386	869
Teilzeitbeschäftigte	24	287	311

* Ohne Auszubildende, Praktikanten.

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

CHRISTIAN BRAND, VORSITZENDER DES VORSTANDS

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats
Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH, Wasseralfingen	Mitglied des Aufsichtsrats
SHW AG, Aalen	Mitglied des Aufsichtsrats
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

JÜRGEN HÄGELE, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	stv. Mitglied des Verwaltungsrats

DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, MITGLIED DES VORSTANDS

BioPro Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS

Baden-Württembergische Spielbanken Managementgesellschaft mbH, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2011		
Christian Brand Vorsitzender	Ordentliche Mitglieder		Beratende Mitglieder
Jürgen Hägele Stv. Vorsitzender	Vertreter der Landesregierung*		
Dr. Manfred Schmitz-Kaiser	Dr. Nils Schmid MdL Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender seit 12.05.2011	Katrin Altpeter MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren seit 12.05.2011	Clemens Meister Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
Dr. Karl Epple	Ernst Pfister MdL Wirtschaftsminister Vorsitzender bis 12.05.2011	Dr. Monika Stolz MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren bis 12.05.2011	Reiner Enzmann Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
	Willi Stächele MdL Finanzminister Stv. Vorsitzender bis 12.05.2011	Klaus-Peter Murawski Staatssekretär im Staatsministerium seit 16.05.2011	Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
	Alexander Bonde Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender seit 12.05.2011	Hubert Wicker Staatssekretär im Staatsministerium bis 16.05.2011	Heinz Kälberer Oberbürgermeister a. D., Vaihingen bis 23.09.2011
	Rudolf Köberle MdL Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender bis 12.05.2011	Ingo Rust MdL Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg bis 05.07.2011	Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg
	Reinhold Gall MdL Innenminister Stv. Vorsitzender seit 12.05.2011	Claus Schmiedel MdL Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 05.07.2011	Dr. Jürgen Schütz Landrat a. D., Heidelberg bis 20.10.2011
	Heribert Rech MdL Innenminister Stv. Vorsitzender bis 12.05.2011	Edith Sitzmann MdL Vorsitzende der Fraktion Grüne seit 05.07.2011	Gerhard Burkhardt Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e. V.
	Franz Untersteller MdL Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft seit 12.05.2011		Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach Geschäftsführender Partner Doertenbach & Co. GmbH
	Tanja Gönner MdL Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr bis 12.05.2011		

* Mitglieder kraft Amtes.

** Persönlich bestellt.

Stellvertretende Mitglieder

Stellvertreter der Landesregierung

Ingo Rust MdL Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft seit 05.07.2011
Richard Drautz Staatssekretär im Wirtschaftsministerium bis 12.05.2011
Dr. Stefan Scheffold MdL Staatssekretär im Finanzministerium bis 12.05.2011
Dr. Herbert O. Zinell Ministerialdirektor im Innenministerium seit 13.05.2011
Günther Benz Ministerialdirektor im Innenministerium bis 13.05.2011
Wolfgang Reimer Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum seit 16.05.2011
Dr. Albrecht Rittmann Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz bis 16.05.2011
Helmfried Meinel Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft seit 16.05.2011
Bernhard Bauer Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr bis 16.05.2011
Jürgen Lämmle Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren seit 13.05.2011
Dieter Hillebrand MdL Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren bis 12.05.2011

Michael Kleiner Ministerialdirigent Leiter der Abteilung I im Staatsministerium
Peter Hofelich MdL seit 05.07.2011
Andrea Lindlohr MdL Stv. Vorsitzende der Fraktion Grüne seit 21.10.2011
Reinhold Gall MdL Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg bis 12.05.2011

Stellvertreter

Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
Dr.-Ing. Hansjörg Rieger Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH & Co. KG
Gerhard Roßwog Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V.
Roger Kehle Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg
Andreas Schmitz Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Wilhelm Freiherr von Haller Vorsitzender des Vorstands der Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Weitere Stellvertreter der Landesregierung

Prof. Dr. Willi Weiblen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Wirtschaftsordnung und Verwaltung im Wirtschaftsministerium bis 15.08.2011
Walter Leibold Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Joachim Hauck Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Volker Jochimsen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium
Johann-Christoph Kleinschmidt Ministerialrat Leiter der Zentralstelle im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren seit 15.08.2011
Jutta Lück Ministerialdirigentin Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Thomas Halder Ministerialdirektor Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren bis 13.05.2011
Dr. Georg Walch Ministerialrat Leiter des Referats Haushalts- und Steuerpolitik, Steuerschätzung, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium
Norbert Schmitt Ltd. Ministerialrat Leiter des Referats Staatl. Beteiligungen, Kreditwesen im Finanzministerium bis 15.08.2011

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von 641.940.728,95 EUR den anderen Gewinnrücklagen 641,0 Mio. EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 940.728,95 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 28. März 2012

L-Bank

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2011

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 28. März 2012

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nach-

weise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, den 28. März 2012

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Caduff
Wirtschaftsprüfer

Frey
Wirtschaftsprüfer



Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz
76113 Karlsruhe

Tel. 0721 150-0
Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1
70174 Stuttgart

Tel. 0711 122-0
Fax 0711 122-2112

www.l-bank.de